

Finanzmarktkrise, Eurozonenkrise und die langfristige Entwicklung der Staatsverschuldung und ihre Ursachen

1. Einleitung

Ziel des Aufsatzes ist es, die Ursachen der in vielen Ländern seit 40 Jahren immer weiter steigenden Staatsverschuldung zu untersuchen. Es ist offensichtlich, dass das starke Wachstum der Staatsverschuldung nach der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 vor allem auf die staatlichen Hilfspakete zur Bankenrettung zurückzuführen ist. Aber bereits vor 2008 betrug die Staatsverschuldung in Deutschland fast 70 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), während sie bis zur Mitte der 1970er Jahre ziemlich konstant bei 20 Prozent des BIP lag.

Da auch in den meisten anderen entwickelten kapitalistischen Ländern seit Mitte der 1970er Jahre ein unaufhaltsamer Anstieg der Staatsverschuldung stattfand, liegt es nahe, nach einer systematischen Ursache zu suchen. Mein Ansatz ist, die Staatsverschuldung als Folge der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation zu begreifen. Es ist nicht meine Absicht, eine systematische Wirtschaftsgeschichte Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg zu schreiben, dazu gibt es Bücher wie die von Stephan Krüger ([1] und [2]), Ulrich Busch und Rainer Land ([3]), Werner Abelshäuser ([4]) und anderen. Zur Klärung der Ursache der wachsenden Staatsverschuldung hat Rainer Roth in [5] einen ähnlichen Ansatz verfolgt wie dieser Aufsatz.

Von Mitte bis Ende der 1970er Jahre fand in den entwickelten kapitalistischen Ländern der Übergang zu einer neuen wirtschaftspolitischen Ordnung statt, die in England mit dem Amtsantritt von Premierministerin Margaret Thatcher („Thatcherismus“), in den USA mit der Präsidentschaft Ronald Reagans („Reagonomics“) und in der Bundesrepublik mit dem Amtsantritt Helmut Kohls („geistig moralische Wende“) verbunden wird. Wie diese Arbeit zeigen wird, wurde der Übergang zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik durch veränderte Akkumulationsbedingungen vorangetrieben.

Mit der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise begann auch die Krise der Eurozone. In der Öffentlichkeit wird als Ursache der Eurozonenkrise meist die stark gewachsene Staatsverschuldung der Eurozonenländer aufgrund der Bankenrettungspakete genannt. Ich werde darlegen, dass dies zwar der Auslöser war, aber nicht die eigentliche Ursache ist. Sie liegt in der auf Dauer wirtschaftlich nicht haltbaren Konstruktion der Eurozone, in der Volkswirtschaften mit unterschiedlicher Produktivität unter einer einheitlichen Währung zusammengepfert wurden. Diese Konstruktion der Eurozone ist andererseits ein wesentlicher Grund für die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands seit der Einführung des Euros.

Im Anschluss an die Untersuchung der einzelnen Etappen der Staatsverschuldung in Deutschland wird abschließend die Frage der Finanzierbarkeit des Sozialstaats diskutiert.

Eine Anmerkung ist noch zu den nachfolgenden Diagrammen zu machen. Einige weisen für das Jahr 1960 und 1990 einen Sprung in der Darstellung auf. Das liegt daran, dass sich in diesen Jahren die Berechnungsgrundlagen durch die Gebietszuwächse Saarland und ehemalige DDR geändert haben. In den Diagrammen, in denen keine Sprünge auftreten, handelt es sich um interpolierte Werte für diese Jahre.

2. Globale Finanzmarktkrise und das Wachstum der Staatsverschuldung in der EU

Im ersten Quartal des Jahres 2008 begann eine weltweite Wirtschaftskrise, die im Zusammenspiel mit der Finanzmarktkrise zu Wachstumseinbrüchen wie in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 führte. Die Gleichzeitigkeit von Finanzmarktkrise und Weltwirtschaftskrise beruhte im Wesentlichen darauf, dass mit dem Platzen der US-Immobilienblase auch das Modell des auf Pump finanzierten Konsums in den USA und anderen Ländern zusammenbrach. Dieser kreditfinanzierte Konsum hatte über etliche Jahre eine Überproduktionskrise aufschieben können. Wie beispielhaft für einige EU-Länder in Abbildung 1 dargestellt, haben einige von ihnen bisher noch nicht die Wirtschaftsleistung des Jahres 2007 erreicht oder befinden sich nach kurzem Zwischenaufschwung wieder im Wirtschaftsabschwung:

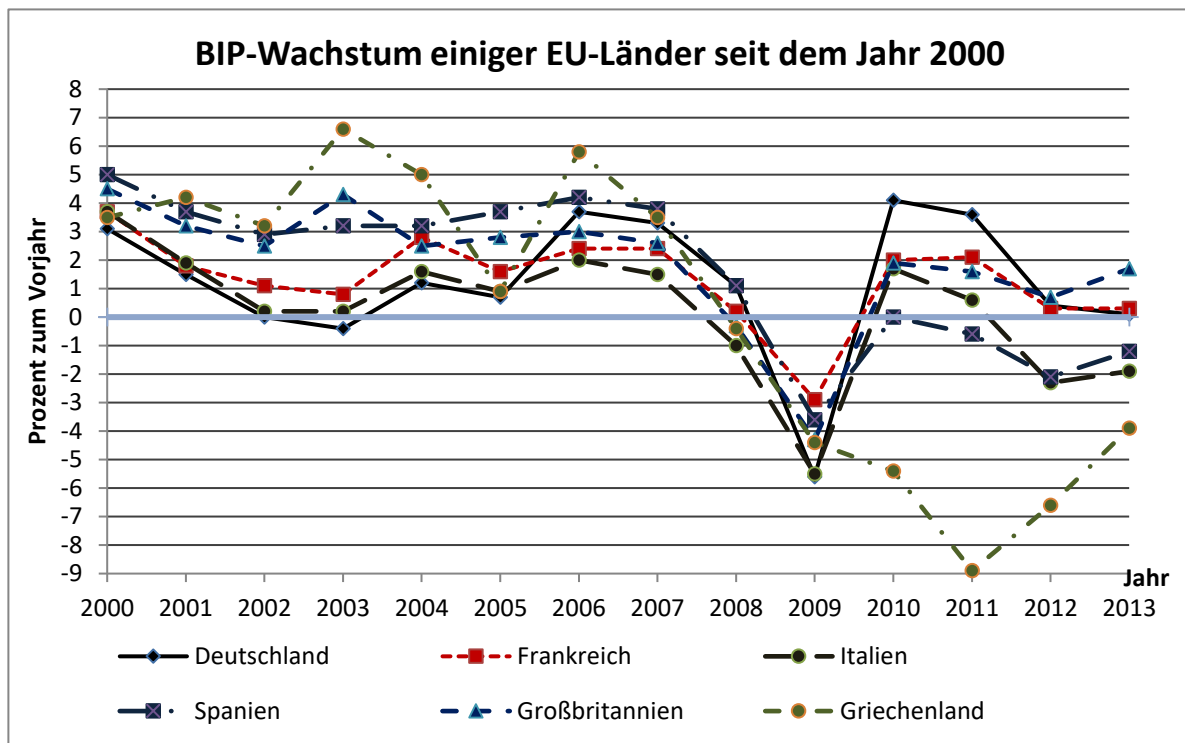


Abbildung 1: Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einiger Euroländer nach 2000, [6].

2.1 Kurze Rekapitulation der wesentlichen Ursachen der weltweiten Finanzmarktkrise ab dem Jahr 2008

Nach der Pleite der Investmentbank Lehmann Brothers im September 2008 entwickelte sich aus der Krise des US-Immobilienmarktes eine weltweite Bankenkrise, die das Bankensystem einiger Länder an den Rand des Zusammenbruchs trieb. Auslöser der Finanzmarktkrise war das Platzen der Immobilienblase in den USA im Jahr 2007. Vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien, Irland und Spanien waren Immobilienkredite vergeben worden, die nicht bedient werden konnten (die sogenannten „Subprime-Kredite“). Viele Banken in den USA vergaben solche Kredite in großem Maßstab, bündelten sie in Wertpapiere (Verbriefung) und verkauften sie, oft zusammen mit Kreditausfallversicherungen an andere Banken, auch im Ausland weiter. Sie standen mit dieser Methode selbst nicht mehr im Ausfallrisiko, was es ihnen ermöglichte, weitere Kredite auszugeben

und damit die Immobilienspekulation noch mehr anzuheizen. In Deutschland besaßen insbesondere einige Landesbanken mit eigens dafür gegründeten Schattenbanken viele solcher im Nachhinein „toxisch“ genannten Papiere. Auch andere Bankkredite wurden zu Wertpapieren gebündelt und weiterverkauft, es platzte eine allgemeine Kreditblase (vergleiche [7]). Erst die Praxis der Verbriefung und der Verkauf dieser Papiere außerhalb der USA machte aus dem Platzen der US-Immobilienblase eine internationale Bankenkrise. Da die Geschäfte mit diesen „innovativen“ Finanzprodukten teilweise keiner Aufsicht unterlagen oder an ihr vorbei getätigt wurden, wussten die Banken untereinander nicht, wie viele faule Kredite die andere besaß. Als Folge davon liehen sie sich untereinander kaum noch Geld, der Interbankenmarkt brach zusammen.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt stellten die betroffenen Staaten dem Bankensektor umfangreiche Rettungspakete (siehe Tabelle 1) zur Verfügung mit der Begründung, es gebe keine Alternative, weil die Banken „systemisch wichtig“ (to big to fail) seien. Das heißt: Die Politik hat die Ausdehnung und Spekulation im Finanzsektor bis zu einem Umfang zugelassen, dass dieser seine Probleme nicht mehr selber lösen kann, wenn eine Blase platzt. Die Banken werden dann staatlicherseits gestützt, damit die kapitalistische Wirtschaftsordnung weiter funktionieren kann. Dabei werden die privaten Verluste von Finanzspekulationen sozialisiert und von den Steuerzahlern der jeweiligen Staaten übernommen.

Im Grunde bewirkten die staatlichen Rettungspakete für die privaten Banken und die spätere Niedrigzinspolitik der Notenbanken eine Konkursverschleppung. Viele der faulen Kredite wurden in sogenannte „bad banks“ ausgelagert, was die Bilanzen der Banken, die sie ursprünglich kauften, gesund aussehen lässt. Damit wurde dem Steuerzahler weitgehend die Entsorgung der faulen Papiere übertragen. Die Menge der nicht bereinigten faulen Papiere hat zur Folge, dass es jederzeit wieder zu Bankschieflogen kommen kann. Den Umfang staatlicher Hilfen für die Banken einiger Länder im Zeitraum von 2008 bis 2010 zeigt die folgende Tabelle:

Land	In Milliarden Euro	In % des BIP	In % der Bankaktiva
Vereinigte Staaten	2491	22,3	25,5
Großbritannien	845	54,0	10,8
Deutschland	700	28,1	8,9
Frankreich	368	18,9	4,8
Niederlande	265	44,6	11,9
Japan	113	2,7	0,9
Australien	62	10,4	4,6
Spanien	31	2,8	0,9
Schweiz	31	8,7	1,5
Italien	10	0,6	0,3
Summe	4994	18,8	8,3

Tabelle 1: Volumen staatlicher Rettungsprogramme für die Banken von September 2008 bis Juli 2009, [8], Seite 36.

Die Wirtschaftsförderungsprogramme der G20-Staaten umfassten demgegenüber im Zeitraum von 2008 bis 2010 weltweit ein Volumen von 1130 Milliarden Euro ([8] Seite 42), also weniger als ein

Viertel der Bankenrettungspakete. Diese Rettungsprogramme führten in den betroffenen Ländern zu einem schlagartigen Anwachsen der Staatsverschuldung.

Was die Bankenrettung und die damit einhergehende Staatsverschuldung betrifft, gibt es zwischen Ländern wie etwa Großbritannien, den USA und der Eurozone wichtige Unterschiede. Länder mit eigener Währung können durch Anwerfen der Notenpresse die Folgen der nicht bereinigten Finanzmarktkrise scheinbar leichter in Grenzen halten. Die Staaten der Eurozone haben diese Möglichkeit nicht und die Europäische Zentralbank (EZB) begann erst im Jahr 2011 – entgegen ihrem vereinbarten Auftrag – Staatsanleihen der Krisenländer aufzukaufen. Am 21.01.2015 beschloss die EZB, von März 2015 bis mindestens September 2016 monatlich für 60 Milliarden Euro auch schlecht besicherte Anleihen zu kaufen. Angeblich soll damit unter anderem die Kreditvergabe von Banken an Unternehmen erleichtert werden. Obwohl genug billiges Geld in Umlauf ist, werden aber kaum Kredite nachgefragt, da die wirtschaftliche Situation bestenfalls Ersatzinvestitionen zulässt. Es ist also eher davon auszugehen, dass die EZB den Bankensektor mit neuem Kapital stärken will.

2.2 Der Anstieg der Staatsverschuldung der EU-Länder durch die Finanzmarktkrise

Die Auswirkungen der nationalen Staatshilfen für Banken und Konjunktur auf die Staatsverschuldung zeigt die folgende Abbildung:

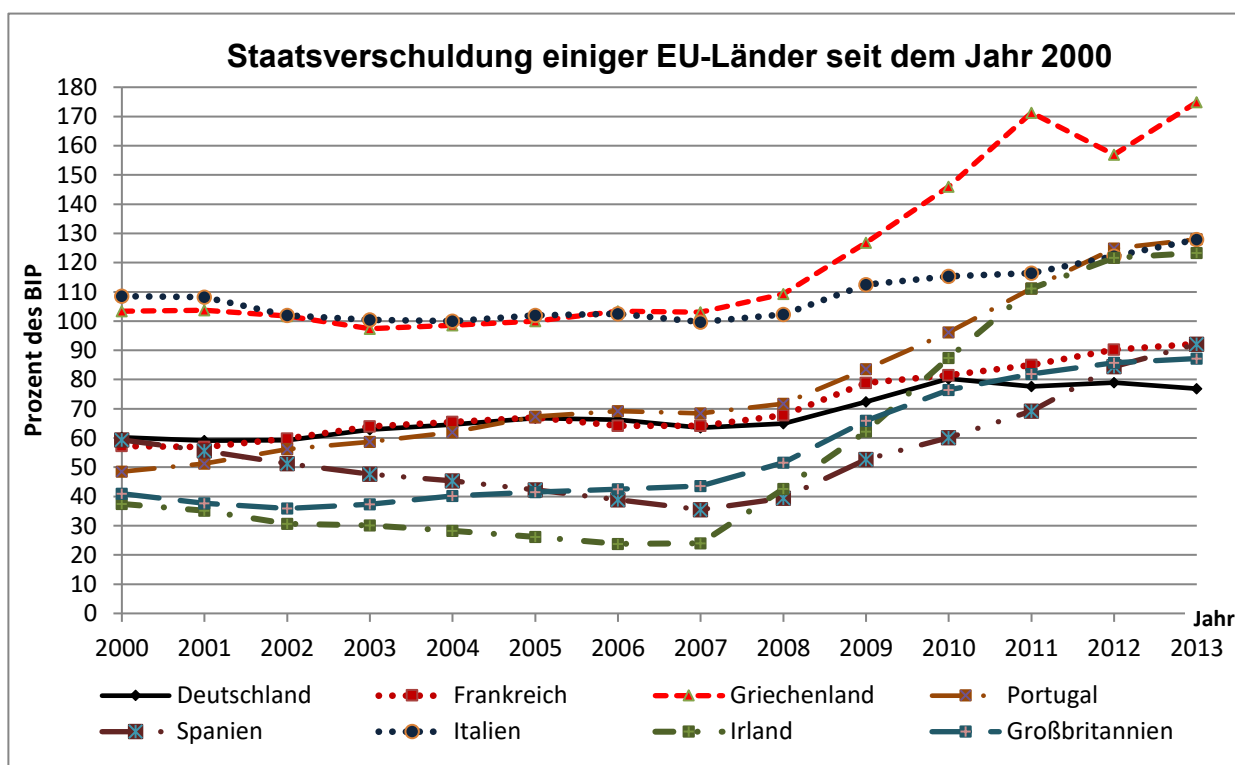


Abbildung 2: Staatsverschuldung seit dem Jahr 2000 in Prozent des BIP, [9].

Die Abbildung stellt die Höhe der Staatsschulden im Verhältnis zum jeweiligen BIP dar. Diese Relation wird im Folgenden fast durchgehend verwendet. Wenn über die absolute Höhe der Schulden gesprochen wird, werden die Begriffe Staatsschulden oder Schuldenstand verwendet.

Die Staatsverschuldung lässt sich nur bei Wirtschaftswachstum verringern. Unterstellt man ein Wachstum des Steueraufkommens in der Höhe des Wirtschaftswachstums, so bleibt die Staatsschuld konstant, wenn das Wirtschaftswachstum und die Zinsen für die Staatsschulden gleich hoch sind und

keine neuen Staatskredite aufgenommen werden. Ist das Wirtschaftswachstum geringer als die Zinsen für die Staatsschulden, so wächst die Staatsverschuldung, auch wenn keine neuen Schulden gemacht werden. Bei den von der Troika geforderten Spardiktaten für die Länder unter dem Eurorettungsschirm wird diese Logik nicht berücksichtigt, die Sparaufgaben verhindern ein Wirtschaftswachstum.

Inzwischen wird versucht, den Zusammenhang zwischen dem starken Anstieg der Staatsverschuldung seit dem Jahr 2008 und den Bankenrettungspaketen vergessen zu machen. Nach einer kurzen Schweigephase hat wieder die neoliberale Ideologie Überhand gewonnen, die behauptet, die wachsende Staatsverschuldung sei auf einen überbordenden Sozialstaat und die Unfähigkeit des Staates, mit Geld umzugehen, zurückzuführen. Anders, als es die Neoliberalen weismachen wollen, ist die Staatsverschuldung aber erst seit Beginn der neoliberalen Wirtschaftspolitik stark angestiegen. Dieses Thema wird im Hauptteil dieser Arbeit behandelt.

Von den auf der Höhe der Finanzkrise ausgesprochenen „Schwüren“, dass sich eine solche Bankenrettung nicht wiederholen dürfe, ist nicht viel zu merken. Auch von den angekündigten Regelungen der Finanzmärkte ist nicht viel zu sehen. Im Gegenteil, Bankenrettungen scheinen eher als Normalfall betrachtet zu werden. Dazu wurde vom EU-Gipfel am 29.06.2012 ([10]) beschlossen, dass die Banken der Eurozonenländer direkt auf den Rettungsschirm zugreifen dürfen, was der ESM-Vertrag ursprünglich nicht vorsah. Damit entfällt die staatliche Kontrolle bei der Vergabe von europäischen Steuergeldern an die Banken, womit auch die nationalstaatliche Souveränität über die Gestaltung von Steuereinnahmen und –ausgaben weiter abgebaut wird.

Die direkt an die Banken ausgezahlten Gelder sollen auch dazu dienen, die Staatsverschuldung der betroffenen Länder optisch nicht zu sehr steigen zu lassen. Damit vermeiden diese Staaten die Aufsicht der Troika (EU-Kommission, EZB und Internationaler Währungsfonds (IWF)), der sie sich unterwerfen müssten, wenn sie als Nationalstaaten Hilfe für ihre Banken und die ausländischen Kreditgeber anfordern. Die Eurozonenländer, die sich unter den Eurorettungsschirm begeben mussten, haben bisher beispiellose Beschränkungen ihrer nationalen Souveränität hinnehmen müssen. Lohn-, Rentenkürzungen, Privatisierung von Staatsbetrieben und Arbeitsplatzabbau wurden erzwungen. Regierungen, die das nicht durchsetzen konnten, wurden ausgetauscht. Um diese Maßnahmen im Inneren durchzusetzen, wird in den betroffenen Ländern die Demokratie abgebaut. Darüber hinaus werden zunehmend mehr europäische Institutionen eingerichtet, die keine demokratische Legitimation haben und keiner Kontrolle unterliegen. Die Verlagerung von Entscheidungen auf unlegitimierte Gremien wie zum Beispiel die Troika, die EZB und den Europäischen Gerichtshof haben zu einem supranationalen Mehrebenenregime in Europa geführt. Damit werden die Verursacher von Einschnitten ökonomischer und politischer Art verschleiert. Dies ist auch einer der Gründe, warum der Kampf gegen Demokratie- und Sozialabbau unterentwickelt ist.

Die europäischen Banken wurden im Jahr 2014 verpflichtet, innerhalb von 10 Jahren einen Bankenfonds in Höhe von 55 Milliarden Euro für eventuelle Notfälle aufzubauen. Dies ist aber weniger als die Summe, die am deutschen Steuerzahler für die Rettung der deutschen Banken hängenbleiben wird ([11]). Allein die Rettung der West-LB wird den Steuerzahler zum Beispiel geschätzte 18 Milliarden Euro kosten.

Im 1993 in Kraft getretenen Maastricht-Vertrag ist die Sanierung der Staatsfinanzen eines Landes durch die anderen Mitglieder der Eurozone nicht vorgesehen. Die Eurozone bricht ihre eigenen Regeln oder modifiziert sie nach Belieben, um die „Finanzmärkte“ zu beruhigen. Bereits mit den Bankenrettungspaketen nach 2008 wurde gegen die Maastricht-Kriterien (Staatsverschuldung insgesamt maximal 60 Prozent des BIP, Neuverschuldung pro Jahr kleiner 3 Prozent des BIP) verstoßen, ohne dass die bei einem Verstoß vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen eingeleitet wurden. Der Grund dafür ist die Erpressung der Eurozone durch die „Finanzmärkte“. Diese haben sich zuerst durch die Nationalstaaten retten lassen, wozu eine zusätzliche Staatsverschuldung zu ihren Gunsten zugelassen werden musste. Bei einigen Euroländern stieg jedoch die Staatsverschuldung durch die Bankenrettung so stark an, dass die Gefahr eines Staatsbankrotts drohte oder es für die betroffenen Staaten als attraktive Aussicht erscheinen konnte, einen Schuldenschnitt vorzunehmen.

Damit hätten die Gläubiger: Banken, Versicherungen und ausländische Staatsinstitute, auf ihre Forderungen verzichten müssen. Die „Finanzmärkte“ entwickelten daher eine Strategie, mit der sie die wirtschaftlich stärkeren Länder der Eurozone dazu zwingen konnten, für die notleidenden Staaten einzuspringen. Sie setzten mit Unterstützung der Ratingagenturen darauf, einzelne Länder durch schlechte Ratings und Zinsaufschläge in die Nähe des Staatsbankrotts zu treiben, womit die Gefahr des Zerbrechens der Eurozone heraufbeschworen wurde. So zwangen sie die Länder, die durch ihre Exporte von der Einführung des Euro profitieren, dazu, für die Krisenstaaten Hilfspakete zu schnüren, damit die Forderungen der Gläubiger bedient werden können. Die Exportstaaten garantieren die Staatsschuld der Eurokrisenländer auch deswegen, damit diese die Forderungen der eigenen Banken bezahlen können. Wie in Kapitel 4 dargestellt wird, besteht der Hauptgrund der Eurozonenkrise in der Vereinigung von Ländern unterschiedlicher Produktivität unter einer gemeinsamen Währung, was zur Folge hat, dass die daraus resultierenden Probleme kaum lösbar sind.

Am deutlichsten wurde der Zweck der Euro-Rettungsschirme bisher in den Fällen Spanien im Jahr 2012 und Zypern Anfang des Jahres 2013 sichtbar. Beide Male war von Anfang an klar, dass die Rettungspakete nur zur Rettung der dortigen Banken und ihrer Gläubiger erforderlich waren. In Zypern wurden erst ein Jahr nach Beginn der Bankenkrise Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, so dass die Gläubiger genug Zeit hatten, um ihre Gelder abzuziehen. Die Notfallkredite der EZB stellten dabei den zyprischen Banken die Geldmittel zur Verfügung, um die Gläubiger auszuzahlen. In Griechenland wurden bis heute keine Kapitalverkehrskontrollen eingeführt.

Auch die „Griechenlandhilfe“ dient vor allem den Gläubigern. Von März 2010 bis Mitte 2013 haben EU und der Internationale Währungsfond (IWF) 207 Milliarden Euro zur „Griechenlandrettung“ eingesetzt. Über die Verwendung dieser Gelder erfährt die Öffentlichkeit aber so gut wie nichts. Diese Verschwiegenheit hat gute Gründe. Wie attac-Österreich ermittelte, flossen mehr als drei Viertel dieser Gelder direkt oder indirekt in den Finanzsektor ([12]). Dabei handelt es sich hauptsächlich um ausländische Banken und Investoren, die Forderungen an griechische Banken und den Staat haben. Ende des Jahres 2010 hatten deutsche Banken Forderungen von 30 Milliarden Euro gegenüber Griechenland, alle ausländischen Banken Forderungen in Höhe von 156 Milliarden Euro. Gegenüber Spanien und Irland sind die Forderungen deutlich höher ([13]). Wenn diese Forderungen nicht

beglichen werden können, müssten eventuell wieder die Regierungen ihre Gläubigerbanken stützen. Zum Bild, dass die Rettungsschirme zur Bedienung von Gläubigerforderungen und zum Schutz der Vermögensbesitzer dienen, passt auch, dass die Troika bei ihren Auflagen nicht forderte, die Steuerfreiheit der griechischen Reeder abzuschaffen.

Bevor auf die eigentlichen Ursachen der Eurozonenkrise eingegangen wird, wird in Kapitel 3 dargestellt, warum es einseitig ist, nur auf die Staatsverschuldung eines Landes zu blicken, wenn man den Zustand einer Volkswirtschaft beurteilen will.

2.3 Zusammenfassung

- Auslöser der weltweiten Finanzmarktkrise war die massenhafte Nichtbedienbarkeit von Immobilienkrediten auf dem US-Häusermarkt. Zu einer internationalen Finanzmarktkrise wurde die US-Immobilienkrise durch den Verkauf von faulen US-Immobilien- und anderen Schuldkrediten an Banken in vielen Ländern. Es platzte eine umfassende Schuldenblase. Die Finanzmarktkrise beendete in einigen Ländern das Modell des kreditfinanzierten Konsums, das über Jahre geholfen hatte, eine Überproduktionskrise zu vermeiden.
- Die staatlichen Bankenrettungspakete ab dem Jahr 2008 konnten einen Zusammenbruch des Finanzsystems verhindern. Bereinigt wurde die Krise nur teilweise. Ein Großteil der faulen Papiere wurde in „bad banks“ ausgelagert mit der Absicht, die Bereinigung der fiktiven Werte in die Zukunft zu verschieben und letztendlich dem Steuerzahler zu übertragen. Die Niedrigzinspolitik und die Geldschwemme der Notenbanken in einigen Ländern haben denselben Zweck. Die Bankenrettungspakete führten dazu, dass in vielen Ländern die Staatsverschuldung kräftig anstieg. Bei einigen Eurozonenländern zweifelten die Gläubiger an deren Rückzahlungsfähigkeit und Rückzahlungswilligkeit. Sie zwangen die von der Einführung des Euro profitierenden Länder, für die Schulden der am höchsten verschuldeten Länder so lange einzustehen, bis die privaten Gläubiger ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben. Da in der Eurozone im Unterschied zu den USA so gut wie alle Banken durch den Steuerzahler gerettet wurden, hat eine vollständige Bereinigung der faulen Papiere bei den europäischen Banken noch nicht stattgefunden.
- Die europäischen Rettungsschirme dienen nicht der Stärkung und Weiterentwicklung der Wirtschaftskraft der Empfängerländer, sondern bedienen die Forderungen ihrer Gläubiger. Auch die Billigzinspolitik und die Flutung der Geldmärkte durch die EZB dienen zur Stärkung von Banken, während kleine Ersparnisse und private Altersvorsorgeaufwendungen entwertet werden.

3. Staatsverschuldung und Verschuldung von Volkswirtschaften

3.1 Verschuldung der einzelnen Sektoren einer Volkswirtschaft

Nicht in allen Ländern der Eurozone ist das Anwachsen der Staatsverschuldung auf die internationale Finanzkrise seit dem Jahr 2008 zurückzuführen. Spanien hatte lange Zeit eine niedrige

Neuverschuldung des Staates und eine geringe Staatsverschuldungsquote, es erfüllte die Kriterien des Maastricht-Vertrages. Da die spanischen Banken nur wenige „toxische“ US-Bankenpapiere besaßen, ist der Anstieg der Staatsverschuldung Spaniens also auf andere Ursachen zurückzuführen. Er beruht vor allem auf dem Platzen der Immobilienblase im eigenen Land im Verlauf des Jahres 2008. Daraus entstand eine Schieflage vieler spanischer Banken, für die dann der europäische Steuerzahler zur Kasse gebeten wurde. Ähnliches gilt auch für Irland. Der Stabilitäts- und Währungspakt der EU hat also die rasante Steigerung der Staatsverschuldung der Eurozone nicht verhindert. In die Schuldenkriterien des Maastricht-Vertrags geht nur die Staatsverschuldung ein, nicht aber die Verschuldung der anderen Sektoren einer Volkswirtschaft. Betrachtet man die Verschuldung aller Sektoren, so ergibt sich folgendes Bild:

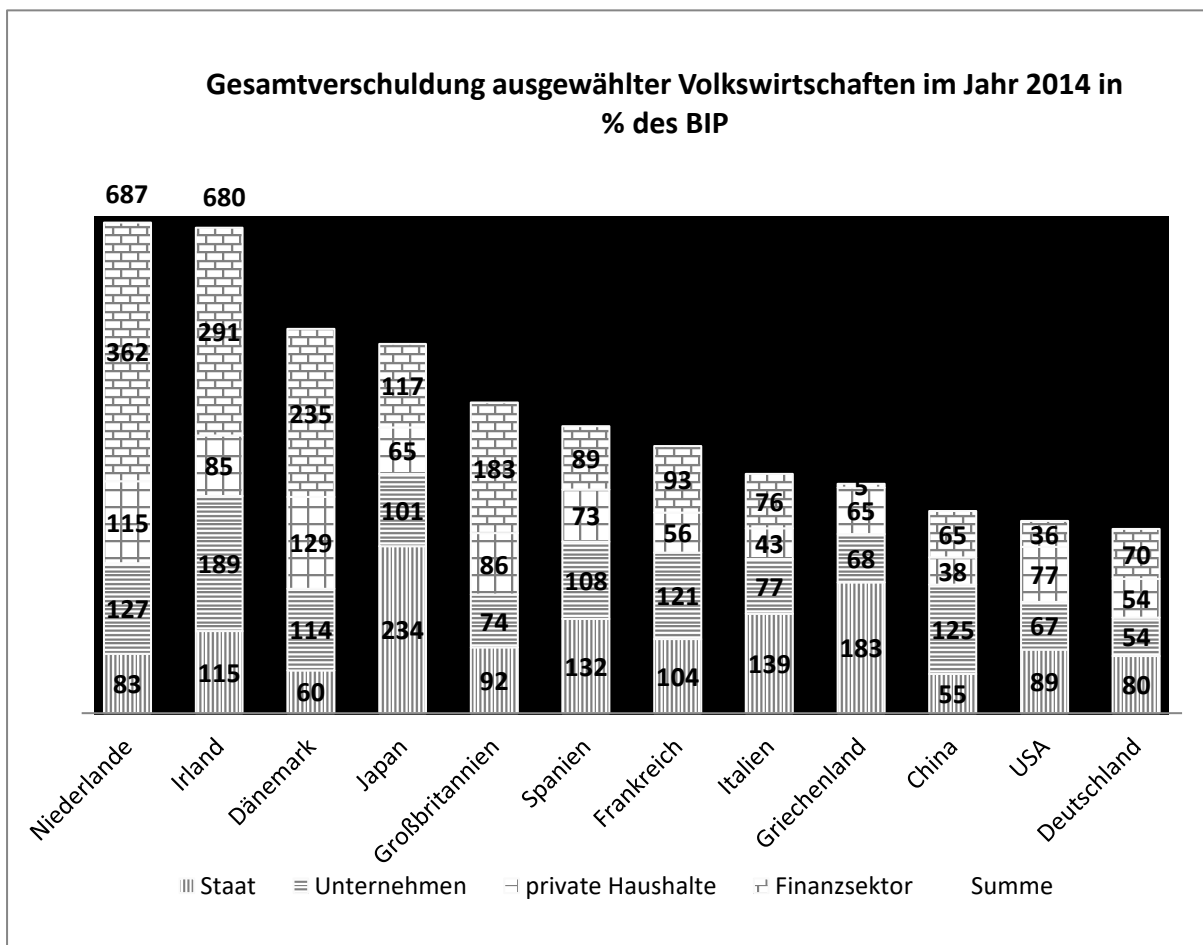


Abbildung 3: Gesamtverschuldung ausgewählter Volkswirtschaften, 2. Quartal 2014, [14], Exhibit A2, eigene Aufsummierung.

Das Diagramm zeigt, dass Volkswirtschaften mit vergleichbarer Staatsverschuldung eine höchst unterschiedliche Gesamtverschuldung besitzen können. Bei allen dargestellten Ländern ist die Staatsverschuldung deutlich kleiner als die Verschuldung der übrigen Sektoren zusammen. Es würde zu weit führen, hier die unterschiedliche Verschuldung der einzelnen Sektoren in den verschiedenen Ländern zu untersuchen. Bei zwei Sektoren sind jedoch die Gründe offensichtlich. Die Verschuldung der privaten Haushalte ist vor allem in den Ländern besonders hoch, in denen es eine Immobilienblase gab und geringe Anforderungen an die Kreditwürdigkeit der Bauherren gestellt

wurden, also in den USA, Großbritannien, Irland und Spanien. Naheliegend ist auch, dass es in den Ländern, in denen es einen großen Finanzsektor gibt, die Verschuldung dieses Sektors besonders hoch ist. Daher stieg auch in den Staaten, die einen großen Finanzsektor, eine Immobilienblase oder beides hatten, die Staatsverschuldung nach der Finanzmarktkrise 2008 besonders stark an.

Der Report [14] beziffert die globale Gesamtverschuldung für das Jahr 2000 mit 87 000 Milliarden US Dollar und für das Jahr 2007, kurz vor Ausbruch der Finanzmarktkrise, mit 141 000 Milliarden US Dollar. Für das Jahr 2014 nennt der Bericht eine globale Gesamtverschuldung von 199 000 Milliarden US Dollar, sie stieg also im gleichen Tempo weiter und hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt.

Warum ergibt nur die Betrachtung der Verschuldung aller Sektoren einer Volkswirtschaft ein realistisches Bild des Zustands der Volkswirtschaft? Eine hohe Verschuldung der Unternehmen macht sie krisenanfällig, erschwert ihre Kreditaufnahme und führt in der Regel zu Entlassungen, die dann den Staatshaushalt belasten. Eine starke Verschuldung des Finanzsektors führt bei Finanzmarktkrisen zur Zahlungsunfähigkeit von Banken und damit zu staatlichen Rettungsaktionen, die die Staatsverschuldung steigen lassen. Eine hohe Verschuldung der Privathaushalte bedeutet hauptsächlich Hauskauf und Konsum auf Kredit. Wie wir seit der unseriösen Immobilienkreditvergabe mit Verbriefungen wissen, scheitert ein mehr oder weniger großer Prozentsatz dieser Kredite. Dies führt zu Ausfällen bei Banken, die beim Staat oder der EU abgeladen werden, wenn deren Existenz bedroht ist.

Es macht also keinen Sinn, nur die Staatsverschuldung zu betrachten und sie zum Kriterium der Tragfähigkeit der Verschuldung einer Volkswirtschaft zu erheben. Es ist kein Zufall, dass die Daten von Abbildung 3 von der Unternehmensberatung Mc Kinsey stammen. Denn Investoren lassen sich bei ihren Entscheidungen für einen Ankauf von Unternehmens- und Staatsanleihen von der Entwicklung aller Sektoren der Wirtschaft und nicht nur von der Höhe der Staatsverschuldung leiten. Auch die Ratingagenturen untersuchen bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Landes die Aussichten aller Sektoren einer Volkswirtschaft. Die öffentlichkeitswirksame Fixierung auf die Staatsverschuldung ist somit ein Druckmittel, um Staats- und Sozialausgaben zu kürzen.

Am 13.12.2011 trat der verschärfte Stabilitäts- und Wachstumspakt in Kraft ([15]). Er enthält unter anderem neue Regeln zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung der Eurozonenländer, den sogenannte „Sixpack“. In einem „Scoreboard“ werden zusätzliche makroökonomische Kennzahlen wie die Leistungsbilanzüberschüsse und –defizite zugrunde gelegt. Bei Verstoß gegen diese Regeln können EU-Kommission und der EU-Rat Auflagen und Sanktionen verhängen. Eine der neuen Kenngrößen ist nunmehr auch die private Verschuldung eines Landes, sie soll 160 Prozent des BIP nicht überschreiten. Wie Abbildung 3 zeigt, verstößt auch Deutschland gegen diese Regel.

3.2 Exkurs: Implizite Staatsverschuldung

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass die bisher betrachtete (explizite) Staatsverschuldung die nicht durch Steuern und Abgaben gedeckten Ausgaben beinhaltet. Daneben wird von verschiedenen Institutionen wie dem Sachverständigenrat für Wirtschaft ([16]) oder der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ ([17]) eine sogenannte implizite Staatsverschuldung berechnet, die auf die explizite Staatsverschuldung aufzuschlagen wäre.

Bei der impliziten Staatsverschuldung handelt es sich um eine Abschätzung zukünftiger Staatsausgaben auf der Grundlage der derzeit bestehenden Gesetzeslage. Diese Berechnungen werden meist für einen Zeitraum von fünfzig Jahren durchgeführt. Für diese Berechnungen müssen Annahmen getroffen werden. Sie betreffen unter anderem das Wirtschaftswachstum, die Altersentwicklung der Bevölkerung, die Entwicklung der Erwerbstätigkeit, des BIPs, der Staatseinnahmen und -ausgaben sowie die Entwicklung der Zinsen. Die Summe aus expliziter und impliziter Staatsverschuldung wird Nachhaltigkeits- oder Tragfähigkeitslücke genannt. Aus ihr wird der Konsolidierungsfaktor berechnet. Er gibt in Prozent des derzeitigen BIPs an, um wieviel Prozent der Staat pro Jahr seine Ausgaben verringern oder seine Einnahmen erhöhen müsste, um bis zum Ende des betrachteten Zeitraums seine Nachhaltigkeitslücke auf Null zu bringen, also die Staatschulden ganz abzubauen. Für alle Euroländer übertrifft die so berechnete implizite Staatsverschuldung die explizite Staatsverschuldung um ein Mehrfaches.

Gerd Bosbach ([18]) und andere weisen die methodischen Schwächen dieser und ähnlicher Studien nach. Die Hauptkritik ist, dass in ihnen kein Wachstum der Arbeitsproduktivität berücksichtigt wird und der Altenquotient nicht dazu geeignet ist, um die Nachhaltigkeitslücke zu berechnen. Der Altenquotient gibt das Verhältnis der nicht mehr erwerbstätigen Alten zu den Personen im erwerbstätigen Alter an. Bei seiner Ermittlung werden auch die Arbeitslosen im erwerbsfähigen Alter mitgerechnet, obwohl sie selbst Versorgungsempfänger sind. Außerdem wird bei den Hochrechnungen der Entwicklung des Altenquotienten bisher die Verschiebung des Rentenbeginns auf das Alter von 67 nicht berücksichtigt. Ein realistischer Quotient zur Erfassung der Folgen der demografischen Entwicklung kann nur auf der Grundlage des Verhältnisses von Versorgenden zu Versorgungsempfängern basieren. So berechnete Quotienten liefern aber keine dramatischen Werte, mit denen sich ein Eingriff in den Sozialstaat rechtfertigen ließe.

Mit Hilfe der Zinseszinsrechnung lässt sich leicht berechnen, dass bereits eine Steigerung der Arbeitsproduktivität von einem Prozent pro Jahr zu einer gesteigerten Wertschöpfung von 64 Prozent in 50 Jahren führt und bei zwei Prozent Steigerung zu einer von 269 Prozent. Aus dieser gewachsenen Wertschöpfung ließe sich also mehr als heute auf eine sinkende Bevölkerung verteilen, falls es die Verteilungsverhältnisse zulassen.

Die demografische Keule wird von den Gegnern der umlagefinanzierten dynamischen Rente seit langem mit Erfolg geschwungen. Mit den Rentenreformen im Zeitraum von 1997 bis 2007 fand in zweierlei Hinsicht ein Richtungswechsel in der Rentenpolitik statt:

1. Das Ziel der Absicherung des im Erwerbsleben erreichten Lebensstandards durch die gesetzliche Rentenversicherung wurde aufgegeben. Vorrang hat stattdessen die Vorgabe eines Beitragsziels. Bis zum Jahr 2020 sollen die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht über 20 Prozent steigen, bis zum Jahr 2030 nicht über 22 Prozent ([19], Seite 318), was die Kapitalseite entlasten soll. Mit der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors und der schrittweisen Einführung der Rente mit 67 wurde nicht nur das Rentenniveau gesenkt, zusätzlich wurde das Prinzip der gleichen Entwicklung von Löhnen und Renten aufgegeben. Nach Tabelle 7.10 von [20] ist dadurch das Bruttorentenniveau nach 45 anrechenbaren Versicherungsjahren von 53,2 Prozent im Jahr 1960 bereits auf 47,8 Prozent

im Jahr 2010 zurückgegangen. Kritiker der Rentenreformen rechnen vor, dass ein Durchschnittsverdiener im Jahr 2030 nicht weniger als 37 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben muss, um im Alter eine Rente zu erhalten, die über der Armutsgrenze liegt. Durch diese Rentenkürzungen hat sich nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums die Nachhaltigkeitslücke des Staates fast halbiert ([21], Seite 41).

2. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rente wurde im Jahr 2001 durch die Förderung von kapitalgedeckten Renten ergänzt. Arbeitgeber und Finanzbranche erreichten damit zwei Ziele: Zum einen die Entlastung der Arbeitgeber, da die Arbeitnehmer die Beiträge zur Riester-Rente im Unterschied zur gesetzlichen Rentenversicherung alleine tragen müssen. Für die Arbeitgeber sinken damit die Lohnnebenkosten. Für einen Arbeitnehmer, der regelmäßig vier Prozent seines Einkommens in die Riesterrente einzahlt, bedeutet das, dass er im Jahr 2020 24 Prozent seines Gehaltes für seine Altersvorsorge zahlt. Die nach der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 vollzogene Niedrigzinspolitik trägt zusätzlich dazu bei, dass eine private Altersvorsorge die Kürzungen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht auffangen kann. Zum anderen wurde der Finanzbranche durch die Riester-Rente der Zugang zum „Megageschäft Altersvorsorge“ eröffnet, was die Weltbank schon im Jahr 1994 und im Gefolge die europäische Kommission im Jahr 1997 gefordert hatten ([19], Seite 307). Auch ein Großteil der Medien machte Werbung für die private Rentenvorsorge. So titelte der Spiegel im Februar 1997 „Wie die Alten die Jungen ausplündern“. Seine Daten bezog der Spiegel vom ‚Deutschen Institut für Altersvorsorge‘, einer hundertprozentigen Tochter der Deutschen Bank. Walter Riester, nach dem die Riester-Rente benannt ist, steht ebenso wie Bert Rürup und Bernd Raffelhüschen, die als wichtige Berater der Bundesregierung in Rentenfragen herangezogen wurden, im Sold privater Versicherungskonzerne.

3.3 Zusammenfassung

- Die Staatsverschuldung ist ein unzureichender Maßstab für die Beurteilung des Zustands einer Volkswirtschaft. Zusätzlich müssen die Verschuldung des Finanzsektors, der Unternehmen und der privaten Unternehmen und Haushalte sowie eine Reihe weiterer Größen wie zum Beispiel die Produktivität der Industrie berücksichtigt werden. Die Einbeziehung der Verschuldung des Finanz- und des privaten Sektors ist notwendig, da, wie seit 2008 gesehen, vor allem die Schulden von Banken bei Schieflagen vom Staat übernommen werden. Die Untersuchung der Gesamtverschuldung von Ländern ergibt eine andere Reihenfolge als die der Staatsverschuldung, da in den meisten Ländern die Verschuldung des Privatsektors höher ist als die des Staates. Die Fixierung auf die Staatsverschuldung dient zur Disziplinierung von Staats- und Sozialausgaben.
- Die Untersuchungen zur sogenannten impliziten Staatsverschuldung als hypothetischer Bestandteil einer Gesamtstaatsverschuldung erweisen sich bei näherer Betrachtung als Propaganda für Einschnitte in die gesetzliche Altersvorsorge und zum Aufbau der von der Finanzbranche geforderten privaten Altersvorsorge.

4. Die Ursachen der Krise der Eurozone

Das Ziel dieses Kapitels ist es, nachzuweisen, dass die Ursache für die Krise der Eurozone in der Konstruktion der Währungsunion liegt.

4.1 Die Bedeutung der Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen für die Entstehung der Eurozonenkrise

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat schon im Jahr 2010 auf die Untauglichkeit der Kriterien des Stabilitäts- und Währungspakts für die Herstellung von Stabilität und Konvergenz in der Eurozone hingewiesen ([22], [23], [24]). Als geeignetes Kriterium wird vom IMK die Leistungsbilanz vorgeschlagen und Regeln zur Begrenzung von Leistungsbilanzüberschüssen und Leistungsbilanzdefiziten formuliert.

Seit der Einführung des Euro wuchsen die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen der Eurozonenländer, wie die folgende Abbildung zeigt:

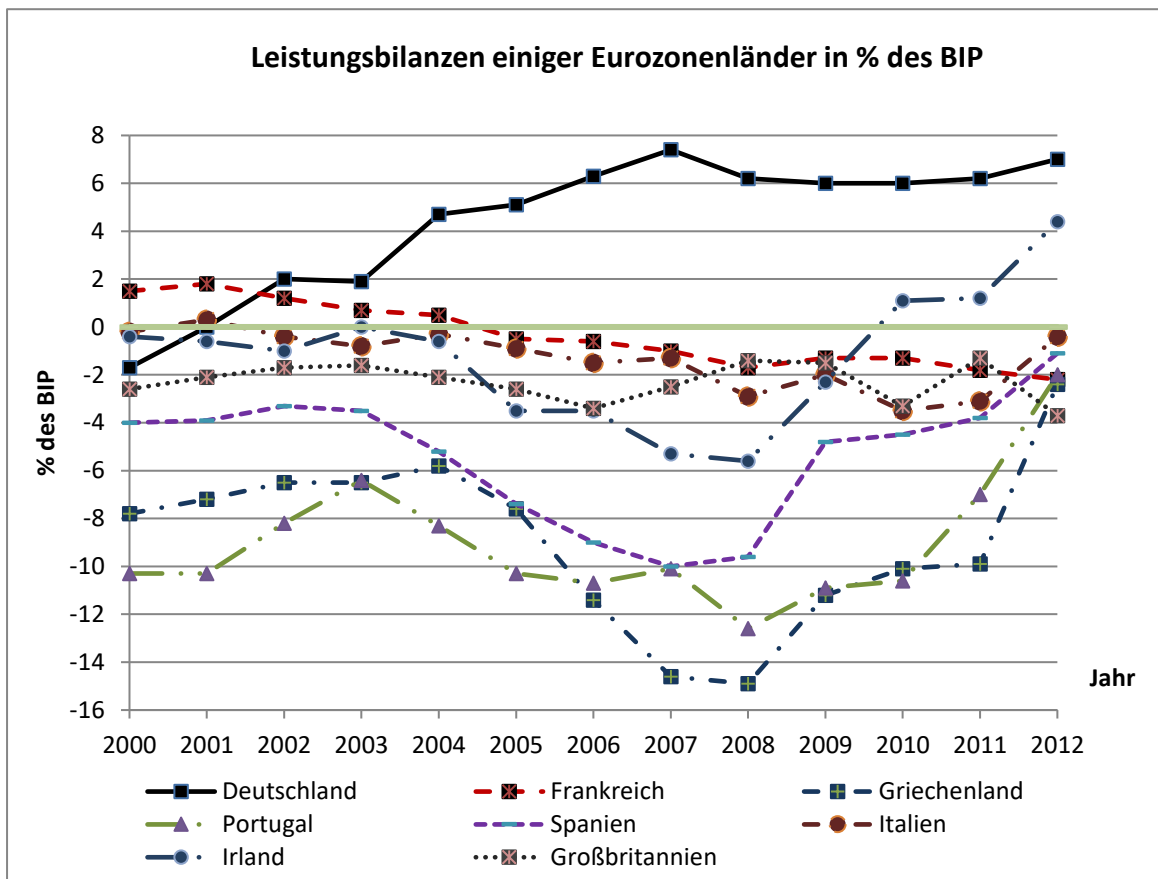


Abbildung 4: Leistungsbilanzen ausgewählter Eurozonenländer in Prozent des BIP, [25].

Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen sind kein spezielles Problem der Eurozone, sondern seit einigen Jahrzehnten ein generelles Problem der Weltwirtschaft. So sammelten die USA im Zeitraum von 1980 bis 2009 Leistungsbilanzdefizite von 7833 Billionen Dollar an ([26]). Vor der Finanz- und Weltwirtschaftskrise betrug das Handelsbilanzdefizit der USA rund 800 Milliarden US-Dollar pro Jahr ([27]), die Verschuldung der USA wirkte als weltweite Konjunkturlokomotive. In Europa sticht Spanien mit einem kumulierten Defizit von 857,7 Milliarden Dollar für den gleichen Zeitraum heraus.

Obige Abbildung zeigt, dass die Einführung des Euro nicht zu einer Konvergenz der Leistungsbilanzen in der Eurozone geführt hat, sondern zu ihrer Auseinanderentwicklung. Seit Einführung des Euro summiert sich Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss gegenüber der Eurozone auf mehr als 770 Milliarden Euro ([27]). Das bedeutet, dass die meisten Länder der Eurozone durch die Einführung des Euro zu ökonomischen Verlierern wurden, nur einige wenige Länder und insbesondere Deutschland wurden zu ökonomischen Gewinnern.

Eine negative Leistungsbilanz bedeutet, dass ein Land mehr Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland importiert, als es dorthin verkauft. Da die gegenseitigen Gläubiger- und Schuldnerpositionen nicht durch Handel ausgeglichen werden, können Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen auf Dauer nicht stabil sein. Die Handelsbilanzüberschüsse resultieren in Geldforderungen, die auf den Finanzmärkten angelegt werden. Diese Geldtitel wurden teilweise auch in zweifelhafte Finanzprodukte investiert, womit sie verloren gingen.

Als im Verlauf der Eurokrise die Debatte aufkam, dass die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen unhaltbar seien, versuchten vor allem deutsche Politiker diese Debatte zu unterdrücken. Im Scoreboard des Sixpack wurde aber inzwischen auch das Leistungsbilanzsaldo aufgenommen ([15]). Bestraft werden soll ein Land, wenn es ein Leistungsbilanzdefizit von mehr als vier Prozent oder einen Leistungsbilanzüberschuss von mehr als sechs Prozent hat. Es bleibt abzuwarten, ob dies mehr als Rhetorik ist. Deutschlands Leistungsüberschuss ist inzwischen größer als sechs Prozent, aber nach wie vor bestimmen die wirtschaftlich mächtigen Eurozonenländer wie Deutschland, ob eine Verordnung auch durchgesetzt wird.

Der Grund, warum gerade die Eurozonenländer mit hohen Leistungsbilanzdefiziten in den Fokus der „Finanzmärkte“ geraten sind, nicht aber die USA oder Großbritannien mit teilweise höheren Leistungsbilanzdefiziten, liegt daran, dass die Probleme der Ungleichgewichte in der Eurozone kaum lösbar sind. Die wachsende Staatsverschuldung der Eurozone nach der Finanzmarktkrise hat daher die Aufmerksamkeit der „Finanzmärkte“ auf deren Probleme gelenkt, weil sie befürchten, ihre Forderungen nicht zurück zu bekommen.

4.2 Die ökonomische Fehlkonstruktion der Eurozone

Da die Handelsbilanz in der Regel den Hauptanteil der Leistungsbilanz ausmacht, ist ein dauerhaftes Leistungsbilanzdefizit immer ein Kennzeichen für fehlende Wettbewerbsfähigkeit (siehe dazu die ausführliche Darstellung in [29]). Die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit einiger Euroländer lässt sich aus folgender Tabelle ablesen:

Indikator	Spanien	Italien	Frankreich	Deutschland
Inflation	33	24	21	11
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	24	25	19	4
Lohnstückkosten im Exportsektor	5	4	3	-6
Reale Aufwertung (+) bzw. Abwertung (-)	29	22	15	-0.2

Tabelle 2: Wettbewerbsindikatoren in den großen Euroländern im Zeitraum von 2001 bis 2010, Veränderung in Prozent, [30].

In fast allen Eurozonenländern sind die Lohnstückkosten stärker gestiegen als in Deutschland. Die Senkung der Lohnstückkosten im Exportsektor Deutschlands wirkt wie eine Abwertung der eigenen Währung und sie ermöglichte Deutschlands Exportoffensive. Auch die anderen damit zusammenhängenden Indikatoren der Tabelle 2 wirken in dieselbe Richtung. Zu den Lohnstückkosten ist anzumerken, dass inzwischen die Krisenländer der Eurozone versuchen, die Lohnstückkosten durch Lohnabbau zu senken. Eine Senkung von Lohnstückkosten kann aber Produktivitätsunterschiede nicht ausgleichen und daher keine größere Konkurrenzfähigkeit herstellen. Die gemeinsame Währung verschärft die Konkurrenzsituation in der Eurozone und führt zu einem verstärkten Druck auf die Löhne in der Eurozone und zum Anwachsen der Widersprüche zwischen den Eurozonenländern.

Früher musste Deutschland seine D-Mark aufwerten beziehungsweise andere Länder ihre Währung gegenüber der D-Mark abwerten, damit die Ungleichgewichte in der Handelsbilanz ausgeglichen werden konnten. Nach der Einführung des Euro entfiel diese Möglichkeit und Deutschland konnte seine Konkurrenzfähigkeit immer weiter ausbauen. Im Zeitraum von 1975 bis 1995 wertete zum Beispiel Frankreich seine Währung gegenüber der D-Mark um 50 Prozent ab, Italien um 75 Prozent ([30], Seite 18). Es ist also die Kombination von vergleichsweise moderaten Lohnstückkosten, hoher Produktivität und der Einführung des Euro, die zur deutschen Exportoffensive und zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland führte.

Es gibt auch in der Produktpalette der deutschen Industrie liegende Gründe für die Erfolge der deutschen Exportindustrie. Seit Beginn der Industrialisierung Deutschlands ist die deutsche Produktion gekennzeichnet durch die Herstellung einer breitgefächerten Palette spezialisierter Produkte hoher Qualität. Diese Flexibilität der deutschen Industrie, auf Kundenwünsche einzugehen, fehlt teilweise in anderen Industrieländern. Der im Vergleich zu anderen entwickelten Industrieländern relativ hohe Anteil der Warenproduktion am BIP bestätigt die vorteilhafte Produktionspalette der deutschen Industrie. Mehr zur historischen Entwicklung des deutschen Produktionsregimes siehe [4]. Zum Ausgleich der wirtschaftlichen Auseinanderentwicklung der Eurostaaten wird manchmal die Forderung nach höherer Inflation, höheren Löhnen und Staatsausgaben in Deutschland erhoben. Wollte man aber die in Tabelle 2 genannten Verschiebungen innerhalb von fünf Jahren ausgleichen, so müsste die Inflationsrate in Deutschland 6,6 Prozent im Jahr betragen und eine 40 prozentige Lohnerhöhung stattfinden, damit die anderen drei großen Volkswirtschaften der Eurozone, Frankreich, Italien und Spanien, wieder ihre frühere Wettbewerbsfähigkeit erringen könnten ([30], Seite 22). Es ist klar, dass das nicht stattfinden wird.

Eine andere Möglichkeit zur Verringerung der Leistungsbilanzüberschüsse bestünde in einem größeren Konsum in den Überschussländern. Da man Haushalte und Unternehmen schlecht zwingen kann, mehr auszugeben, müsste der Staat zusätzliche Ausgaben tätigen und seine Neuverschuldung erhöhen. In [30] wird vorgerechnet, dass Deutschland über längere Jahre eine Neuverschuldung von ungefähr sechs Prozent seiner Wirtschaftsleistung haben müsste, um seine gewaltigen Leistungsbilanzüberschüsse abzubauen. Dem widersprechen nicht nur die Maastricht-Kriterien zur Neuverschuldung, sondern auch die in Deutschland seit dem Jahr 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Somit sind die Konstruktionsmängel der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wirtschaftlich nicht lösbar. Eine politische Union könnte sicherlich mehr Einfluss auf

die Mitgliedsländer ausüben, aber es ist schwer vorstellbar, wie sie das Problem der unterschiedlichen Produktivität bei einheitlicher Währung lösen könnte. Die Wiedervereinigung Deutschlands zeigt auch den Umfang und die Dauer, die eine solche Angleichung erfordert (siehe Kapitel 7.5).

Mit der Einführung des Euro erlitten einige Länder der Eurozone das gleiche Schicksal wie die DDR nach der Übernahme durch die BRD, wo die höhere Produktivität im Westen zu weitgehender De-Industrialisierung im Osten führte. Die De-Industrialisierung einiger Eurostaaten seit der Einführung des Euro zeigt die folgende Tabelle:

Land	BIP-Wachstum [%]	Industrie-Wachstum [%]
Griechenland	2,0	-2,1
Spanien	2,0	-1,6
Italien	0,4	-1,6
Portugal	0,7	-1,5
Frankreich	1,1	-1,3
Deutschland	1,0	1,1
Niederlande	1,3	1,2
Österreich	1,5	2,6
Irland	2,7	3,8

Tabelle 3: Durchschnittliche Wachstumsraten von BIP und Industrieproduktion pro Jahr im Zeitraum von 2001 bis 2010, [30].

Über den Zeitraum von zehn Jahren gerechnet ergibt sich somit für die französische Industrie ein Schrumpfen um 13 Prozent und für die deutsche Industrie ein Wachstum um 11 Prozent. Mit einem dauerhaften Handelsbilanzdefizit wird offensichtlich auch eine De-Industrialisierung importiert. Ohne eine Erhöhung der Produktivität in den betroffenen Ländern, wird sich die De-Industrialisierung fortsetzen.

Der Zusammenschluss von Ländern mit unterschiedlichen Produktivitätsniveaus in einem gemeinsamen Währungsraum kann nicht ohne schnelle Maßnahmen zur Angleichung der Produktivität gelingen. Diese waren und sind aber nicht vorgesehen. Andersherum gesagt, die verwirklichte Konstruktion der Währungsunion dient bewusst zur Förderung der Absatzchancen der Exportindustrie der produktiveren Länder. Denn die Bedingungen in der Eurozone entsprachen nie den Voraussetzungen der Theorie „optimaler“ Währungsräume ([30], Seite 6), was bei der Diskussion der Einführung des Euro auch bekannt war. Vereinfacht gesagt ist der optimale Währungsraum immer noch der Nationalstaat.

Daher wurde eine „Konvergenztheorie“ kreiert, die behauptete, dass nach der Einführung der gemeinsamen Währung automatisch Investitionskapital in weniger kapitalintensive Volkswirtschaften strömen würde, da dort höhere Profite erzielt werden könnten ([30], Seite 16). Dadurch würden sich die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus der Eurozone im Selbstlauf ausgleichen. Dies ist eine Theorie, die wie eine Übertragung der Theorie von Marx zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate innerhalb einer Volkswirtschaft auf eine Staatengemeinschaft klingt. Die behauptete Wanderung von Investitionskapital hat sich aus mehreren Gründen nicht eingestellt. Zum einen konkurrieren die weniger produktiven Volkswirtschaften der Eurozone mit vergleichbaren

Volkswirtschaften in Osteuropa und anderen Teilen der Erde, die aber ihnen gegenüber die Flexibilität eigener Währungen besitzen. Zum anderen unterstellt diese Theorie, dass die durch Produktivitätssteigerung erhöhte Warenproduktion auch abgesetzt werden kann, so dass eine Investitionsentscheidung nicht wegen fehlender Absatzmärkte unterbleibt. Darüber hinaus wandert das Kapital vermehrt den Absatzmärkten hinterher, unter anderem auch, weil es dort mit der Produktion auch die Kaufkraft für die Produkte erzeugt. Eine offene Frage ist, unter welchen Bedingungen es in einem Nationalstaatenbündnis zu einer Kapitalwanderung wie in einem Nationalstaat kommen kann.

Die Begrenztheit der Absatzmärkte zeigt sich aktuell bei der Nullzinspolitik und der Flutung der Geldmärkte durch die EZB. Begründet wird sie mit der Stimulierung von Investitionen in der Produktionssphäre. Jedoch erfolgen die Investitionen trotz bester Kreditkonditionen nicht, weil es keine Absatzmöglichkeiten für eine erweiterte Produktion gibt.

Die Zerstörung der Wirtschaft von weniger entwickelten Ländern durch produktivere ist keine neuartige Erscheinung. Karl Marx beschrieb sie zum Beispiel anhand der Zerstörung der indischen Textilindustrie durch die englische ([31]). Umgekehrt ist an der Geschichte Deutschlands oder Japans im 19. Jahrhundert oder in der Gegenwart am Beispiel von Südkorea und China zu erkennen, dass eine nachholende Industrialisierung nur mit zeitweiligen staatlichen Regulierungsmaßnahmen gegenüber produktiveren Volkswirtschaften gelingen kann.

Es stellt sich also die Frage, warum es gerade zu dieser Konstruktion der Eurozone gekommen ist. Offensichtlich konnte das Industriekapital der produktiveren Länder seine Interessen durchsetzen. In den industriell weniger produktiven Ländern war die Industrielobby nicht mächtig genug, um unter diesen Rahmenbedingungen den Beitritt zur Eurozone zu verhindern. In diesen Ländern waren andere ökonomische und politische Gründe für den Beitritt ausschlaggebend, wie etwa der Vorteil eines niedrigeren Zinsniveaus.

Die Einführung des Euro hat die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU verstärkt. Dies führte auch zu einer stärkeren politischen Hegemonie der ökonomisch führenden Länder und zu wachsenden Widersprüchen zwischen den Nationalstaaten. Damit ist neben dem Argument, dass alle Staaten von der Einführung des Euro profitieren würden, auch das Argument, die stärkere Integration Europas sei ein Friedensprojekt fragwürdig geworden. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass vermutlich Frankreich als Gegenleistung zu seiner Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands die Zustimmung Deutschlands zu einer gemeinsamen Währung forderte. Die dahinter stehende Absicht war, das wiedererstarkende Deutschland unter europäische Kontrolle zu stellen. Das Gegenteil ist eingetreten.

4.3 Zusammenfassung

- Die Krise der Eurozone beruht darauf, dass ein Zusammenwachsen von Ländern mit stark unterschiedlicher Produktivität unter einer gemeinsamen Währung schwer möglich ist. Eine Folge der Konstruktion der Eurozone war daher ein Wirtschaftswachstum in den produktiveren Ländern und eine De-Industrialisierung in den unproduktiveren Ländern, die bei einem Verbleib in der Eurozone kaum rückgängig zu machen ist. Diese Entwicklung führte zu wachsenden

Ungleichgewichten der Leistungsbilanzen der Eurozonenländer. Die meisten Länder der Eurozone wurden durch die Einführung des Euro zu ökonomischen Verlierern, nur einige wenige, insbesondere Deutschland wurden zu ökonomischen Gewinnern. Maßnahmen zur Herstellung gleicher Produktivitätsniveaus in den Ländern der Eurozone waren und sind nicht vorgesehen. Die durch die Weltfinanzmarktkrise stark gestiegene Staatsverschuldung der Eurozonenländer nach 2008 machte die auf Dauer nicht haltbare wirtschaftliche Konstruktion der Eurozone sichtbar und lenkte die Aufmerksamkeit der Finanzmärkte auf dieses Problem.

- Die Konstruktion der Eurozone führte auch zu einer wachsenden politischen Hegemonie der wirtschaftlich profitierenden Länder und insbesondere Deutschlands. Dies führt zu zunehmenden Widersprüchen zwischen den Ländern der gesamten EU. Eine ganze oder teilweise Auflösung der Eurozone ist nur durch politische Ereignisse „von unten“ in den einzelnen Nationalstaaten oder durch Finanzkrisen zu erwarten. Für die Lohnabhängigen der Eurozone ist der Kampf für die Auflösung der Eurozone notwendig, weil dieses neoliberale Projekt mit seinem demokratisch nicht legitimierten supranationalen Mehrebenenregime zu verstärktem Sozial- und Demokratieabbau geführt hat. Erschwert wird der Kampf auch dadurch, dass sich die Verursacher von Einschnitten gegenseitig die Verantwortung dafür zuschieben können. Weder das Versprechen, der Euro sei ein Friedensprojekt, noch er sei ein wirtschaftliches Erfolgsmodell, hat sich bisher bewahrheitet.
- Die Konstruktion des Eurowährungsraums erfolgte im Interesse der industriell produktiveren Länder, da es danach für die unproduktiveren Länder nicht mehr möglich war, ihre Leistungsbilanzdefizite durch Abwertung aufzufangen oder eine Aufwertung der Währungen produktiverer Länder zu erzwingen. Insbesondere Deutschland hat durch seine höhere Produktivität und die relative Senkung der Lohnstückkosten seine wirtschaftliche Dominanz in der Eurozone ausgebaut.
- Es hat sich gezeigt, dass die Maastricht-Kriterien nicht in der Lage sind, die Eurozone wirtschaftlich zu harmonisieren. Ob die neuen Regeln des Sixpack zur Begrenzung der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Gesamtverschuldung zur Anwendung kommen, bleibt abzuwarten. Deutschland verstößt seit Jahren vor allem mit einem Leistungsbilanzüberschuss von mehr als sechs Prozent gegen diese Regeln. Zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der unproduktiveren Länder tragen diese Regeln nicht bei.

5. Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands seit 1950

5.1 Etappen der Staatsverschuldung der G7-Staaten seit dem Jahr 1950

Die folgende Abbildung zeigt die Verschuldung der G7-Länder seit 1950 in Prozent des BIPs. Man sieht deutliche Übereinstimmungen in der Dynamik der Entwicklung der Staatsverschuldung. Weiterhin ist offensichtlich, dass die gegenwärtige Verschuldung in den meisten Ländern ein Niveau erreicht hat, wie es das bisher noch nie in Friedenszeiten gab (vergleiche [21]).

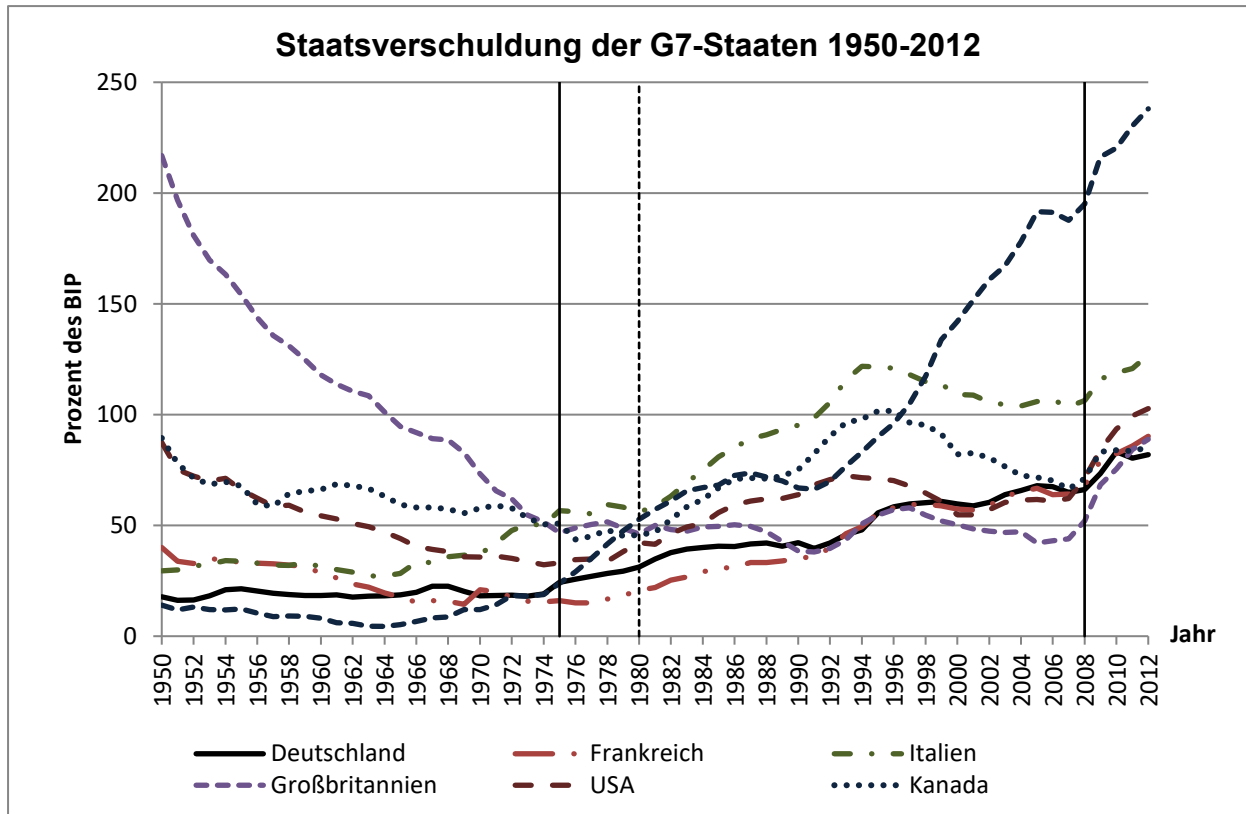


Abbildung 5: Staatsverschuldung der G7-Staaten seit dem Jahr 1950, [32].

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden zunächst die Kriegsschulden abgebaut, was dank der hohen Wachstumsraten der Wirtschaft in den 1950er und 1960er Jahren, dem „Golden Age“, gelang. Westdeutschland entledigte sich seiner Kriegsschulden von über zweihundert Prozent durch die Währungsreform im Jahr 1948, bei der die öffentlichen Schulden im Verhältnis 1 zu 10 in die Deutsche Mark umgerechnet wurden ([33]). Sie wurden also wie nach dem ersten Weltkrieg durch einen Staatsbankrott abgebaut, was in Frankreich, Großbritannien und den USA nicht notwendig war. Seit der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975 stieg in allen G7-Ländern, abgesehen von einer Periode der Eindämmung der Neuverschuldung während der 1980er und 1990er Jahre, die Staatsverschuldung im Wesentlichen kontinuierlich an. Das heißt, der Staat gibt Jahr für Jahr mehr Geld aus, als er an Steuern und Abgaben einnimmt. Nach der Finanzmarktkrise ab dem Jahr 2008 nimmt die Staatsverschuldung in vielen Ländern aufgrund der Rettungspakete für die Banken rasant zu.

Einen Sonderfall innerhalb der G7-Länder stellt die Entwicklung der japanischen Staatsverschuldung dar. Der japanische Staat versucht bereits seit dem Platzen seiner Aktien- und Immobilienblase Anfang der 1990er Jahre immer wieder, mit neuen staatlichen Rettungspaketen den Bankensektor und die Wirtschaft zu sanieren. Im Unterschied zu Griechenland und zum Beispiel auch den USA ist Japan aber hauptsächlich bei inländischen Gläubigern verschuldet.

In jedem Land gibt es bezüglich der Staatsverschuldung Besonderheiten, so zum Beispiel in Deutschland die Wiedervereinigung, in Großbritannien die Erschließung des Nordseeöls und in den USA die Kriegs- und Rüstungskosten. Doch trotz solcher Einmaleffekte fällt insgesamt eine Einteilung der Entwicklung der Staatsverschuldung hauptsächlich in vier Perioden auf:

1. Die Nachkriegszeit bis zur Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975 mit ziemlich konstantem niedrigem Staatsschuldenniveau
2. Die Zeit nach der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1974/1975 mit rasch wachsender Staatsverschuldung
3. Die Etappe der Eindämmung der Neuverschuldung vor allem durch Rückbau des Sozialstaats, die zwischen 1980 und 1990 begann
4. Die Zeit nach der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 mit einem beispiellosen Anwachsen der Staatsverschuldung.

Die Betrachtung der Staatsverschuldung der führenden kapitalistischen Länder diene dem Zweck, zu zeigen, dass in ihnen offensichtlich gleichgerichtete Entwicklungen stattgefunden haben. Dies lässt sich auch an anderen Wirtschaftsindikatoren wie etwa dem Wachstum des BIPs, der Produktivität und der Arbeitslosigkeit zeigen. Die folgenden Ausführungen beschränken sich im Wesentlichen auf Deutschland.

5.2 Die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts in Deutschland seit dem Jahr 1950

Zunächst soll auf einige wichtige Kenngrößen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg eingegangen werden.

Betrachten wir zunächst die Wachstumsraten des BIPs:

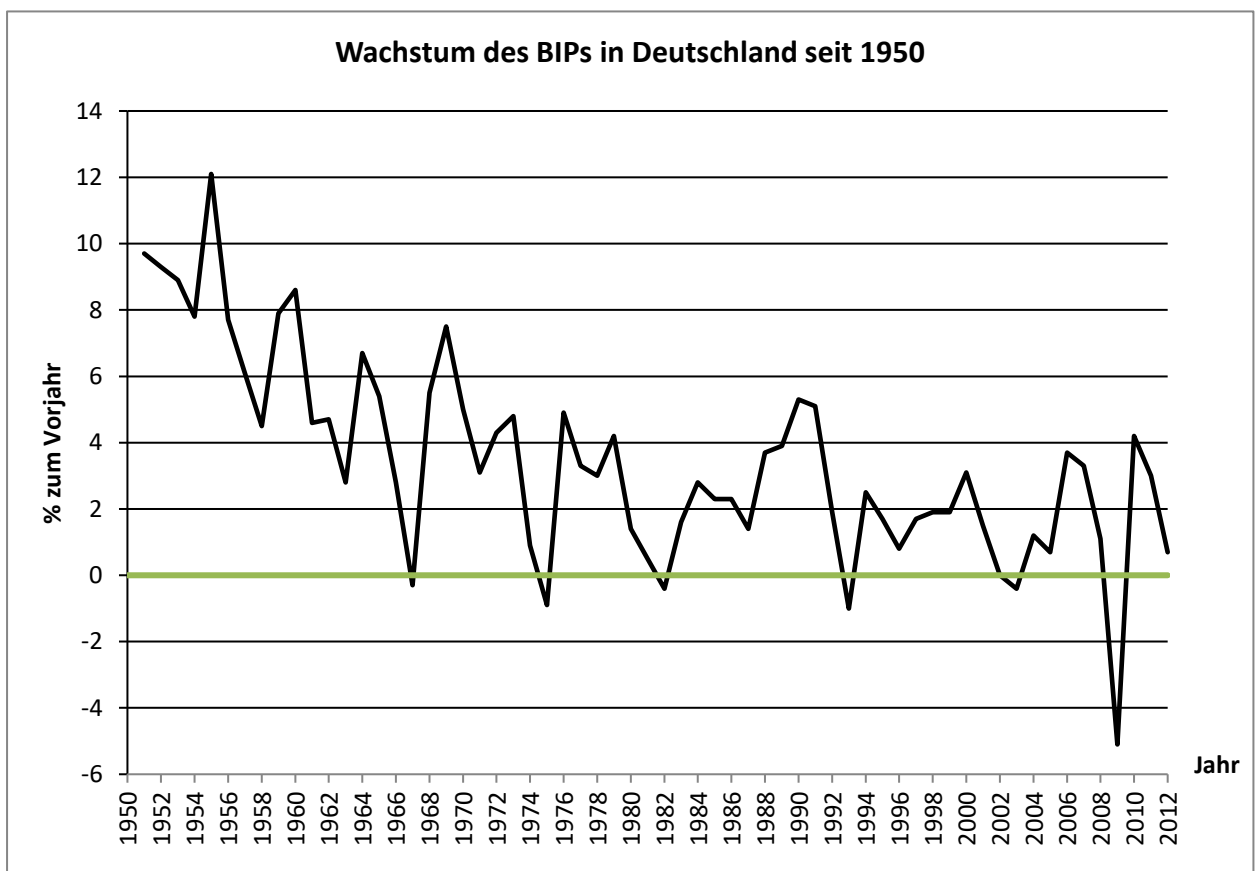


Abbildung 6: Wachstum des BIPs in Deutschland seit dem Jahr 1950, [34].

Daraus ergeben sich folgende Durchschnittswerte des Wachstums des BIPs:

Jahre	Wachstum des BIP
1950 bis 1960	8,2
1960 bis 1969	4,4
1970 bis 1980	2,9
1980 bis 1991	2,6
1991 bis 2000	1,6
2000 bis 2010	1,0

Tabelle 4: Durchschnittliches Wachstum des BIPs in Deutschland seit dem Jahr 1950 in Jahrzehntintervallen.

In Abbildung 6 sieht man auch die zyklische Entwicklung des Akkumulationsprozesses. Sie ist im Einzelnen bei Krüger ([1] und [2]) beschrieben. Auch wenn erst die Berücksichtigung der Krisenzyklen den Verlauf der Akkumulation im Detail richtig erklären kann, wird dies in diesem Artikel nicht verfolgt. Hier liegt der Schwerpunkt auf dem Zusammenhang der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation mit dem Wachstum der Staatsverschuldung.

In der Abbildung 6, wie in Tabelle 4, ist zu sehen, dass Wachstumszuwächse wie vor der Krise 1974/1975 seitdem nicht mehr erreicht wurden. Entsprechende Rückgänge der Wachstumsraten finden sich in den meisten entwickelten Industrieländern (siehe [2]). Es stellt sich also die Frage, ob es gemeinsame Ursache dieser Entwicklung gibt.

5.3 Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit dem Jahr 1950

Das Wachstum der Arbeitsproduktivität in Deutschland war fast immer höher als das Wachstum des BIPs ([35], [3], Seiten 14 folgende). Im Schnitt erhöhte sich die Produktivität zwischen dem Jahr 1950 und 2007 jährlich um vier Prozent, wobei die höchsten Zuwächse im ersten Nachkriegszyklus mit etwa acht Prozent stattfanden ([3], Seite 41) und danach auf jetzt unter ein Prozent sanken (vergleiche [2], Seiten 886, 887). Die Entwicklung der Produktivität ist in Abbildung 8 dargestellt.

Wachstum der Produktivität bedeutet, dass menschliche Arbeitskraft durch Maschinerie ersetzt wird. Ziel des einzelnen Kapitalisten ist dabei, seine Waren billiger als die der Konkurrenten herzustellen, um Extragewinne zu erzielen. Sie findet statt, wenn die Anwendung von Maschinen billiger ist als die Anwendung von menschlicher Arbeitskraft. Die durch Produktivitätsfortschritt freigesetzten Arbeitskräfte können nur bei erweiterter Produktion weiter beschäftigt werden. Eine Erweiterung der Produktion hängt wiederum von der Erwartung auf höhere Gewinne ab. In Deutschland fand trotz Arbeitszeitverkürzung spätestens seit der Krise 1974/1975 bis zum Jahr 2005 keine Wiederverwendung freigesetzter Arbeitskräfte statt, weshalb die Arbeitslosigkeit kontinuierlich stieg und sich eine wachsende „Sockelarbeitslosigkeit herausbildete (siehe Abbildung 7). Die Gründe für das Sinken der Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2005 werden in Kapitel 5.5 behandelt.

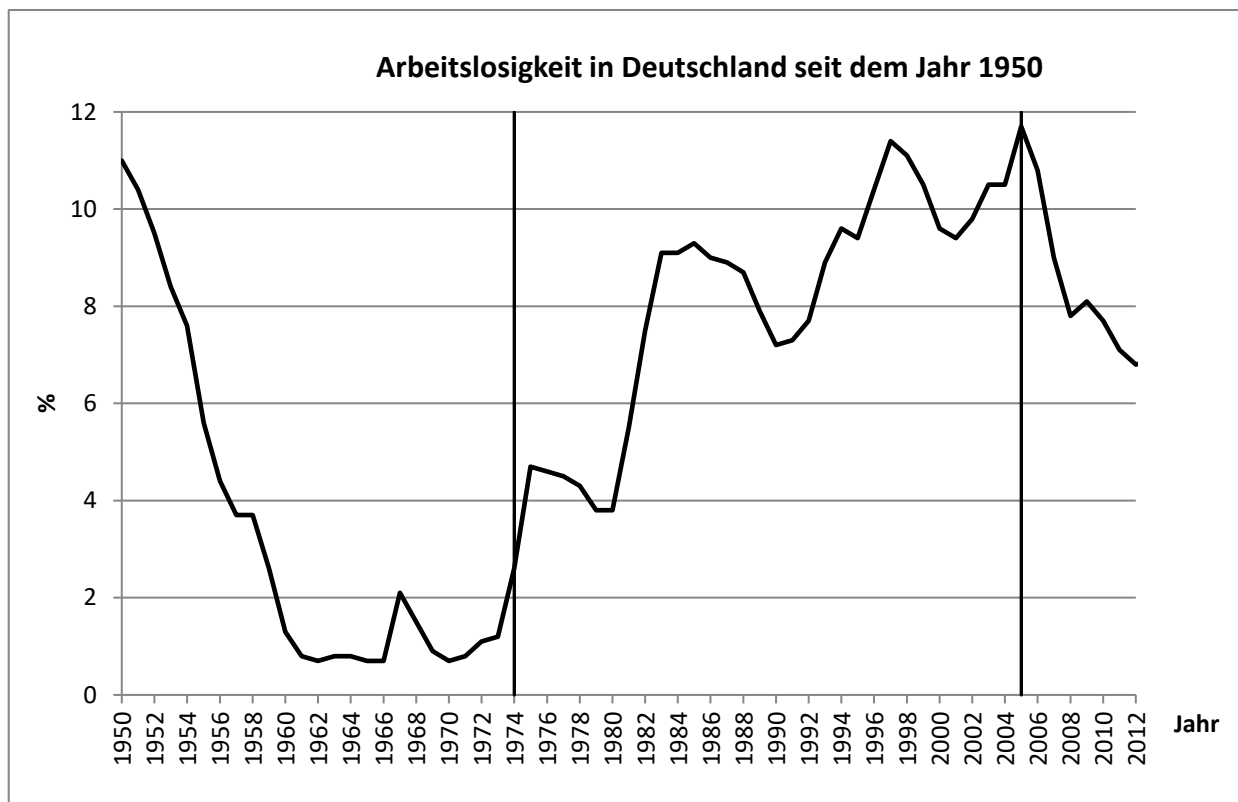


Abbildung 7: Arbeitslosigkeit in Deutschland seit dem Jahr 1950 bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen, ab 1991 für Gesamtdeutschland, [36].

Wir sehen in Abbildung 7 drei Phasen der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland:

- Von 1950 bis Mitte der 1970er Jahre eine zyklenübergreifende sinkende Arbeitslosigkeit.
- Von Mitte der 1970er Jahre bis 2005 eine zyklenübergreifende stark wachsende Arbeitslosigkeit.
- Ab 2005, entgegen dem Trend in anderen Ländern, eine wieder sinkende Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach der Krise 1974/1975 wuchs bis zum Jahr 2005, obwohl die Jahresarbeitszeit von rund 2400 Stunden pro Erwerbstätigem zu Beginn der 1950er Jahre auf unter 1400 Stunden im Jahr 2008 sank ([37]). Trotzdem war die kapitalistische Akkumulation in Deutschland seit Ende der 1960er Jahre anders als in der Zeit davor nicht mehr in der Lage, die in Krisen freigesetzten Arbeitskräfte im Boom wieder zu beschäftigen. Dieser Trend scheint sich seit dem Jahr 2005 umgekehrt zu haben.

Zu den Arbeitslosenstatistiken ist anzumerken, dass sie immer geschönt wurden, indem zum Beispiel die Verfahren zu ihrer Ermittlung geändert wurden. So ist der auffällige Peak im Jahr 2005 auf Methodenänderungen zurückzuführen. Darüber hinaus: Nach Bontrup waren im Oktober 2010 tatsächlich über eine Millionen Menschen mehr arbeitslos, als die offizielle Statistik auswies ([28], Seite 34). Zu den Arbeitslosen müssten nämlich auch die Frühverrentungen und Vorruheständler gezählt werden, die seit Beginn der 1990er Jahre aus dem Erwerbsleben ausschieden, sowie die Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen.

5.4 Die Entwicklung von Löhnen und Produktivität in Deutschland seit dem Jahr 1950

Busch und Land haben in [3] die langfristige Entwicklung von Löhnen und Produktivität untersucht. Sie weist mehrere Etappen auf ([3] Seite 102, folgende):

„Alle Analysen, die nominale, die Reallohn Betrachtung nach Kaufkraft oder nach BIP-Deflator berechnet, zeigen aber im Grunde dasselbe Ergebnis:

- bis in die 1970er-Jahre liegen Produktivität und Lohnentwicklung dicht beieinander;
- in den 1970er-Jahren geht die Lohnentwicklung über die Produktivität hinaus, je nach Berechnungsmethode mehr oder weniger;
- in den 1990er-Jahren bleibt die Lohnentwicklung hinter der Produktivität zurück, besonders seit Ende der 1990er-Jahre;
- die Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen bzw. der Kapitalgewinne verläuft genau umgekehrt, sie liegt ebenfalls dicht an der Produktivität bis in die 1970er Jahre und schießt in den 1990er-Jahren nach oben, besonders seit Ende der 1990er-Jahre.“

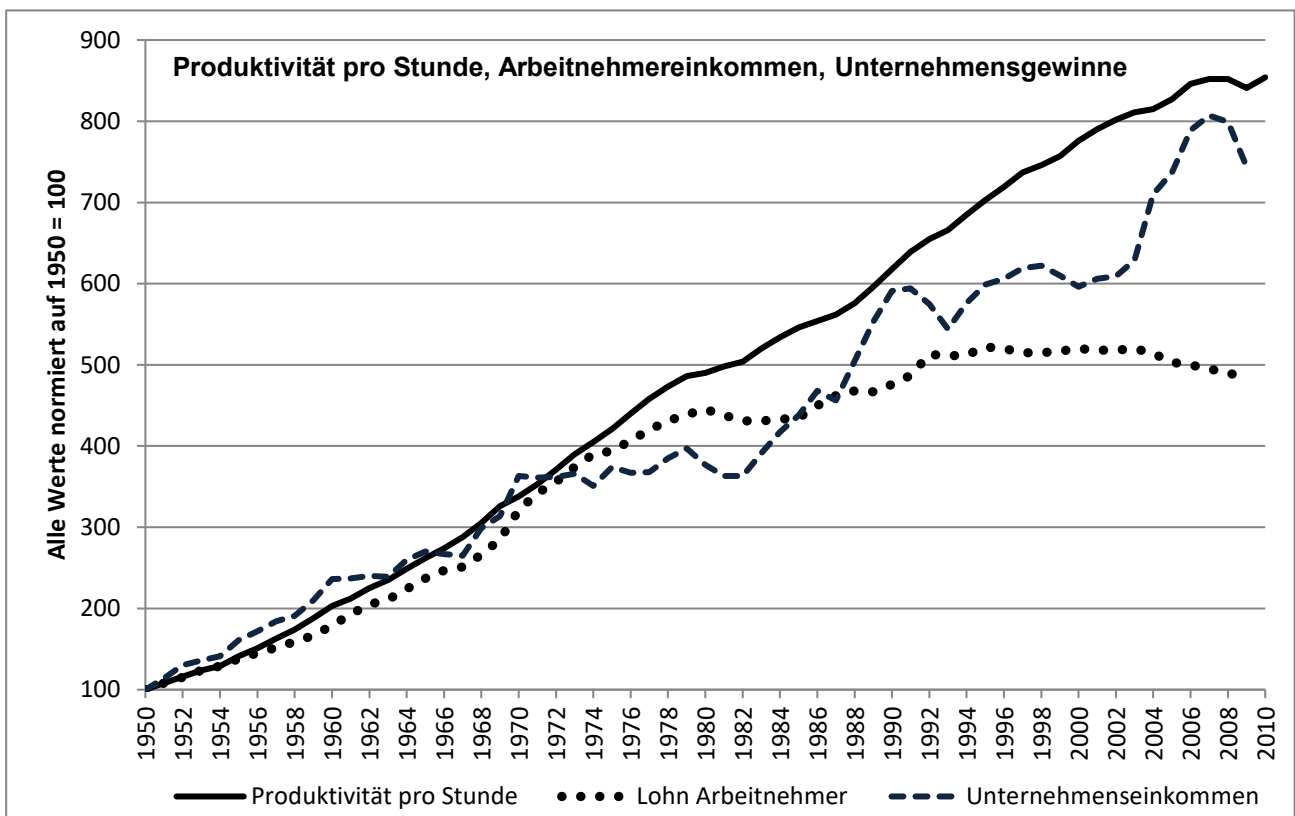


Abbildung 8: Entwicklung der Produktivität pro Stunde, der Löhne und Unternehmenseinkommen (preisbereinigt) in Deutschland seit dem Jahr 1950, [37].

Die Kopplung der Löhne an den Produktivitätsfortschritt ist ein neues Phänomen der Lohnentwicklung in einigen kapitalistischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg. Dies galt auch viele Jahre für die Renten, da sie an die Löhne gekoppelt waren. Busch und Land bezeichnen diese Phase als „Teilhabekapitalismus“ oder „fordistische Massenproduktion“. Darauf wird in Kapitel 6 näher eingegangen. Die Abkopplung der Löhne vom Produktivitätswachstum ab etwa dem Jahr 1980 war möglich, weil die Massenarbeitslosigkeit die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Vertretung schwächte. Mit der zunehmenden Globalisierung und dem Fall des Eisernen Vorhangs kamen als zusätzliche Druckmittel die Drohung von Werksschließungen und

Verlagerungen von Standorten in Billiglohnländer hinzu.

Busch und Land ziehen aus dieser Nachkriegsentwicklung grundsätzliche Schlüsse ([3], Seiten 133 folgende). Sie argumentieren, dass wegen der Kopplung der Lohn- an die Produktivitätsentwicklung die Marx'sche Bestimmung der Lohnhöhe durch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft nicht mehr gültig ist. Nach ihrer Argumentation ist die Marx'sche Bestimmung der Lohnhöhe ein Kennzeichen des Stadiums unentwickelter kapitalistischer Produktion bei Vorhandensein einer latenten Überbevölkerung in der Landwirtschaft, wie es zu Marx Zeiten in vielen Ländern der Fall war. Busch und Land sind der Meinung, dass es trotz aller Einschnitte in die Errungenschaften des „Teilhabekapitalismus“ keine Rückkehr zur Lohnbestimmung nach Marx geben wird. Wie sich im Folgenden zeigen wird, waren aber die Nachkriegsjahrzehnte eine Ausnahme in der Entwicklung einiger kapitalistischer Länder und nur der Situation geschuldet, dass ein neuer Sozialvertrag erforderlich war, um den Kapitalismus zu stabilisieren. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre führt das Kapital aber eine in ihrem Sinn erfolgreiche Offensive in Richtung einer Normalisierung der kapitalistischen Klassenverhältnisse.

5.5 Die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland seit dem Jahr 1990

Wie in Abbildung 8 zu sehen ist, fand insbesondere ab den 1990er Jahren eine Reallohnsenkung in Deutschland statt. Dazu trug wesentlich die Ausweitung des Niedriglohnbereichs bei. Als Niedriglohn wird ein Lohn von weniger als zwei Dritteln des mittleren Durchschnittlohns definiert. Die Niedriglohngrenze betrug im Jahr 2012 9,30 Euro, das heißt, der im Jahr 2014 beschlossene Mindestlohn von 8,50 Euro liegt unterhalb der Niedriglohngrenze.

Nach IAQ-Report ([38]) arbeiteten im Jahr 2012 24,3 Prozent aller abhängig Beschäftigten, das sind 8,4 Millionen Beschäftigte, für einen Lohn unterhalb der Niedriglohngrenze. Von diesen erhielten 6,6 Millionen einen Stundenlohn, der unter dem im Jahr 2014 beschlossenen Mindestlohn liegt. Der Mindestlohn kommt also einer großen Anzahl von Beschäftigten zugute, wenn er ohne große Ausnahmen durchsetzbar ist. An der Tendenz zu einem immer weiter wachsenden Niedriglohnbereich ändert der Mindestlohnbeschluss nichts, da die atypischen Beschäftigungsverhältnisse weiter zunehmen.

Im Zeitraum von 1995 bis 2012 wuchs der Niedriglohnsektor um 42,1 Prozent. Der Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung beruht inzwischen hauptsächlich auf der Zunahme von Niedriglöhnern in Westdeutschland. Deutschland besitzt inzwischen den größten Niedriglohnsektor aller Eurozonenländer ([39]), auch der Anteil der Niedriglöhner mit abgeschlossener Berufsausbildung ist europaweit „Spitze“. Der wachsende Niedriglohnsektor drückt das Lohnniveau insgesamt, was wegen des abnehmenden Rationalisierungsdrucks auch ein verlangsamtes Produktivitätswachstum zur Folge hat.

Wie ließen sich die Reallohnsenkungen in Deutschland durchsetzen? Dies liegt vor allem an der Ausdehnung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland. Die atypische Beschäftigung ist in Deutschland seit den frühen 1990er Jahren von 20 auf 36 Prozent der Gesamtbeschäftigung im Jahr 2009 angestiegen ([40]). Inzwischen arbeiten über 20 Prozent der abhängig Beschäftigten in Minijobs ([40], Seite 15). Der Schwerpunkt des Niedriglohnbereichs liegt im Dienstleistungssektor. Die gesetzlich sanktionierte Möglichkeit von atypischen Beschäftigungsverhältnissen sichert einen stetigen Zustrom in den Niedriglohnsektor.

Atypische Beschäftigungen sind alle Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis. Das Normalarbeitsverhältnis beinhaltet:

- Vollzeitätigkeit mit existenzsicherndem Einkommen

- Unbefristetes Arbeitsverhältnis
- Vollständige Integration in die sozialen Sicherungssysteme.

Demzufolge sind Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung, Leiharbeit und „neue“ Selbständigkeit atypische Beschäftigungsverhältnisse. Das Wachstum der atypischen Beschäftigung in Deutschland zeigt Folgendes:

Tendenziell entwickelt sich das Normalarbeitsverhältnis zur Ausnahme, die atypische Beschäftigung wird zur Regel. Diese Entwicklung begann mit der Wiedervereinigung Deutschlands und wurde durch die Agenda 2010 von Rot-Grün beschleunigt.

Die Abwicklung der DDR eröffnete die Möglichkeit, mit Niedriglohnsektor und atypischer Beschäftigung die Löhne zu senken, Arbeitszeiten zu verlängern und den Kündigungsschutz abzubauen. Mit der Agenda 2010 wurde diese Entwicklung auf ganz Deutschland ausgeweitet. Die wichtigsten Mittel waren dabei die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die Öffnungsklauseln in den Flächentarifverträgen und die Zumutbarkeitsregeln von Hartz IV, die dem Niedriglohnsektor einen stetigen Zustrom sicherten. Der damalige Bundeskanzler Schröder (SPD) bezeichnete die Schaffung eines Niedriglohnsektors als vorrangiges Ziel der Agenda 2010.

Eine Folge der neuen Arbeitstypen und der Lohndifferenzierungen ist eine immer größere Spaltung der Lohnabhängigen. Neben der im vorigen Kapitel beschriebenen Entwicklung der Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen zeigt die Umgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse die zunehmende Macht des Kapitals. Umfasste der nach dem zweiten Weltkrieg geschlossene Klassenkompromiss zwischen Arbeit und Kapital noch die gesamte Arbeiterklasse, so zeigt die beschriebene Ausdifferenzierung der Lohnabhängigen seine bewusst herbeigeführte Aufkündigung des in Raten. Eine gewisse Kompromissbereitschaft zeigt das Kapital nur noch gegenüber den häufig gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Normalarbeitsverhältnissen, wobei das Kapital gleichzeitig versucht, das Normalarbeitsverhältnis zum Auslaufmodell zu machen.

5.6 Die Ursachen für das Sinken der Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2005

Die wesentliche Ursache dafür ist die erfolgreiche Exportoffensive der deutschen Industrie. Exportierte Deutschland im Jahr 2000 Waren im Wert von 33,4 Prozent des BIPs, so waren es im Jahr 2010 bereits 46,1 Prozent, fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab ([28], Seite 18). Der private Konsum in Deutschland stagnierte im Zeitraum von 2000 bis 2009 ([41]) und konnte daher nicht die Ursache für eine wachsende Beschäftigung sein. Die Stagnation der Konsumausgaben ist nicht verwunderlich, sind doch in Deutschland als einzigem Land der Eurozone die Reallöhne aller Arbeitnehmer seit der Einführung des Euro gesunken und die Tariflöhne nur minimal gestiegen. Der Unterschied zwischen der Wachstumsrate der Reallöhne aller Arbeitnehmer und der tariflichen Löhne ist eine Folge der abnehmenden Tarifbindung in Deutschland. Hatten im Jahr 1998 noch 76 Prozent der Arbeitnehmer in Westdeutschland Tariflöhne, so waren es im Jahr 2011 nur noch 61 Prozent. In den ostdeutschen Ländern sank die Tarifbindung von 63 Prozent im Jahr 1998 auf 49 Prozent im Jahr 2011 ([41]).

Somit ist es eine Folge der erfolgreichen deutschen Exportoffensive, dass die Anzahl der Erwerbstätigen auf ein Rekordniveau von etwa 42 Millionen im Jahr 2014 gestiegen ist. Eine zunehmende Zahl der Erwerbstätigen arbeitet jedoch in Leiharbeit, in Teilzeitarbeit, die inzwischen auch in der Statistik als

Beschäftigung gezählt wird, und in prekären Arbeitsverhältnissen. Wie bereits beschrieben, sind die wesentlichen Gründe für die erfolgreiche Exportoffensive der deutschen Industrie die vergleichsweise geringe Erhöhung der Lohnstückkosten und die Einführung des Euro.

Es gibt weitere Gründe für die Stabilisierung der Beschäftigung. Die in den 1990er Jahren vom Kapital gern genutzte Möglichkeit, Beschäftigte in den Vorruhestand zu schicken, wurde inzwischen durch verschiedene Gesetzesänderungen erschwert und zum Beispiel durch die Erhöhung der Regelaltersgrenze unattraktiv gemacht. Damit stieg der Anteil der Älteren am Erwerbsleben ([42]). Der Anteil der Beschäftigten in der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahren stieg von 37 Prozent im Jahr 2000 auf 61,5 Prozent im Jahr 2012.

Eine weitere Maßnahme der deutschen Regierung führte zu einer Steigerung der deutschen Exporte. Im Jahr 2007 wurde von der großen Koalition die Mehrwertsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent erhöht und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgesenkt. Die Mehrwertsteuererhöhung verteuerte die Importe, die Senkung der Lohnnebenkosten verbilligte die Exporte. Beide Maßnahmen wirkten wie eine Währungsabwertung. Es ist also vor allem die nach der Einführung des Euro gewachsene Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, die dazu führte, zusätzliche Arbeitskräfte zu beschäftigen. Seit dem Jahr 2008 profitierte die deutsche Wirtschaft bisher davon, dass der Exportrückgang in die Eurozonenländer durch Exporte in Nicht-EU-Länder wie China und die USA überkompensiert wurde. Zum Wachstumsmodell Deutschlands später mehr.

5.7 Zusammenfassung

- In allen entwickelten kapitalistischen Ländern verläuft die Entwicklung der Staatsverschuldung seit dem Ende des zweiten Weltkriegs sehr ähnlich. Der Grund dafür ist eine strukturell vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung mit den Hauptzäsuren der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975, die die Phase ständig steigender Staatsschulden einleitete und der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise ab dem Jahr 2007/2008, die eine Phase einleitete, in der das derzeitige kapitalistische System nur mit Stützung der Finanzinstitute durch den Staat weiter funktioniert.
- In Deutschland wie in anderen Ländern sieht man die Zäsur der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975 am deutlichsten an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die danach in Deutschland von drei Prozent auf ein Maximum von zwölf Prozent im Jahr 2005 stieg. Das Sinken der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit dem Jahr 2005 liegt zum einen an der starken Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland seit der Wiedervereinigung und zum anderen an der Einführung des Euro. Beides machte neben der vielfältigen Produktionspalette die Exportoffensive Deutschlands möglich.
- Das Wachstum der Produktivität der Wirtschaft in Deutschland seit dem zweiten Weltkrieg war immer stärker als das des Bruttoinlandsprodukts, so dass trotz Arbeitszeitverkürzung immer mehr Arbeiter aus dem Produktionsprozess aussortiert wurden. Die Entwicklung der Löhne in Deutschland und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern seit dem zweiten Weltkrieg folgte bis zur Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975 weitgehend der Produktivitätsentwicklung. Diese Kopplung der Löhne an die Produktivitätsentwicklung ist eine Ausnahme in der Geschichte des Kapitalismus, die der Notwendigkeit der Herstellung eines neuen Klassenkompromisses nach dem zweiten Weltkrieg geschuldet war.
- Nach der Wiedervereinigung Deutschlands verstärkte sich nicht nur der Druck auf die Löhne. Zunächst in den neuen Bundesländern und mit der Agenda 2010 auch in den alten Bundesländern wurden neue

Beschäftigungsformen geschaffen. Das Normalarbeitsverhältnis nimmt ab und atypische Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Damit kündigt das Kapital den mit der Arbeiterklasse nach dem zweiten Weltkrieg geschlossenen Klassenkompromiss schrittweise auf. Die gesetzlich sanktionierten atypischen Beschäftigungsverhältnisse sorgen für einen stetig wachsenden Zustrom in den Niedriglohnbereich.

6. Charakterisierung der ökonomischen und politischen Entwicklung des Nachkriegskapitalismus

6.1 Der Einschnitt der Weltwirtschaftskrise 1974/1975

Warum ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland, von zyklischen Schwankungen abgesehen, im Zeitraum von 1975 bis 2005 gestiegen? Darauf soll anhand der Entwicklung des Arbeitsvolumens (Abbildung 9) eingegangen werden. Nur in den 1950er Jahren ist die gesamtwirtschaftliche Akkumulation in Deutschland in der Lage, ein steigendes Arbeitsvolumen (Anzahl der Erwerbstätigen multipliziert mit der jährlichen Arbeitszeit der Erwerbstätigen) zu beschäftigen. Danach folgt ein Rückgang, der sich seit den 1970er Jahren beschleunigt. Eine Ausdehnung des Arbeitsvolumens findet erst wieder mit dem DDR-Anschluss durch die gewachsene Zahl der Arbeitnehmer und die darauf folgende Sonderkonjunktur aufgrund der Wiedervereinigung sowie mit der erfolgreichen Exportoffensive nach Einführung des Euro statt.

Seit den 1970er Jahren ist die kapitalistische Akkumulation durch sinkende Jahresarbeitszeit und sinkende Beschäftigung gekennzeichnet. Was sind die Gründe für diese Entwicklung? Offensichtlich waren die Gewinnaussichten nicht groß genug, um das durch Produktivitätssteigerung freigewordene Arbeitsvolumen durch Ausdehnung der Produktion aufzufangen. Mit anderen Worten, die Akkumulation konnte nicht mit dem Produktivitätsfortschritt Schritt halten. Diese Trendwende fand in den 1970er Jahren statt und wurde durch den starken Anstieg des Ölpreises und die zunehmende Konkurrenz aus den aufstrebenden Industriestaaten verstärkt.

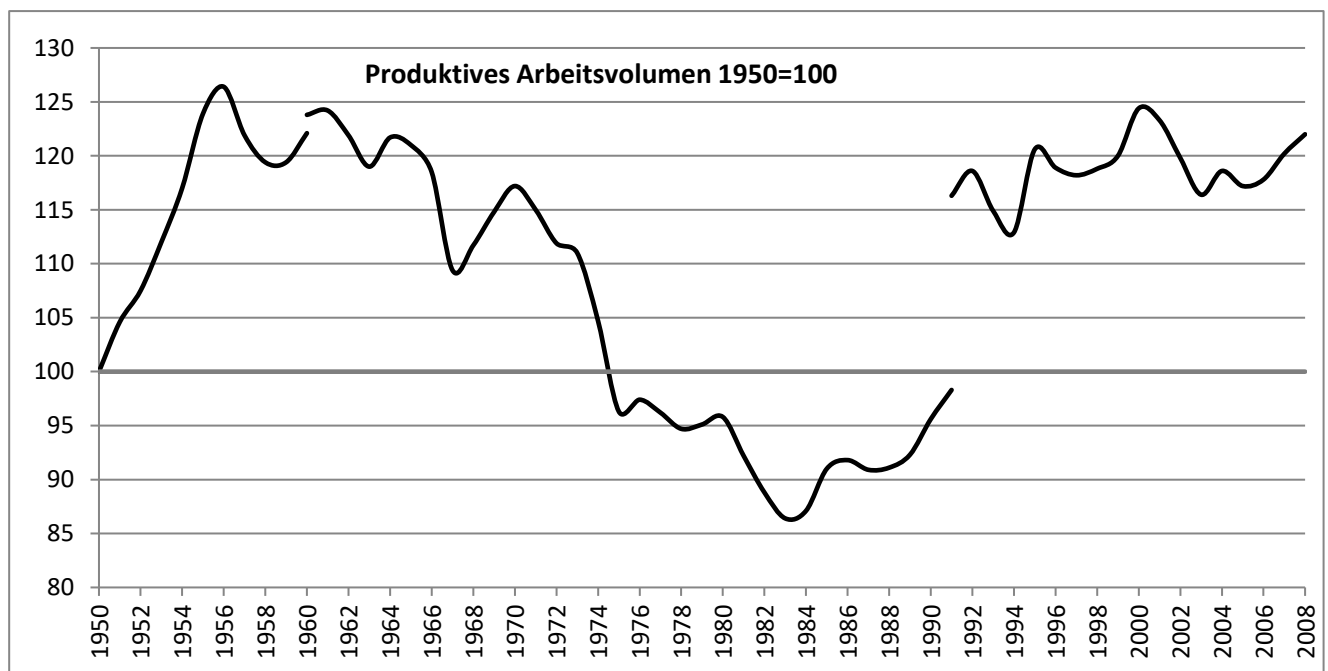


Abbildung 9: Entwicklung des produktiven Arbeitsvolumens in Deutschland seit dem Jahr 1950, ([2], Seite 886, 887).

Stephan Krüger hat die Entwicklung der Akkumulation und die sie bestimmenden Momente in Deutschland und anderen Ländern empirisch und theoretisch untersucht ([1], [2]), weshalb er ausführlich zitiert wird. Er teilt den Akkumulationsverlauf in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg in zwei Phasen ein. In der Phase vor der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975 findet eine beschleunigte Akkumulation statt, danach eine Akkumulationsentwicklung unter den Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation.

Die Phase der beschleunigten Akkumulation bis zur Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975 charakterisiert er so ([1], Seite 76): „Solange es in gesamtwirtschaftlicher Dimension zu einem überzyklischen Wachstum der produktiven Beschäftigung kommt, solange also die Akkumulationsdynamik hinreicht, das variable Kapital bei steigender Wertzusammensetzung des Gesamtkapitals zumindest konstant zu halten, nimmt die Verwertung bei steigender Mehrwertrate zu: Dies ist eine beschleunigte Akkumulation des (nationalen) Gesamtkapitals.“ Diese Situation ist dann gegeben, wenn der Einsatz von zusätzlichem Kapital für Produktionsmittel und Arbeitskräfte eine steigende Profitmasse abwirft, und sie dauert so lange, wie die Profitrate langsamer als die Akkumulationsrate sinkt.

Als ein Beispiel soll die um 1958 einsetzende Bergbaukrise genannt werden, die einen großen Strukturwandel in der deutschen Nachkriegswirtschaft einleitete ([4], Seite 203 folgende). Sie begann in der Phase der beschleunigten Akkumulation. In dieser Phase war die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts noch groß genug, nicht nur die freigesetzten Bergleute aufzunehmen, sondern sie sogar abzuwerben. Ab 1960 wurden zusätzlich mit verschiedenen Ländern Europas Anwerbeabkommen für Gastarbeiter abgeschlossen. In der Phase der strukturellen Überakkumulation war der Arbeitsmarkt nicht mehr aufnahmefähig genug, um Massen von freigesetzten Arbeitern aufzunehmen, was zu kontinuierlich wachsender struktureller Arbeitslosigkeit führte. Im Fall des Bergbaus begann damit eine jahrzehntelange staatliche Subvention, die den Strukturwandel im Ruhrgebiet behinderte. Auch der Abbau der Beschäftigung in der Landwirtschaft – von 1950 bis 1965 halbierte sich der Anteil der dort Beschäftigten an der Erwerbstätigenzahl ([4]) – konnte in der Phase der beschleunigten Akkumulation von dem wachsenden produzierenden Gewerbe aufgenommen werden.

Den Charakter der strukturellen Überakkumulation beschreibt Stephan Krüger in ([1], Seite 78) folgendermaßen: „Die Dynamik der Kapitalakkumulation erlahmt, wenn die erzielte – und gesamtwirtschaftlich verfügbare – Mehrwert- bzw. Profitmasse kein Kapitalwachstum mehr alimentieren kann, welches unter den gegebenen Bedingungen der Produktivität der Arbeit so viele produktive Arbeitstage in Bewegung setzen kann, aus denen eine weiterhin wachsende Profitmasse entspringt. Dann nämlich wird der fortgesetzte Fall der Durchschnittsprofitrate für das gesellschaftliche Gesamtkapital nicht mehr durch ein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Masse des Profits kompensierbar.“ Und weiter ([1], Seite 82): „Die beschleunigte Akkumulation des Gesamtkapitals verliert an Geschwindigkeit und erlahmt schließlich mehr und mehr. Sie macht einer Überakkumulation von Kapital Platz, die nicht mehr nur auf eine Phase des Zyklus beschränkt ist, sondern – wenn auch mit wechselnder Intensität – fort dauert und insofern >>strukturell<< ist. Strukturelle Überakkumulation bedeutet also zunächst, dass der Druck auf Entwertung vorhandenen Kapitals auch nach Durchschreiten des unteren Konjunkturwendepunktes anhält, d.h. dass Anlage suchendes neues Kapital immer weniger zusätzlich, sondern substitutiv zu bereits engagiertem Kapital seinen Platz findet.“

Wichtige Charakteristika der strukturellen Überakkumulation sollen anhand der Entwicklung der Akkumulationsrate veranschaulicht werden:

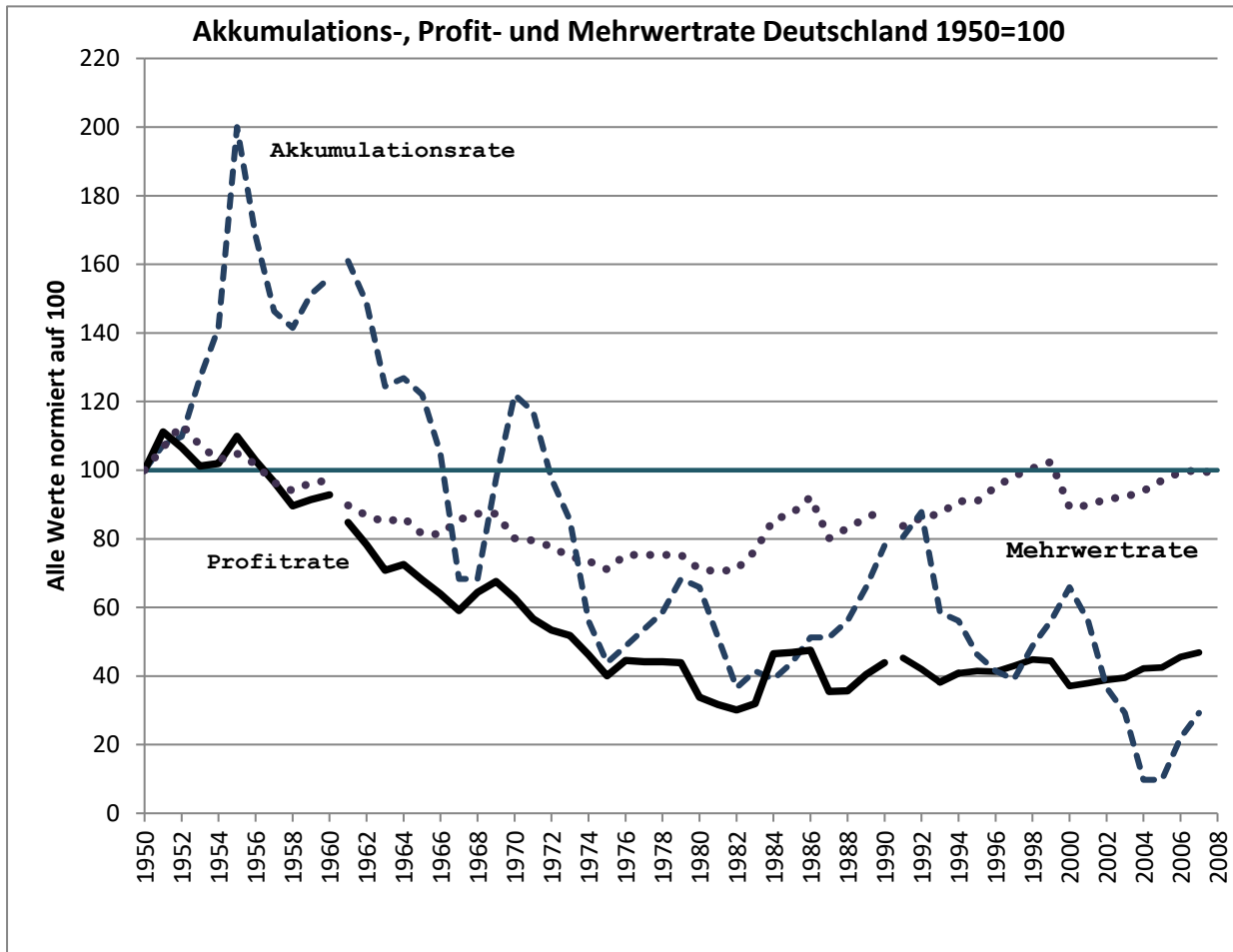


Abbildung 10: Akkumulations-, Profit- und Mehrwertrate in Deutschland ab dem Jahr 1950, 1950=100, ([2], Seiten 900, 901, Seiten 892, 893, 898, 899, Seiten 198, 465), Eigene Umrechnung auf gemeinsame Basis.

Die Akkumulationsrate beziffert das Verhältnis des neu in den Produktionsprozess investierten Kapitals zum jeweiligen Gesamtkapital. Stephan Krüger erläutert die Entwicklung der Akkumulationsrate in Deutschland folgendermaßen ([2], Seite 198): „Diese Ablösung der beschleunigten BRD-Akkumulation durch eine Überakkumulationssituation wird durch die Entwicklung der Akkumulationsrate zusammenfassend zum Ausdruck gebracht: bis Anfang der 1970er Jahre besitzt die Akkumulationsrate – bei graduellem Rückgang von Zyklus zu Zyklus - noch ein deutlich höheres Niveau als in der Periode danach, in der sie auf etwa die Hälfte ihres Werts während der Wachstumsperiode der 1950er und 1960er Jahre herabgesunken ist.“

Doch warum sinkt die Akkumulationsrate? Dazu soll der Verlauf der Profitrate in Abbildung 10 betrachtet werden. Die Profitrate steigt nur in den 1950er Jahren, danach fällt sie bis Ende der 1970er Jahre. Seitdem steigt sie leicht, ist aber noch weit vom Niveau der 1950er Jahre entfernt. Verschiedene empirische Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen wie Stephan Krüger, ziehen aber teilweise andere Schlussfolgerungen (siehe [43]). Empirisch ist das von Marx formulierte Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate für Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg belegt.

Der Fall der Profitrate zieht, falls das Kapital nicht ihm entgegenwirkende Maßnahmen in Gang setzen kann, eine verlangsamte Akkumulation nach sich. Marx schreibt ([44], Seite 269): „Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann.“ Der zyklenübergreifende Fall der Profitrate ist Ausdruck der Beschränktheit der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ist zur unbeschränkten Vermehrung der Produktion und zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte gezwungen, was jedoch mit dem Zweck der kapitalistischen Produktion, der Verwertung des vorhandenen Kapitals, in Widerspruch gerät. Der Fall der Profitrate vollzieht sich aufgrund der inhärenten Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation, die das Marx'sche Gesetz beschreibt ([44], Seite 221 folgende).

Der Übergang von der beschleunigten Akkumulation zur strukturellen Überakkumulation kann aber nicht allein mit dem Fall der Profitrate erklärt werden, da die Profitrate auch in der Phase der beschleunigten Akkumulation fällt. Eine Überakkumulation von Kapital tritt ein, wenn ein zusätzlich in die Produktion gebrachtes Kapital keine oder nur eine geringe zusätzliche Profitmasse abwirft. Eine strukturelle Überakkumulation ist eingetreten, wenn dies über mehrere Zyklen stattfindet. Steigt die Profitmasse bei zusätzlichem Kapitaleinsatz nicht mehr, wird Kapital im Wesentlichen nur noch zum Ersatz vorhandenen Kapitals in die Produktion eingebracht.

Auch die Daten von Stockhammer belegen die gesunkene Akkumulationsrate ([45]). Wurden in den 1970er Jahren in Deutschland noch 52 Prozent des Betriebsüberschusses reinvestiert, so waren es in den 2000er Jahren nur noch 35 Prozent. Die nicht wieder investierten Überschüsse verlassen die Produktionssphäre und werden auf den Finanzmärkten angelegt. Wie Kowall schreibt, stammen in den meisten Industrieländern rund 30 Prozent der Einnahmen der Unternehmen inzwischen aus Finanzinvestitionen ([46]), Seite 32). Die Renditeversprechungen der Finanzmärkte wurden zum Maßstab für die zu erzielenden Renditen der produzierenden Unternehmen. Die Shareholder-Value-Orientierung, die die Unternehmensziele auf die Renditeforderungen der Aktionäre reduziert, setzte sich mehr und mehr durch. Der Übergang zur strukturellen Überakkumulation nach der Weltwirtschaftskrise 1974/1975 markiert somit auch den Beginn des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus. Mit diesem Begriff soll nicht gesagt werden, dass das Finanzkapital das Industriekapital dominiert, sondern dass Methoden und Renditeversprechen des Finanzkapitals Eingang in die Unternehmensführung von Industrieunternehmen finden. Die Frage der Dominanz des Finanzkapitals über das Industriekapital müsste in einer gesonderten Analyse untersucht werden.

Eine Phase struktureller Überakkumulation trat auch mit der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929-1932 ein. Sie wurde in den USA mit dem „New Deal“ genannten Programm im Jahr 1933, einem staatlichen Nachfrage- und Investitionsprogramm, und in Deutschland ebenfalls durch staatliche Wirtschaftssteuerung, kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und durch das bald einsetzende Rüstungsprogramm zur Kriegsvorbereitung überwunden (siehe [1], [2], [4]). Die Wirtschaftspolitik nach der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929-1932 und die neoliberale Wirtschaftspolitik nach der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1974/1975 unterscheiden sich deutlich. In beiden Phasen der strukturellen Überakkumulation fand das Kapital aber Wege, mit den erschwerten Verwertungsbedingungen umzugehen. Aus der Beschränktheit der kapitalistischen Produktionsweise und ihren Krisen lässt sich nicht ihr automatischer Untergang folgern.

Gewerkschaften und Teile der Linken sehen die Ursache des verlangsamten Wirtschaftswachstums seit den 1970er Jahren in der Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen, weil dies die Kaufkraft der Massen reduziert. Dies ist jedoch nur ein Teilaspekt. Er verkennt nicht nur die Triebkraft der kapitalistischen Produktion, den Profit. Er verkennt vor allem, dass die kapitalistische Produktion aufgrund ihrer inneren Widersprüche die Akkumulation begrenzen muss. Nicht die Umverteilung von unten nach oben, die eine Frage der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit ist, ist die Hauptursache für die wachsenden Geldvermögen, sondern die fehlenden produktiven Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals.

Bedeutet die seit dem Jahr 2005 sinkende Arbeitslosenquote, dass die Phase der strukturellen Überakkumulation in Deutschland überwunden ist und eine neue Phase beschleunigter Akkumulation beginnt? Ich bezweifle das. Betrachten wir dazu die Entwicklung von Akkumulations-, Profit- und Mehrwertrate in Abbildung 10. Die Mehrwertrate zeigt ab dem Jahr 1980 einen steigenden Verlauf, der wieder das Ausgangsniveau erreicht. Dieses Wachstum der Mehrwertrate ist Ausdruck des zunehmenden Drucks auf die Löhne und führt zu einer Stabilisierung der Profitrate. Das Ansteigen der Mehrwertrate reicht allerdings nicht aus, um die Profitrate auf ein Niveau zu heben, das zu Erweiterungsinvestitionen führen würde. Dies zeigt, dass die neoliberale Umverteilungspolitik von den Löhnen zu den Profiten nicht in der Lage ist, die strukturelle Überakkumulation mit normalen kapitalistischen Methoden zu überwinden. Die Verwertungsbedingungen des Kapitals haben sich also seit der Weltwirtschaftskrise 1974/1975 verändert, aber nicht grundsätzlich verbessert, was seinen Ausdruck in der tendenziell weiter sinkenden Akkumulationsrate findet. Eine neue „gesellschaftliche Betriebsweise ist nicht abzusehen.

Es soll in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen werden, dass ein zunehmender Anteil der Profite des deutschen Kapitals aus Außenhandelsgewinnen besteht. Binnenwirtschaftliche Anreize zur Erweiterung der Akkumulation fehlten bisher weitgehend. Die anhaltenden Überschüsse der Leistungsbilanz Deutschlands zeigen aber, dass die deutsche Exportstrategie keine tragfähige Basis für eine erweiterte Akkumulation sein kann.

6.2 Die wirtschaftspolitischen Ordnungen der Nachkriegszeit

Die unterschiedlichen Phasen der Akkumulation sind auch durch unterschiedliche Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftstheorien gekennzeichnet. Die Phase der beschleunigten Akkumulation, das „Golden Age“ vom Kriegsende bis in die 1970er Jahre, ist in einigen Staaten von Elementen der Wirtschaftstheorien von Keynes geprägt und lässt sich als „keynesianischer Fordismus“ charakterisieren ([46]). Die Phase der strukturellen Überakkumulation nach der Weltwirtschaftskrise 1974/1975 ist demgegenüber von der Durchsetzung neoliberaler Ziele gekennzeichnet.

Das Verhältnis von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsentwicklung ist komplex, sie bedingen und beeinflussen sich gegenseitig. Die bürgerlichen Wirtschaftstheorien dienen im Kapitalismus vor allem dazu, die jeweiligen Interessen des Kapitals durchzusetzen. Eine Durchsetzung neuer ökonomischer Leittheorien ist daher meist Folge geänderter ökonomischer Bedingungen und dient zur Vorbereitung für wirtschaftspolitische Weichenstellungen.

Ein generelles Verständnis für wirtschaftspolitische Ordnungen kann man nur erhalten, wenn man über die Akkumulationsbedingungen hinaus die Klassen einer Gesellschaft, ihre Interessen und

Kräfteverhältnisse untersucht. Denn die Lohnhöhe oder die Gestaltung sozialstaatlicher Elemente sind im Kapitalismus immer Ergebnis des Kräfteverhältnisses von Arbeiterklasse und Kapital. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929-1932 in den USA und in vielen europäischen Ländern waren nach Ende des zweiten Weltkriegs Zugeständnisse des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse notwendig, um seine Macht zu erhalten. Diese Zugeständnisse blieben aufgrund der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen osteuropäischen Staaten für einige Jahre bestehen. Anders als nach der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929–1932 konnte aber das Kapital nach der Weltwirtschaftskrise von 1974/1975 die Kräfteverhältnisse schnell und deutlich zu seinen Gunsten verändern. Da die Beschreibung der Entwicklung der Klassenverhältnisse den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, beschränke ich mich auf eine grobe Charakterisierung der beiden dominierenden Politikrichtungen des Kapitals nach dem zweiten Weltkrieg.

6.2.1 Keynesianischer Fordismus

Die Periode des keynesianischen Fordismus ist durch folgende Bestandteile gekennzeichnet: zum einen durch eine weitgehende Kopplung der Lohnentwicklung an die Produktivitätsentwicklung, zum anderen durch eine allgemeine Akzeptanz einer aktiven Rolle des Staates bei der Konjunktursteuerung, der Gestaltung des Sozialstaats und der Regelung der Wirtschaftsordnung. Die Bezeichnung Fordismus als eine neue gesellschaftliche Betriebsweise rührt daher, dass Henry Ford die standardisierte Massenproduktion vorantrieb und gleichzeitig propagierte, dass mit der Ausdehnung der Massenproduktion die Massen auch in die Lage versetzt werden müssten, diese Produkte zu kaufen, da sonst eine systematische Überproduktion stattfände. Eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung erlaubt eine konsumtive Nachfrageausweitung, mit der der Produktionszuwachs abgesetzt werden kann.

Die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von John Maynard Keynes ist eine Theorie, die die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929-1932 reflektiert und versucht, Lösungsvorschläge zu entwickeln. Im Zentrum steht die Frage, wie die Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden kann. In der vorherrschenden klassischen Theorie wurde behauptet, dass ein Kapitalismus ohne Regelung automatisch für Vollbeschäftigung sorgen würde. Diese Illusion platzte in der Krise von 1929-1932, wodurch die Akzeptanz des kapitalistischen Systems in Frage gestellt wurde. Keynes untersuchte den Entwicklungsverlauf der kapitalistischen Akkumulation und leitete daraus die Notwendigkeit von staatlichen Eingriffen in das Verhältnis von Konsumtion und Produktion ab. Insbesondere sollte der Staat durch kreditfinanzierte Investitionsprogramme in Wirtschaftskrisen den Beschäftigungsabbau und damit den Abschwung dämpfen, wobei die dazu aufgenommenen Staatskredite im Aufschwung zu tilgen sind. Keynes forderte eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik. Für eine detailliertere Darstellung siehe zum Beispiel [47].

Die erfolgreiche Anwendung von Elementen keynesianischer Theorie nach der Weltwirtschaftskrise von 1929-1932 führte dazu, dass sie in einigen westlichen Staaten zur Leitlinie der Nachkriegswirtschaftsordnung wurden und das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft allgemein anerkannt wurde. Hinzu kam als zentrales Element staatlicher Politik der Aufbau eines Sozialstaats. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt, dem „Golden Age“, wurde dadurch in den westlichen kapitalistischen Ländern

ein neuer Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit hergestellt und gefestigt. Zur Beschwichtigung der Klassegegensätze wurde in Deutschland außerdem die Mitbestimmung eingeführt. Eine konsequent keynesianischen Konzepten folgende staatlich gesteuerte Wirtschaftspolitik hat es aber zu keinem Zeitpunkt in einem Land gegeben.

Im Nachkriegsdeutschland war im Unterschied zu anderen westlichen Ländern zunächst die Schule des „Ordoliberalismus“ ([48]) vorherrschend. Anders als der nach der Krise 1974/1975 praktizierte Neoliberalismus, der einen Minimalstaat forderte, gestand der Ordoliberalismus dem Staat die Gestaltung der Wirtschaftsordnung, also ein Primat zu, wendete sich aber gegen staatliche Maßnahmen zur Konjunktursteuerung. Zu den vom Staat zu regelnden Fragen gehörten die Fragen der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit. In der Praxis gab es durchaus eine staatliche Wirtschaftslenkung. Sie war zum einen wegen des unterschiedlichen Zerstörungsgrads der deutschen Industrie, etwa zum Aufbau des Transportwesens notwendig. Zum anderen wurde durch die Oberhoheit der Siegermächte und ihre Lieferanforderungen wesentlich die Wirtschaftsentwicklung des Nachkriegsdeutschlands bestimmt.

Aufbauend auf Konzepten des Ordoliberalismus wurde im Nachkriegsdeutschland die soziale Marktwirtschaft entwickelt. Das erklärte Ziel der sozialen Marktwirtschaft war, die Vollbeschäftigung zu garantieren. Im Unterschied zur Verfassung der Weimarer Republik wurde aber im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kein „Recht auf Arbeit“ verankert.

Erst mit der Wirtschaftskrise 1966/1967 gewannen in Deutschland Konzepte für staatliche Eingriffe zur Konjunktursteuerung Einfluss. Ausdruck keynesianischer Einflüsse war das Stabilitätsgesetz von 1967, das in der Praxis allerdings nicht angewandt wurde. Zur Milderung der Krise 1966/1967 wurden kreditfinanzierte Investitionsprogramme aufgelegt, die halfen, den Abschwung zu begrenzen und einen schnellen Aufschwung zu bewirken. Diese Kredite wurden wieder getilgt. Vergleichbare Maßnahmen nach der Wirtschaftskrise 1974/1975 griffen dann nicht mehr, was den nachfolgenden Siegeszug des Neoliberalismus in Deutschland einleitete und den „Keynesianismus“ nachhaltig in Verruf brachte.

Im Unterschied zu der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 konnten Investitionsprogramme in der gegenwärtigen Phase der strukturellen Überakkumulation keine erweiterte Akkumulation bewirken (siehe [47], [49]). Staatshilfen jeglicher Art werden aber von den Unternehmen dennoch eingefordert und als Profitratensubvention angenommen.

6.2.2 Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist eine Denkschule, die sich Anfang der 1940er Jahre formierte und sich im Jahr 1947 in der Mount Pelerin Society organisierte. Ihre bekanntesten Vertreter sind Friedrich von Hayek und Milton Friedman. Sieben Mitglieder der Mount Pelerin Society erhielten seit dem Jahr 1974 den Nobelpreis für Ökonomie. Von unter zehn Think Tanks (Denkfabriken) in den 1950er Jahren wuchs die Bewegung auf etwa 90 Think Tanks in den 1990er Jahren an, die meist von der Wirtschaft finanziert wurden. So wird die Lobbyorganisation „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ von den Unternehmerverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert, der weitgehend neoliberale Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung wird von der Bundesregierung, also den Steuerzahlern bezahlt. Der Neoliberalismus wuchs sich schnell zu einem

gut untereinander und mit der Politik vernetzten Lobbyverband des Kapitals aus. Immer größere Meinungshoheit erreichte der Neoliberalismus in der Phase der strukturellen Überakkumulation ab dem Jahr 1975 und behielt sie auch noch nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008. Und das, obwohl diese Krise das Scheitern der neoliberalen Wirtschaftskonzepte enthüllte und sogar der von den Neoliberalen verbal bekämpfte Staat in die Bresche springen musste, um das neoliberale System vor dem Kollaps zu retten. Auch, dass sich die Neoliberalen („Chicago boys“) 1973 freiwillig in den Dienst der Militärdiktatur Pinochets in Chile begaben, hat ihnen nicht geschadet.

Insbesondere der IWF und die Weltbank setzten in den Schwellenländern neoliberale Konzepte durch, die zum Beispiel im Washington Consensus von 1990 ([50]) ihren Ausdruck fanden. In der EU wurden neoliberale Konzepte mit einem supranationalen Institutionensystem ([51], [52]), das die nationale Souveränität aushebelte, durchgesetzt. In Deutschland ist immer wieder der Sachverständigenrat der Wirtschaft das Sprachrohr neoliberaler Thesen. Die genannten Hauptakteure zur weltweiten Durchsetzung neoliberaler Konzepte besitzen keine demokratische Legitimation. Dies entspricht dem Demokratiekonzept des Neoliberalismus, der am liebsten gewählte Regierungen durch „Wirtschaftsweise“ ersetzen würde. Immer wieder gelang es auch der Finanzbranche, ihre Vertreter an einflussreiche Schaltstellen zu schleusen. Als Beispiel sei das Geldhaus Goldman Sachs genannt. Der derzeitige EZB-Präsident Mario Draghi stand ebenso in Diensten von Goldman Sachs wie der frühere EU-Kommissar und zeitweilige italienische Ministerpräsident Mario Monti. Auch Loukas Papadimos, der zusammen mit Mario Draghi als Europachef von Goldman Sachs die scheinbare Eurotauglichkeit Griechenlands „nachwies“ und nach dem Rücktritt des griechischen Regierungschefs Papandreous die Übergangsregierung übernahm, stand im Dienst von Goldman Sachs [51].

Es soll hier nur ein grober Überblick über die Ziele des Neoliberalismus gegeben werden. Detaillierte Darstellungen finden sich zum Beispiel bei Nikolaus Kowall ([46]) oder Dieter Plehwe und Bernhard Walpen ([53]). Auch wenn es mehrere Varianten des Neoliberalismus gibt, so lassen sich doch zentrale gemeinsame Grundbestandteile herauskristalisieren. Das allem übergeordnete Ziel ist, die Wirtschaft so umzugestalten, dass sich die Profitrate des Kapitals wieder erhöht. Friedman sagt zum Beispiel: „Die soziale Verantwortung des Kapitals ist es, seine Profite zu steigern“ ([46], Seite 26/27). Dazu musste zunächst die zu Zeiten der Vollbeschäftigung im „Golden Age“ gewachsene Macht der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen geschwächt werden, was als erste Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA begannen.

Gegen die zu „hohen“ Löhne setzte man eine inflationäre Geldpolitik ein, die in manchen Ländern nach 1974 zu einer Inflation von mehr als 20 Prozent führte (siehe [51], [52]). Die steigende Arbeitslosigkeit war durchaus als Disziplinierungsmittel erwünscht, auch wenn sie im Kern eine Folge der strukturellen Überakkumulation war. Schritt für Schritt wurden die Abkopplung der Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung und ein ständig wachsender Niedriglohnsektor durchgesetzt. Nach Kowall ([46], Seite 38) blieb die Lohnentwicklung in Deutschland im Zeitraum von 1976 bis 2009 um 21 Prozent hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, in anderen Ländern war der Abstand noch größer. Deutlich wird die Umverteilung von den Löhnen zum Kapital auch an der Entwicklung der Lohnquote, die in Deutschland im Zeitraum von 1980 bis 2007 um 7,2 Prozent sank ([46], Seite 36). Obwohl vor dem Siegeszug des Neoliberalismus ein relativ hohes Lohnniveau mit

geringer Arbeitslosigkeit einherging, schafften es die neoliberalen Protagonisten in der öffentlichen Meinung, die Lohnhöhe als Ursache der Arbeitslosigkeit zu verankern.

Das Zurückfallen der Lohnentwicklung hinter die Produktivitätsentwicklung hatte die notwendige Konsequenz, dass sich der Widerspruch zwischen Kaufkraft und Warenproduktion immer weiter verschärfte. Es wurden zwei Wachstumsmodelle entwickelt, mit der die normalerweise fällige Bereinigung dieses Widerspruchs durch eine Überproduktionskrise in die Zukunft verschoben werden konnte:

1. Die Förderung von kreditfinanziertem Konsum, ein Modell, das am reinsten in den USA zu finden ist.
2. Ein Wachstumsmodell basierend auf Exportüberschüssen, das die im Inland nicht absetzbaren Waren im Ausland verkauft, was umso besser funktioniert, je geringer die Lohnstückkosten in der Exportindustrie sind. Typische Beispiele für diese Strategie sind Deutschland und China.

In den USA und anderen Ländern stagnieren die Reallöhne seit den 1970er Jahren ([27], Seite 14). Steigender Konsum und Hauskauf können daher nur durch eine wachsende Kreditaufnahme realisiert werden. Die staatlicherseits deregulierte Finanzindustrie förderte diese Entwicklung durch eine Ausweitung von Bau- und Konsumentenkrediten, die als Ersatz für fehlende Lohnerhöhungen dienten (vergleiche [54]). Die Risiken dieser oft unseriösen Kreditvergabe wurden durch Verbriefung an andere Banken verkauft, was eine wesentliche Ursache der weltweiten Finanzmarktkrise im Jahr 2008 war. Das Wirtschaftswachstum einiger kapitalistischer Länder in den letzten Jahrzehnten beruht wesentlich auf kreditfinanzierter Nachfrage. Dieser „Pumpkapitalismus“ ([51]) konnte bis zum Platzen der Spekulationsblase im Jahr 2008 den Ausbruch einer großen Überproduktionskrise verhindern.

Wesentliche Ziele des Neoliberalismus sind, die Einflussmöglichkeiten des Staates zu begrenzen und den Sozialstaat abzubauen. Die Errungenschaften des „keynesianischen Fordismus“ für die Werktätigen sollten rückgängig gemacht werden. Zur propagandistischen Vorbereitung diente dazu unter anderem die These, dass die freien Märkte alles besser wissen, die sogenannte „Effizienzmarkthypothese“. Staatseingriffe würden die Selbstregulierung der Märkte stören. Notenbanken sollten vom Staat unabhängig sein und nur die Geldmenge regeln und die Preisstabilität garantieren. Die Behauptung, dass die „Märkte“ alles besser wüssten, erinnert an Religionen, in denen ein Gott mit unsichtbarer Hand die Fäden zum Wohle seiner Geschöpfe zieht. Unterstellt man, dass der Neoliberalismus keine Religion ist, so ist die Effizienzmarkthypothese ein sehr erfolgreiches Konstrukt zum Abbau von Hindernissen, die den Interessen des Kapitals entgegenstehen.

An die Stelle des „keynesianischen“ Mottos, lieber größere Inflation als größere Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, trat das Dogma des absoluten Vorrangs der Preisstabilität. Insbesondere führt nach Ansicht der Neoliberalen eine expansive Wirtschaftspolitik des Staates zu einer „Stagflation“, zu stagnierendem Wirtschaftswachstum bei steigender Inflation. Da sich eine solche Situation nach dem Ende des „Golden Age“ einstellte, beschleunigte sich der Siegeszug des Neoliberalismus. Wie dargelegt, diente aber die Inflation zur Reduzierung der Reallöhne und die sinkenden Raten des Wirtschaftswachstums waren und sind eine Folge der strukturellen Überakkumulation.

Ein weiterer Kampfbegriff des Neoliberalismus gegen eine staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft und gegen Lohnerhöhungen ist das Konzept des „Standortwettbewerbs“ oder „Wettbewerbsstaats“. Mit ihm wurde das Prinzip der privatwirtschaftlichen Konkurrenz auf Volkswirtschaften übertragen. Jeder Staat soll durch geringe Steuersätze und die Herabsetzung von Standards dafür sorgen, dass Kapitale im Land bleiben und neue Kapitale ins Land kommen. Bekannte Beispiele für die gezielte Meinungsmache sind die Debatten zur Privatisierung bisher staatlicher Aufgaben und staatlicher Unternehmen, zu Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt und dem Finanzmarkt, zur Privatisierung der Altersvorsorge oder zur Senkung der Unternehmenssteuern. Der Slogan lautet „schlanker Staat“, was vor allem auf den Abbau des Sozialstaats und die Privatisierung staatlicher Aufgaben zielt. Aus der bisherigen zeitweiligen Mittlerrolle des Staats als Schlichter der gegensätzlichen Interessen von Arbeit und Kapital sollte ein Staat geformt werden, der nur noch die Interessen des Kapitals vertritt und sie als im Interesse der Arbeiterklasse liegend, verkaufen kann. Der Staat solle sich aus jeglicher Wirtschaftslenkung heraushalten, sich auf die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit beschränken und insbesondere den Schutz des Privateigentums garantieren. Ebenso wie die Regierungen anderer Länder haben die unterschiedlichen Regierungskoalitionen in Deutschland diese Forderungen sukzessive umgesetzt.

Die Forderung der Vertreter des Neoliberalismus, alles über den freien Markt regeln zu lassen („Marktfundamentalismus“), umfasst ausdrücklich auch den Finanzmarkt. Den Beginn des Aufstiegs des Finanzkapitals markieren die Aufhebung des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1973, der Beginn der strukturellen Überakkumulation, die Hochzinspolitik und die Ölpreiserhöhungen. Mit der Kündigung des Bretton-Woods-Abkommens durch die USA wurden die Goldparität des US-Dollars, die festen Währungskurse und die Kapitalkontrollen abgeschafft, der US-Dollar blieb aber Leitwährung ([55], [56]). Durch diese Maßnahmen wurde der internationale Finanzverkehr privatisiert. Die Gelder aus den Ölpreiserhöhungen („Petrodollar“) sowie nicht reinvestiertes Kapital erhöhte den Umfang von anlagesuchendem Kapital.

Nach Ende des Bretton-Woods-Abkommens fand eine Deregulierung des Kapitalverkehrs statt, was den Handel mit staatlichen Schuldverschreibungen ermöglichte, es folgte die Deregulierung der Aktienmärkte. Danach wurden neue Finanzakteure und Finanzprodukte zugelassen und einige noch bestehende Steuern auf Finanzgeschäfte abgeschafft. In Deutschland beschleunigte sich die Freizügigkeit der Finanzakteure ab dem Jahr 1990 durch eine Reihe von „Finanzmarktförderungsgesetzen“ und dem „Investmentmodernisierungsgesetz“, das unter anderem auch Hedgefonds zuließ. Der kreditfinanzierte Konsum, die Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten, die steigende Staatsverschuldung und die Verschuldung von Unternehmen insbesondere des finanziellen Sektors blähten die Finanzmärkte weiter auf. Das Wachstum der Finanzvermögen übertraf seitdem bei weitem das Wachstum des globalen BIPs ([46], Seite 23). Der Zuwachs von fiktivem Kapital erhöhte die Instabilität der Weltwirtschaft und führte zu einer deutlichen Zunahme von Finanzkrisen (siehe [46]).

Der Neoliberalismus hat nachhaltig die Macht des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse und dem Staat gestärkt und die Gewichte vom produktiven Kapital zum Finanzkapital verschoben. Zu dieser Stärkung der Finanzmärkte sei als aktuelles Beispiel das ISDS (Investor-state dispute settlement) im TTIP-Abkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) genannt. Dieses soll in weiten

Bereichen internationale Investoren noch mehr als bisher außerhalb jeden nationalen Rechts stellen und erlaubt ihnen, Schutzgeldzahlungen von Staaten zu verlangen, die ihnen nicht weit genug entgegenkommen. Insbesondere sollen auch Finanzmarktregulierungen nicht mehr von Parlamenten ausgehandelt werden. Nicht nur die privaten Schiedsgerichte für die Forderungen von Investoren an unwillige Staaten sind geheim, sondern weitgehend bereits die Verhandlungen zu den Abkommen und ihr Inhalt. Damit setzt sich das Demokratiekonzept der Neoliberalen, gemäß dem „Wirtschaftsweise“ in Staat und Gesellschaft entscheiden sollen, immer weiter durch.

Was ist die wirtschaftliche Bilanz der Epoche neoliberaler Wirtschaftspolitik? Dazu gibt die folgende Tabelle für die Eurozone Auskunft:

	1970er Jahre [%]	1980er Jahre [%]	1990er Jahre [%]	2000er Jahre [%]
Wachstum BIP real	3,27	2,4	2,14	1,49
Inflation (BIP Deflator)	9,21	6,13	2,41	2,01
Reale Zinsen	1,40	4,04	4,66	2,45
Arbeitslosenquote	4,16	8,55	9,61	8,47
Realloohnerhöhung	3,2	0,62	1,19	0,49

Tabelle 4: Makroökonomische Indikatoren der neoliberalen Etappe in der Eurozone (1970-2007), [46], Seite 54, eingedeutscht.

Versprochen hatte der Neoliberalismus vor allem, dass bei der Durchführung seiner Konzepte Wirtschaftswachstum eintreten würde und damit auch automatisch Vollbeschäftigung. Offensichtlich hat der Neoliberalismus aber nur seine Versprechungen gegenüber dem Kapital eingelöst. Das sinkende Wirtschaftswachstum und die gestiegene Arbeitslosigkeit zeigen, dass der Neoliberalismus keine zukunftsweisende Antwort auf die Frage geben kann, wie die Probleme der strukturellen Überakkumulation überwunden werden können. Trotz der negativen Bilanz der neoliberalen Wirtschaftspolitik für die breite Masse der Bevölkerung ist ein Ende der Vorherrschaft des Neoliberalismus nicht abzusehen. Der Grund ist der zu schwache Widerstand aufgrund fehlender massenwirksamer Gegenpositionen.

6.3 Zusammenfassung

- Die Weltwirtschaftskrise 1974/1975 war ein Wendepunkt für die Verwertungsbedingungen des Kapitals in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Zeit vor dieser Krise ist durch eine beschleunigte Akkumulation mit Vollbeschäftigung, Lohnsteigerungen entsprechend dem Produktivitätsfortschritt und dem Aufbau des Sozialstaates gekennzeichnet. In den darauf folgenden Jahrzehnten führte die zyklenübergreifende Überakkumulation von Kapital zu struktureller Massenarbeitslosigkeit, Abkopplung der Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung, zur Schaffung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich und zum Abbau des Sozialstaates. Wesentliches ökonomisches Kennzeichen dieser Phase ist, dass die Investition von zusätzlichem Kapital zur Erweiterung der Produktion nicht genügend profitabel ist. Ein Ende dieser seit vierzig Jahren andauernden Phase ist nicht absehbar.

- Auch nach der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 entwickelte sich eine Phase der strukturellen Überakkumulation ein, die letztendlich in Deutschland und anderen Ländern mit dem zweiten Weltkrieg und der damit verbundenen Zerstörung des fixen Kapitals überwunden wurde. Das Beispiel des New Deal in den USA zeigt jedoch, dass auch eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik zu einer Wiederherstellung der beschleunigten Akkumulation beitragen kann.
- Eine weitere Folge der strukturellen Überakkumulation ist, dass wegen mangelnder Profitabilität nicht mehr produktiv eingesetztes Kapital in die Finanzmärkte floss, was zu ihrer rasanten Entwicklung beitrug. Die Deregulierung der Finanzmärkte führte zu einer spekulativen Aufblähung von Finanzvermögen mit Wachstumsraten weit oberhalb der industriellen Produktion. Eine Konsequenz der gewachsenen Bedeutung der Finanzmärkte ist, dass die Interessen der Finanzinvestoren zunehmend die Entwicklung des produktiven Sektors und des Staates bestimmen.
- In der Phase der beschleunigten Akkumulation wurde die Wirtschaftsordnung in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern durch keynesianische Theorieelemente geprägt, und wird oft als „keynesianischer Fordismus“ bezeichnet. Der keynesianische Fordismus, wie der zunächst in Deutschland vorherrschende Ordoliberalismus war durch die Kopplung der Lohnentwicklung an die Produktivitätsentwicklung, den Aufbau des Sozialstaates und durch das Primat des Staates bei der Entwicklung der Wirtschaftsordnung gekennzeichnet. Ziel war die Herstellung und Bewahrung von Vollbeschäftigung. Diese Wirtschaftsordnung war Ausdruck des nach dem zweiten Weltkrieg erforderlichen Klassenkompromisses zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland.
- Mit Beginn der strukturellen Überakkumulation begann in vielen Ländern der Siegeszug des Neoliberalismus. Ziel des Neoliberalismus ist es, Maßnahmen durchzuführen, die die Profite des Kapitals erhöhen. Dies gelang Schritt für Schritt, indem die Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihre Kampfbedingungen geschwächt wurden und die Macht des Kapitals gestärkt wurde. Der Klassenkompromiss der Nachkriegszeit in Deutschland wird vom Kapital seitdem Zug um Zug aufgekündigt, die Arbeiterklasse gespalten. Kennzeichen dieses Wirtschaftsregimes sind Lohnabbau, Abbau des Sozialstaates, Abschaffung aller Regelungen, die der Durchsetzung der Interessen des Kapitals entgegenstehen, und die Ausdehnung der Macht des Kapitals über den Staat und immer weitere Bereiche der Gesellschaft. Trotz des offensichtlichen Scheiterns der ökonomischen Konzepte des Neoliberalismus hält seine Vorherrschaft an, weil er fest verankert ist und es derzeit keine massenwirksamen konkreten und theoretischen Gegenpositionen gibt.
- Das Versprechen, dass die neoliberalen Konzepte das Wirtschaftswachstum ankurbeln würden, bewahrheitete sich nicht. Es setzten sich international zwei Wachstumsmodelle durch: Wachstum durch kreditfinanzierten Konsum oder exportinduziertes Wachstum. Beide Modelle basieren auf Pump, da sie auf der Verschuldung von Konsumenten und Volkswirtschaften beruhen. Die Finanzmärkte erreichten mit der Finanzierung des „Pumpkapitalismus“, dass die Lösung der Probleme der neoliberalen Wirtschaftsordnung bis zur Krise ab dem Jahr 2008 in die Zukunft verschoben werden konnte. Mit dem teilweisen Zusammenbruch der

Pumpmechanismen durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 musste daher auch eine Überproduktionskrise einhergehen.

7. Die einzelnen Etappen der Staatsverschuldung in Deutschland

Die Rolle des Staates in der Phase der strukturellen Überakkumulation ist prinzipiell die gleiche wie in der Phase der beschleunigten Akkumulation, nämlich die Wahrung der kapitalistischen Produktionsordnung und die Durchsetzung der Interessen des Kapitals. In der Phase der strukturellen Überakkumulation haben sich einige Bedingungen geändert. Die Hauptgefahr für die kapitalistische Produktionsweise sind die Folgen der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit, die Einschnitte in den Sozialstaat erfordern und die Akzeptanz des kapitalistischen Systems gefährden. Das Hauptproblem des Kapitals ist die sinkende Profitrate, die die Entwicklung neuer Strategien zu ihrer Erhöhung erfordert. Die Maßnahmen des Staates zur direkten Unterstützung des Kapitals bestehen in Steuererleichterungen, Senkung der Lohnnebenkosten und direkten Zahlungen unterschiedlicher Art an Einzelkapitale oder alle Kapitale. Daneben ermöglichte die Deregulierung des Arbeitsmarktes die Schaffung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor.

Als besonders krasses Beispiel für diese Entwicklung sei die Lohnsubvention genannt, die es dem Kapital erlaubt, den Lohnabhängigen nicht einmal Löhne zu zahlen, von denen sie leben können. Für die Differenz kommt der Staat auf. „Inzwischen gibt der Staat jedes Jahr rund 11 Milliarden Euro aus, um Jobs zu subventionieren, von deren Gehältern keiner leben kann: Die Zahl der Beschäftigten, deren Lohn unter dem Hartz IV-Niveau liegt, pendelt seit Jahren um die 1,3 Millionen, davon sind 300 000 Vollzeitstellen.“ ([57]). Fast ein Drittel aller Hartz IV Empfänger waren im Jahr 2011 erwerbstätig ([58]).

In Kapitel 5.4 wurde die Lohnentwicklung in Deutschland analysiert. Nach einer Orientierung an die Produktivitätsentwicklung fiel sie immer weiter dahinter zurück. Die Einführung von Lohnsubventionen stellt aber eine neue Qualität dar. Die Macht des Kapitals ist inzwischen so weit gewachsen, dass es nicht einmal mehr den Wert der Arbeit zahlen muss, der Staat springt ein. Zum einen direkt, weil der Staat die Lohnzuschüsse zahlt, zum anderen indirekt, weil er die immer stärkere Deregulierung des Arbeitsmarktes vorangetrieben hat und damit atypische Beschäftigungsverhältnisse sanktionierte. Von einem „TeilhabeKapitalismus“ kann nicht mehr die Rede sein.

Zunächst will ich die Entwicklung der Staatsverschuldung Deutschlands etwas detaillierter betrachten. In der Übersicht zur Staatsverschuldung der G7-Staaten in Kapitel 5.1 wurden vier Phasen der Entwicklung der Staatsverschuldung identifiziert, eine Phase des Abbaus der Kriegsschulden und nachfolgend ausgeglichener Staatshaushalte, darauf folgend eine Phase schnellen Wachstums nach der Krise im Jahr 1974/1975, dann eine Phase langsameren Wachstums durch Abbau des Sozialstaates und zuletzt eine Phase rasanter Steigerung der Staatsverschuldung nach der Finanzmarktkrise ab dem Jahr 2008 durch die Bankenrettungsprogramme.

Betrachten wir die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland im Detail:



Abbildung 11: Staatsverschuldung Deutschlands seit dem Jahr 1950 in Prozent des BIPs, [32].

Für Deutschland lassen sich fünf Phasen identifizieren:

- 1950 bis 1975
- 1975 bis 1982
- 1982 bis 1990
- 1990 bis 2008
- Ab dem Jahr 2007/2008

Dass es in Deutschland fünf Phasen der Staatsverschuldung gibt anstelle der vier in den meisten entwickelten kapitalistischen Staaten, liegt an der Wiedervereinigung Deutschlands.

7.1 Die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland von 1950 – 1974

Dass die Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg mit einer niedrigeren Staatsverschuldung als die anderen kriegsteilnehmenden Länder begann, liegt an der Währungsreform im Jahr 1948 mit einer Austauschrate von 1:10. Damit wurde die Staatsverschuldung des dritten Reichs von 400 Prozent im Jahr 1944 praktisch annulliert ([21], Seite 15). Es handelt sich dabei um einen verkappten Staatsbankrott ([33]) und um die gleiche Methode, die nach dem ersten Weltkrieg angewandt wurde, um die Schulden des ersten Weltkriegs loszuwerden.

Danach blieb die deutsche Staatsverschuldung bis zu Beginn der 1970er Jahre bei ungefähr 20 Prozent des BIPs, obwohl gewaltige Kriegsfolgelasten zu bewältigen waren. Zu nennen sind dabei insbesondere das Flüchtlingsproblem, die Kriegsgeschädigten, das Wohnungsdefizit und die Altersarmut ([19], Seite 23 folgende). Mit Gesetzen wie dem Lastenausgleichsgesetz, dem Wohnungsbaugesetz, der Kindergeldgesetzgebung, dem Sozialhilfegesetz und der Rentenreform im Jahr 1957, die die Renten von sechs Millionen Rentnern um 60 bis 70 Prozent an hob und die

Rentenhöhe dynamisierte („Produktivitätsrente“), wurde der deutsche Sozialstaat geschaffen. Die Absicht hinter der Sozialgesetzgebung war es, in der politisch labilen Nachkriegssituation Westdeutschlands einen Klassenkompromiss herzustellen, was auch gelang. Außerdem sollte durch die Herstellung von Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Widerstand gegenüber der Westintegration und der Wiederbewaffnung besänftigt werden. Seit Kriegsende gab es daher immer eine „Krypto-Großkoalition“ aller bürgerlichen Parteien in der Sozialpolitik ([59], Seite 259). Deutlich wird das an der Rentenreform des Jahres 1972. Auf der Grundlage einer Prognose des Rentenanpassungsberichts, der einen Überschuss von 100 Milliarden DM in der Rentenkasse für das Jahr 1985 voraussagte ([19], Seite 155), überboten sich alle Parteien mit Rentenverbesserungsvorschlägen. Die CDU, damals in der Opposition, setzte eine allgemeine Rentenerhöhung durch, die SPD die Einführung der flexiblen Altersgrenze ohne Abschläge, die FDP die Öffnung der Rentenversicherung für Selbstständige. Die damalige parteiübergreifende Expansion des Sozialstaates in verschiedene Bereiche lässt sich auch aus der Furcht des Kapitals vor einer weiteren Eskalierung der Lohnkämpfe und der Protestbewegung nach 1968 verstehen.

Mit einem Wirtschaftswachstum von über sechs Prozent, sich bald einstellender Vollbeschäftigung und einer günstigen Alterspyramide war die Finanzierung des Sozialstaates kein Problem, da die Steuereinnahmen und die Einnahmen der Sozialkassen rasch wuchsen. Die wirtschaftliche Dynamik war so stark, dass strukturelle Überschüsse produziert wurden. Die Situation änderte sich in den 1970er Jahren durch die dauerhafte Abschwächung der Akkumulationsdynamik. Die damit verbundene Dauerarbeitslosigkeit schwächte die Einnahmen von Staat und Sozialkassen und führte zu steigenden Ausgaben. Das „Golden Age“ war vorbei. Wie eine steigende sozialpflichtige Beschäftigung Staat und Sozialkassen schnell entlasten kann, lässt sich an der Entwicklung seit dem Jahr 2009 ablesen.

7.2 Die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland von 1975 – 1982

Seit der Krise im Jahr 1974/1975 stiegen die Staatsausgaben schneller als die Einnahmen. Während sich die Staatsausgaben von 266 Milliarden DM (1970) auf 743 Milliarden DM (1982), also auf fast das Dreifache erhöhten, wuchsen die Steuereinnahmen lediglich von 162 Milliarden DM auf 395 Milliarden DM oder 244 Prozent ([60], Seite 201). Der Anstieg der Staatsausgaben war deutlich höher als das Wachstum des BIPs, so dass bei unveränderter Steuerbelastung zwangsläufig die Schulden wachsen mussten. Als Folge verfünffachte sich der Schuldenberg der öffentlichen Haushalte im Zeitraum von 1970 bis 1982 von 126 Milliarden DM auf 650 Milliarden DM ([60], Seite 203).

Dies lag wesentlich an den kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen von über 60 Milliarden Euro in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, die anders als die Konjunkturprogramme nach der Krise 1966/1967 nicht zurückgezahlt wurden. Hinzu kamen Steuer- und Abgabenausfälle durch die Arbeitslosigkeit, wachsende Kosten für die Arbeitslosigkeit und die aufgrund der Hochzinsphase steigenden Zinskosten für die Staatsschuld.

Vergleicht man die Ausgaben des Bundeshaushalts im Jahr 1963 mit denen des Jahres 1983, so hat sich der Anteil für Zinsaufwendungen in diesem Zeitraum verfünffacht ([21], Seite 38). Seit den 1980er Jahren übersteigen die Zinsausgaben für die Altschulden die Nettoneuverschuldung. Alles zusammengerechnet hat die öffentliche Hand im Zeitraum von 1965 bis 2008 neue Schulden in Höhe

von 1,3 Billionen Euro aufgenommen und 1,5 Billionen Euro an Zinsen gezahlt ([21], Seiten 26, 27), die Neuverschuldung diente also im Prinzip der Zinszahlung für die Altschulden.

Anders als nach der Krise im Jahr 1966/1967 konnten jedoch die Konjunkturpakete ab Mitte der 1970er Jahre keinen Wirtschaftsaufschwung mehr bewirken, da der deutsche Kapitalismus in die Phase der strukturellen Überakkumulation eingetreten war. Ab diesem Zeitpunkt begann auch die Phase der systematischen Staatsverschuldung, in der der Staat versucht, Ansprüche an ihn mit Mitteln zu bedienen, die erst noch erwirtschaftet werden müssen.

7.3 Exkurs: Zur Entwicklung der Steuern und Sozialabgaben in Deutschland

Bei auseinanderklaffenden Staatsausgaben und Staatseinnahmen besteht die Möglichkeit, die Einnahmen und Abgaben zu erhöhen oder die Ausgaben zu senken. Beide Methoden wurden von der schwarzgelben Koalition seit ihrem Beginn im Jahr 1982 und von allen nachfolgenden Regierungen angewandt. Sozialabgaben und Mehrwertsteuer wurden erhöht, es wurde auf eine Korrektur der inflationsbedingten „kalten Progression“ verzichtet, Sozialleistungen wurden gekürzt.

Was die Einnahmeseite von Staat und Sozialkassen betrifft, so lassen sich folgende Trends erkennen, (siehe Abbildung 12) zeigt:

- Eine starke Zunahme der Lohnsteuer und der Sozialabgaben
- Konstante oder sogar sinkende Unternehmenssteuern
- Eine Verlagerung von der direkten zur indirekten Besteuerung.

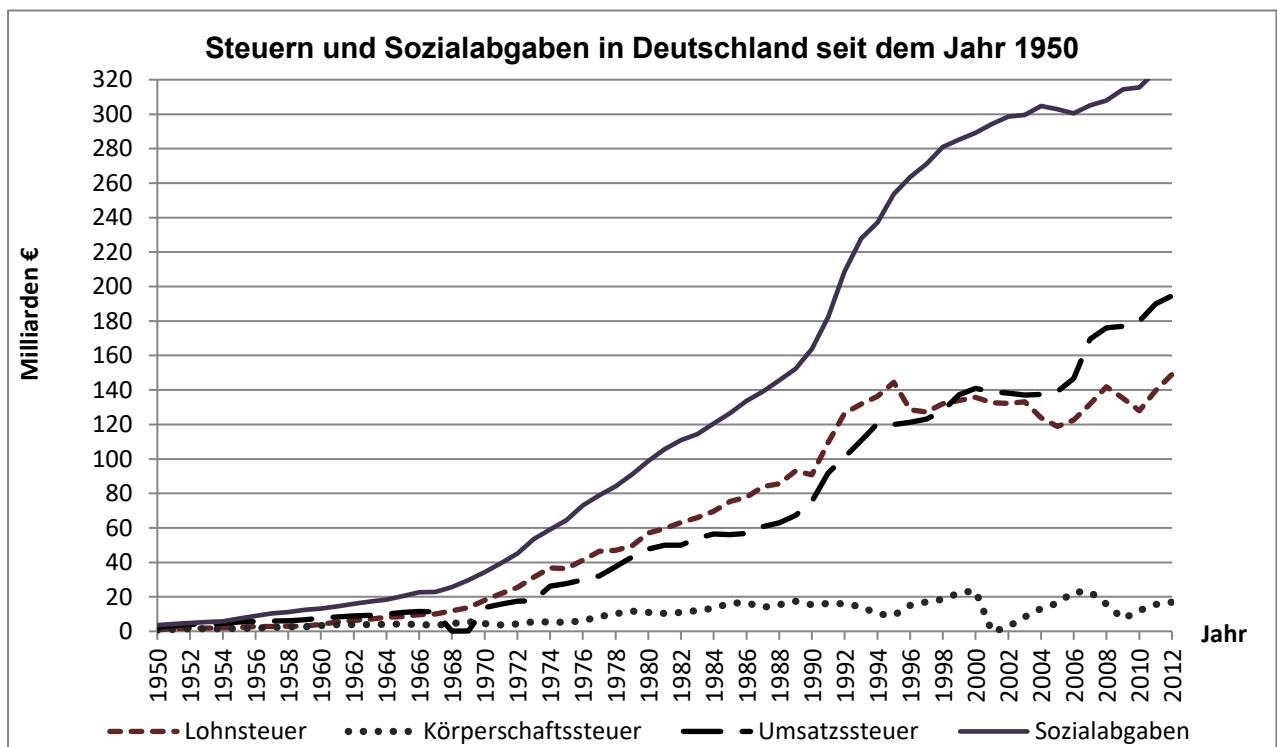


Abbildung 12: Steuern und Sozialabgaben in Milliarden Euro, Steuern BMF [61], Sozialabgaben [20]

Wie man in obiger Abbildung sieht, pendelt die Körperschaftssteuer seit den 1980er Jahren um den Wert von 20 Milliarden Euro, während sich Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Sozialabgaben seit Mitte der 1970er Jahre steil nach oben entwickelten. Bezogen auf das Gesamtsteueraufkommen ist der Anteil

der Unternehmenssteuern (Gewerbe- und Körperschaftssteuern) allein im Zeitraum von 1960 bis 1980 von 20 Prozent auf 10 Prozent gesunken. „Es waren sozialdemokratische Finanzminister und Staatssekretäre, die die Körperschaftssteuertarife von 45 Prozent beziehungsweise 30 Prozent (1998) auf zunächst einheitlich 25 Prozent (2001) und dann noch einmal auf 15 Prozent (2008) senkten“ ([21], Seite 58). Im Jahr 2001 mussten die Finanzämter den Unternehmen sogar Steuern zurückzahlen. Das lag daran, dass die Steuerreform der Jahre 2000/2001 die Beteiligungsverkäufe von Unternehmensbestandteilen steuerfrei stellte, was zu Verkäufen in großem Stil führte.

Es ist aber nicht nur der geringe Steuersatz für Unternehmen, der sie aus der Finanzierung des Staates weitgehend entlässt, obwohl sie durch die vom Staat finanzierte Infrastruktur und Ausbildung profitieren. Von Seiten des Staates wurde nicht unterbunden, dass viele Unternehmen ihre Gewinne in Billigsteuermätern versteuern und in Deutschland so gut wie keine Steuern zahlen. Allein durch Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung gehen dem Fiskus in Deutschland jährlich 100 Milliarden Euro verloren ([28], Seite 49), in ganz Europa sind es Billionen. Wie die aktuelle Diskussion über die Steuervermeidungsmodelle von höchst profitablen Unternehmen zeigt, handelt es sich zum Beispiel um EU-Länder wie Luxemburg, die Niederlande, Irland, Österreich, Zypern, Malta und englische Inseln, die diese Praxis ermöglichten. Nicht nur Deutschland, viele Länder der Eurozone betreiben eine Subvention des Kapitals, damit einige Brosamen in ihre Staatshaushalte fließen. In der regelungswütigen EU sollte es kein Problem sein, solche Praktiken zu unterbinden. Am politischen Willen dazu sind jedoch Zweifel angebracht. So wurde im Jahr 2014 der langjährige Regierungschef und Finanzminister Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, zum Präsidenten der EU-Kommission gewählt. Während seiner Regierungszeit wurden die Steuerschlupflöcher in Luxemburg erdacht und genehmigt. Über die geringe Besteuerung hinaus beziehen die deutschen Unternehmen noch Subventionen. Nach einer von Roland Koch (CDU) und Peer Steinbrück (SPD) zusammengestellten Liste für das Jahr 2003 betrugen die Steuersubventionen damals 83,5 Milliarden Euro ([21], Seite 69). In dieser Liste sind die Lohnsubventionen nicht enthalten. Rechnet man pauschal die Unternehmenssteuern gegen die Subventionen auf, sieht man, dass die Unternehmen insgesamt nicht nur nichts zur Finanzierung des deutschen Staates beitragen, sondern von ihm alimentiert werden.

Die von den Neoliberalen geforderte „Aushungerung“ des Staates bedeutet also eine Senkung der Unternehmenssteuern zulasten der Lohnabhängigen. Folgen der Schwächung der Einkommensseite des Staates sind unter anderem der Verfall der Infrastruktur und die geringen Ausgaben für Bildung in Deutschland, die im Vergleich zu anderen OECD-Ländern unter dem Durchschnitt liegen. Der Verfall der Infrastruktur führt dann regelmäßig zu Aufrufen, staatliche Aufgaben zu privatisieren und den Sozialstaat zu beschneiden.

Auch der Spitzensatz der Einkommenssteuer wurde immer weiter gesenkt, Mitte der 1950er Jahre von 56 Prozent auf 53 Prozent, mit der Rot-Grünen Koalition im Jahr 2004 auf 42 Prozent ([21], Seite 57). Da die Umsatzsteuer die niedrigen Einkommen wegen ihres höheren Konsumanteils am Einkommen mehr belastet als höhere Einkommen, wird deutlich, dass das deutsche Steuersystem zunehmend das Kapital und die Spitzenverdiener gegenüber den Lohnabhängigen begünstigt. Dies zeigt auch die Lohnquote, die von einem Höchststand von 73,6 Prozent des BIPs im Jahr 1981 auf 67,7 Prozent im Jahr 2009 fiel ([20], Tabelle 1.9).

Zum Verhältnis von Steuer- und Sozialabgaben ist eine grundsätzliche Bemerkung zu machen. Beide sind für die Werkstätigen Abzüge vom Lohn, es hängt von der geschichtlichen Entwicklung und Tradition eines Landes ab, ob der Sozialstaat aus Steuern oder Sozialabgaben finanziert wird ([62]). Die Gesetzgebung zu Hartz IV hat gezeigt, dass es eine Illusion ist, zu glauben, dass zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung tatsächlich eine Versicherung darstellt. Die Steuerfinanzierung von Hartz IV ist ein Tribut der Steuerzahler an ein Wirtschaftssystem, das keine Vollbeschäftigung mehr bieten kann. Sie ist darüber hinaus ein politisches Instrument, um die anderen Lohnabhängigen gegen „Faulenzer“ auf Staatskosten aufzuhetzen und sie ins gesellschaftliche Abseits zu drängen.

7.4 Die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland von 1982 – 1990

In diesem Zeitraum blieb die Staatsverschuldung bei etwa 40 Prozent des BIPs, in absoluten Zahlen ausgedrückt verdoppelte sie sich ([63]). Da sich aber die Staatsschulden im Zeitraum von 1975 bis 1982 absolut verdreifachten, kann von einer gewissen Konsolidierung der Staatsfinanzen gesprochen werden.

Diese Konsolidierung war ein Modell für alle späteren Maßnahmen. Sie bestand in Einkommenserhöhungen und Ausgabensenkungen des Bundes. Auf der Einkommenseite fand eine Erhöhung der Sozialabgaben und der Mehrwertsteuer statt, außerdem blieb die inflationsbedingte „kalte Progression“ bestehen. Hinzu kam der Verkauf von Bundesanteilen an Firmen wie zum Beispiel VW, auch die Bundesbank überwies über mehrere Jahre Milliardenbeträge an den Bund. Auf der Ausgabenseite wurden zum Beispiel die Bundeszuschüsse für versicherungsfremde Leistungen reduziert. Außerdem wurden Einschnitte in den Sozialstaat durch die Senkung des Arbeitslosen-, Kindergeldes und der Ausbildungsförderung vorgenommen und bisherige Bundesausgaben auf die Länder und Kommunen abgewälzt ([60], Seite 205 folgende).

7.5 Die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland von 1990 – 2008

In diesem Zeitraum hat sich der Schuldenstand des Staates mehr als verdreifacht, wobei im Zeitraum von 1989 bis 1995 bereits eine Verdopplung stattfand ([60], Seite 217). Bezogen auf das BIP stieg die Staatsverschuldung von 40 Prozent auf fast 70 Prozent. Die Ursachen dieser beschleunigten Staatsverschuldung sind:

1. Die Kosten der Wiedervereinigung
2. Die Kosten der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit
3. Die Steuerausfälle nach Steuerreformen.

Über die Kosten der deutschen Einheit gibt es unterschiedliche und nur ungenaue Schätzungen (siehe [64]). Für die Gesamtkosten des Staates durch die deutsche Wiedervereinigung und die Transfers aus den Sozialkassen im Zeitraum von 1990 bis 2014 liegen die Schätzungen zwischen 1,3 Billionen Euro und 2 Billionen Euro, der Anstieg der Staatsverschuldung durch vereinigungsbedingte Ausgaben beträgt jährlich etwa 100 Milliarden Euro ([64]). Diese Kosten bieten auch einen Anhaltspunkt, was in der Eurozone aufgewendet werden müsste, um unproduktivere Länder konkurrenzfähig zu machen, und wie lange so etwas dauert.

Dass die Schätzungen so ungenau sind, liegt daran, dass alle Bundesregierungen versuchten, die wahren Kosten zu verschleiern, indem Fonds und Schattenhaushalte geschaffen wurden ([65]). Allein der Erblastentilgungsfond übernahm Schulden der Treuhand, der Währungsumstellung und der Wohnungswirtschaft in Höhe von 340 Milliarden DM ([60], Seite 216). Auch die Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer, Solidaritätszuschlag, Mineralöl-, Erdgas-, Versicherungs- und Tabaksteuer) konnten den Anstieg der Staatsverschuldung nicht bremsen.

Nach einem kurzen Wiedervereinigungsboom stieg die Massenarbeitslosigkeit in den alten und neuen Bundesländern stark an. In den neuen Bundesländern geschah das, weil die vorhandene Industrie fast vollständig abgewickelt wurde, die früheren Absatzmärkte wegbrachen und die Produktivität nicht so hoch war wie im Westen. Daher wurden in den neuen Bundesländern durch Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen über 900 000 ältere Arbeitnehmer zwischen 55 und 65 Jahren dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgegliedert ([66]).

In den alten Bundesländern spielten bei der steigenden Massenarbeitslosigkeit der Trend zur Standortverlagerung von Vorprodukten in Billiglohnländer und die Verlagerung von Produktion in die Länder der Absatzmärkte eine wichtige Rolle. Auch in den alten Bundesländern wurden daher in großem Umfang zulasten der Sozialkassen Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben ausgegliedert. Dies geschah wie in den neuen Bundesländern durch Vorruhestandsregelungen (zum Beispiel die „58er-Regelung“), durch Altersteilzeit und vorzeitigen Rentenbezug aufgrund von Arbeitslosigkeit. Im Zeitraum von 1993 bis 2000 gingen nach IAT-Report [67] mehr als 1,5 Millionen westdeutsche Arbeitnehmer über solche Regelungen in die vorzeitige Rente. Im Jahr 1995 betrug der Anteil der Zugänge zur Rente aus Arbeitslosigkeit fast 30 Prozent aller Rentenzugänge. In ganz Deutschland erfolgte also eine arbeitsmarktpolitisch bedingte Frühverrentung, die einen starken Anstieg von Sozialausgaben und -abgaben nach sich zog.

Die Kosten für die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben belaufen sich auf viele Milliarden Euro, wobei entgangene Einnahmen nicht mit erfasst sind. In Kapitel 7.7 werden in Bezug auf die Arbeitslosigkeit Zahlen zu Kosten, entgangenen Einnahmen und volkswirtschaftlichen Verlusten angegeben.

Als drittes trugen die Steuerreformen zum Wachstum der Staatsverschuldung bei. Vor allem die Unternehmenssteuern wurden gesenkt. In ([28], Seite 24) werden die durch Steuergesetzänderungen bedingten Mindereinnahmen des Staates im Zeitraum von 2000 und 2010 auf 490 Milliarden Euro beziffert. Die zunehmenden Privatisierungen staatlicher Unternehmen wie zum Beispiel der Post und die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent konnten die Zunahme der Staatsverschuldung nicht dämpfen. Privatisierungsgewinne und Gewinne wie aus der Versteigerung der UMTS-Frequenzen im Jahr 2000 waren Einmaleffekte. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde zum großen Teil dazu verwendet, die Lohnnebenkosten und damit die Lohnstückkosten zu senken.

7.6 Die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland seit dem Jahr 2008

Vom 31.12.2007 bis 31.12.2013 stieg die Staatsverschuldung von 1500 Milliarden Euro auf 2000 Milliarden Euro, beziehungsweise von 65 auf über 80 Prozent des BIPs ([68]). Die staatlichen Ausgaben aufgrund der Finanzmarktkrise sind noch schwerer verlässlich zu identifizieren als die der

Finanzierung der deutschen Einheit. Das liegt zum einen daran, dass der Bund seitdem dazugelernt hat, wie man Kosten außerhalb des Bundeshaushalts versteckt, zum anderen an der undurchsichtigen Konstruktion der europäischen Rettungsschirme. Die tatsächlichen Zahlungen und ihre Endempfänger sind bis auf Ausnahmen nicht öffentlich (siehe Kapitel 2.2 und Tabelle 1).

Aussagen zu den finanziellen Folgen der Finanzmarktkrise auf den Bundeshaushalt Deutschlands sind auch deswegen schwierig, weil es sich teilweise um Zusagen handelt, die eintreten können oder auch nicht, und die Öffentlichkeit in der Regel nicht erfährt, wann und wohin welches Geld fließt. Die Größenordnungen der Zusagen, die Deutschland im Rahmen der Finanzmarkt- und Eurozonenkrise im Zeitraum von 2008 bis 2013 gegeben hat, sind in Tabelle 26 von [69] aufgelistet. Sie ergeben einen Anhaltspunkt für die Dimension möglicherweise anfallender Kosten. Aufsummiert belaufen sich die diesbezüglichen Zusagen von Bund, Ländern und Gemeinden auf etwa 1300 Milliarden Euro.

Falls die Eurozone auseinander bricht, ist eine Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwarten. Eine Finanzkrise, weil es aufgrund der Handelsbilanzungleichgewichte große Forderungen der Staaten und ihrer Banken untereinander gibt, möglicherweise Staatsanleihen ihren Wert verlieren, wenn in einzelnen Ländern neue Währungen eingeführt werden. Eine Wirtschaftskrise, weil vor allem die Exportländer der Eurozone einen Wirtschaftseinbruch erleben werden.

Im Jahr 2009 beschloss die große Koalition in Deutschland eine „Schuldenbremse“, die ins Grundgesetz eingetragen wurde. Dies erfolgte auf dem Hintergrund, dass ein solcher Beschluss in Deutschland aufgrund der wachsenden Steuereinnahmen und Sozialabgaben und der gesunkenen Zinsen für die Altschulden relativ gefahrlos erschien. So kam der ausgeglichene Bundeshaushalt im Jahr 2014 nur aufgrund der niedrigen Zinszahlungen zustande. Es sind aber bei der deutschen Schuldenbremse natürlich auch Ausnahmetatbestände vorgesehen, wozu Situationen wie eine Finanzmarktkrise und wirtschaftliche Notsituationen zählen. Mit der Durchsetzung der Schuldenbremse in der Eurozone wurde ein Disziplinierungsmittel für andere Eurozonenländer geschaffen.

7.7 Arbeitslosigkeit und Finanzierung des Sozialstaats in Deutschland

In diesem Kapitel soll kein Gegenentwurf zu den im Kapitel 3.2 beschriebenen Prognosen zur angeblichen Unfinanzierbarkeit des Sozialstaats vorgelegt werden. Aus den wenigen verfügbaren Daten sollen aber die Größenordnungen angegeben werden, die die systembedingte Arbeitslosigkeit verursacht. Zum anderen wird beschrieben, wie der Staat die Sozialkassen systematisch plündert.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) führt seit mehreren Jahren gesamtfiskalische Modellrechnungen durch, mit denen die tatsächlichen Kosten der Arbeitslosigkeit durch Mindereinnahmen und Mehrausgaben abgeschätzt werden. Im IAB-Kurzbericht [70] werden für das Jahr 2012 die Kosten der Arbeitslosigkeit durch Steuerausfälle und nicht entrichtete Sozialabgaben mit 53,8 Milliarden Euro angegeben, das sind zwei Prozent des BIPs. Zehn Jahre vorher waren es noch 91,5 Milliarden Euro, beziehungsweise 4,3 Prozent des BIPs.

Im IAB-Kurzbericht [71] wird im Unterschied zu späteren Berichten zusätzlich eine grobe Schätzung der zentralen Größe, nämlich des durch Arbeitslosigkeit nicht geleisteten Bruttosozialprodukts (Outputverlust) angegeben. Betrag der Outputverlust im Jahr 1991 122,3 Milliarden Euro, so lag er

zwischen 1992 und 2002 immer über 200 Milliarden Euro beziehungsweise 10 Prozent des BIPs. Es ist klar, dass diese Zahlen nicht nur wegen ihrer Größenordnung brisant sind, sondern vor allem deswegen, weil sie die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems zeigen, die gesellschaftlichen Ressourcen zu nutzen. Ob man die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit oder zusätzlich noch die Outputverluste betrachtet, so sind sie jedenfalls höher als die Nettokreditaufnahme des Staates. Ohne die Arbeitslosigkeit gäbe es somit nicht nur kein Wachstum der Staatsverschuldung, sondern Spielraum für investive Staatsausgaben und einen Ausbau des Sozialstaates.

Was die Finanzierbarkeit des Sozialstaates betrifft, sind zwei weitere miteinander zusammenhängende Komplexe zu betrachten: das Wachstum der Produktivität und die Beteiligung der Löhne am Wachstum der Produktivität. Wie bereits in Kapitel 3.2 dargelegt, würde bereits ein Produktivitätswachstum von nur einem Prozent pro Jahr ein Wirtschaftswachstum von 64 Prozent in 50 Jahren bedeuten. Dieser bei den in Kapitel 3.2 genannten Langzeitprognosen unterschlagene Aspekt lässt auf die Absicht ihrer Auftraggeber schließen, den Abbau des Sozialstaats zu propagieren.

In den Kapiteln 5.4 und 6.2.2 wurde beschrieben, dass die Massenarbeitslosigkeit in der neoliberalen Ära wuchs und die Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt wurde, was die Einnahmen der Sozialkassen schwächte. Zusätzlich verursachte die systembedingte Arbeitslosigkeit Mindereinnahmen der Sozialkassen im Jahr 2004 von 26,9 Milliarden Euro und im Jahr 2012 immer noch von 15,1 Milliarden Euro ([70]). Die Umverteilung von den Lohnneinkommen zu den Kapitaleinkommen höhlt zusätzlich die finanzielle Basis des Sozialstaats aus. In Tabelle 1 von [28] werden auf der Basis der Lohnquote des Jahres 1993 von 72,9 Prozent des BIPs die Umverteilungsverluste für die Lohnabhängigen für den Zeitraum von 2000 bis 2010 angegeben. Sie betragen fast 1000 Milliarden Euro, da in diesem Zeitraum die Lohnquote auf 66,3 Prozent des BIPs gesunken ist.

Etwa die Hälfte der Ausgaben des Bundes besteht aus Sozialausgaben (Renten, Arbeitsmarkt, Soziales), während die Ausgaben für die Bundeswehr 10 Prozent, für Zinsen etwa 15 Prozent und für „Sonstiges“ etwa 23 Prozent betragen (vergleiche [21], Seite 38). Von den Sozialausgaben des Bundes fließt die Hälfte in die „Zuschüsse“ zur Rentenversicherung. Es handelt sich jedoch nicht um Zuschüsse, weil die Rentenversicherung mit ihren Einnahmen nicht die vertraglichen Leistungen erfüllen könnte. Die Zahlungen des Bundes, zum Beispiel in die Rentenkasse, sind dazu vorgesehen, die der Rentenversicherung vom Staat zugewiesenen versicherungsfremden Leistungen zu erstatten. Ein bekanntes Beispiel für eine versicherungsfremde Leistung ist die Zahlung von Renten an die ostdeutschen Rentner durch die westdeutsche Rentenversicherung, obwohl die ostdeutschen Rentner bis zur Wiedervereinigung keine Beiträge eingezahlt hatten. Ein weiteres Beispiel war der Versuch, die Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren durch Frühverrentung zu reduzieren. Ein aktuelles Beispiel ist die im Jahr 2014 beschlossene Mütterrente, bei der Müttern für beitragslose Zeiten Rentenpunkte angerechnet werden, die aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen sind.

Es gibt eine Reihe von Ausgaben der Sozialkassen, die nicht dem Versicherungsprinzip entsprechen, wie es in Deutschland seit Bismarck eigentlich gelten sollte (siehe [62]). In vielen Wahlkämpfen versprachen die Parteien potentiellen Wählern Leistungen zulasten der Sozialkassen. Aufsummiert

entsprechen die Bundeszuschüsse an die Sozialkassen nicht der Höhe der staatlich verordneten Entnahmen. Berechnungen wie in [72] zeigen, dass allein der Rentenversicherung im Zeitraum von 1957 bis 2011 etwa 600 Milliarden Euro nach Abzug der Bundeszuschüsse entnommen wurden. Im Jahr 2009 bestanden 34 Prozent der Auszahlungen der Rentenkassen aus versicherungsfremden Leistungen, wobei über 13 Prozent nicht durch Bundeszuschüsse gedeckt waren.

Die Sozialausgaben des Bundes sind also keine „Zuschüsse“, sondern ein unzureichender Ausgleich für politisch motivierte Entnahmen aus den Sozialkassen. Die Methode, Wahlversprechen aus den Sozialkassen anstatt aus Steuern zu finanzieren hat politische Vorteile. Es werden unpopuläre Steuererhöhungen vermieden, die Wortwahl „Zuschüsse“ suggeriert einen fürsorglichen sozialen Staat. Gleichzeitig lässt sich der Begriff aber auch gut zum Feldzug gegen einen angeblich überbordenden und nicht zu finanzierenden Sozialstaat gebrauchen.

Zusammenfassend lässt sich bezüglich der Finanzierung des Sozialstaates feststellen:

- Das Hauptproblem für die Finanzierung des Sozialstaats ist die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit. Dadurch steigen die Sozialausgaben und es fehlen die Einnahmen für die Sozialkassen. Die systembedingte Arbeitslosigkeit ist eine große Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen.
- Die anhaltende Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich schmälern zusätzlich die Einkommensbasis der Sozialversicherungen.
- Ein Sonderproblem der Sozialversicherungen ist der Griff des Staates in die Sozialkassen. Die Zuschüsse des Bundes decken seine Entnahmen nicht.
- Bleibt der Produktivitätszuwachs der deutschen Industrie auf dem gegenwärtigen Stand, ergeben sich keine objektiven Probleme für die Finanzierung des Sozialstaates, wenn der Produktivitätszuwachs der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Daran sind jedoch ebenso Zweifel angebracht wie an der Nachhaltigkeit der deutschen Wirtschaftswachstumsstrategie durch Exportwachstum und damit an einem stetigen Wirtschaftswachstum in Deutschland. Ohne einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen ist davon auszugehen, dass der Abbau des Sozialstaates weiter geht.

7.8 Zusammenfassung

- In den zwei Nachkriegsjahrzehnten stieg zwar die Höhe der Staatsschulden absolut, die Staatsschulden, bezogen auf das BIP, blieben aber konstant, weil das Wirtschaftswachstum größer als der Schuldenzuwachs war. Der ökonomische Strukturbruch in der Mitte der 1970er Jahre ist Beginn und Ursache der seitdem systematisch steigenden Staatsverschuldung. Der Unterschied zur Nachkriegszeit besteht in der seit diesem Zeitpunkt wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit und dem geringeren Wirtschaftswachstum. Beides resultierte in wachsenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen der Sozialkassen.

- Zeiten außergewöhnlichen Anstiegs der Staatsverschuldung folgten der Wiedervereinigung Deutschlands und der weltweiten Finanzmarktkrise. Welche Kosten die von der Finanzmarktkrise ausgelöste Eurozonenkrise auslösen wird, ist noch nicht abzusehen. Im Fall des Auseinanderbrechens der Eurozone ist neben einer Wirtschaftskrise eine weitere Finanzmarktkrise zu erwarten. Eine Wirtschaftskrise würde vor allem die Exportländer treffen.
- Der Versuch der Politik, zumindest den Anstieg der Staatsverschuldung zu begrenzen verwendet im Grund nur zwei Mittel: Reduzierung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen. Die Ausgabenkürzungen bestanden vor allem im Abbau des Sozialstaates. Trotzdem stiegen die Ausgaben vor allem wegen der steigenden Massenarbeitslosigkeit weiter. Die Steuerpolitik ist gekennzeichnet durch eine starke Anhebung der Massensteuern. Die Unternehmenssteuern sind in den letzten Jahrzehnten absolut nicht gestiegen. Rechnet man die Subventionen ab und berücksichtigt die Steuerschlupflöcher, so zahlen die Unternehmen praktisch keine Steuern in Deutschland. Am stärksten stiegen trotz des Abbaus des Sozialstaats seit Mitte der 1970er Jahre die Sozialabgaben.
- Hauptursachen für die Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Sozialstaats sind die Massenarbeitslosigkeit, die Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen und der Griff des Staates in die Sozialkassen. Das Hauptproblem ist die Arbeitslosigkeit. Berücksichtigt man nur die dadurch fehlenden Steuereinnahmen und Sozialabgaben, so sind sie höher als die Nettokreditaufnahme des Staates. Beziffert man zusätzlich das durch Arbeitslosigkeit nicht erwirtschaftete Bruttosozialprodukt, so kommt man zu Beträgen, die einen Ausbau des Sozialstaates und staatliche Investitionen ermöglichen würden. Dies zeigt die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die gesellschaftlichen Ressourcen zu nutzen. Kommt der Produktivitätsfortschritt der gesamten Gesellschaft zugute, sind Zweifel an der Finanzierbarkeit des Sozialstaates unbegründet, vorausgesetzt das deutsche exportorientierte Wirtschaftsmodell funktioniert weiter. Eine größere Verteilungsgerechtigkeit kann nur erkämpft werden.

8. Gesamtzusammenfassung

- Die Weltwirtschaftskrise 1974/1975 war ein Wendepunkt für die Verwertungsbedingungen des Kapitals in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Zeit vor dieser Krise ist durch eine beschleunigte Akkumulation mit Vollbeschäftigung, Lohnsteigerungen entsprechend dem Produktivitätsfortschritt und dem Aufbau des Sozialstaates gekennzeichnet. In den darauf folgenden Jahrzehnten führte die zyklusübergreifende Überakkumulation von Kapital zu struktureller Massenarbeitslosigkeit, Abkopplung der Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung, zur Schaffung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich und zum Abbau des Sozialstaates. Wesentliches Kennzeichen dieser Phase ist, dass die Investition von zusätzlichem Kapital zur Erweiterung der Produktion nicht genügend profitabel ist. Ein Ende dieser seit vierzig Jahren andauernden Phase ist nicht absehbar. Die Phase der

strukturellen Überakkumulation nach der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 legt nahe, dass ihre Überwindung eine weitgehende Vernichtung des Kapitalstocks, eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik oder beides erfordert.

- Eine weitere Folge der strukturellen Überakkumulation ist, dass wegen mangelnder Profitabilität nicht mehr produktiv eingesetztes Kapital in die Finanzmärkte floss, was zu ihrer rasanten Entwicklung beitrug. Die Deregulierung der Finanzmärkte führte zu einer spekulativen Aufblähung von Finanzvermögen mit Wachstumsraten weit oberhalb der industriellen Produktion. Mit der Deregulierung der Finanzmärkte sollte auch der Pumpkapitalismus gefördert werden, der den Konsum von privaten Haushalten und ganzen Volkswirtschaften auf Kredit ermöglichte. Durch den teilweisen Zusammenbruch der Pumpmechanismen durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 musste daher auch eine Überproduktionskrise entstehen. Eine Konsequenz der gewachsenen Bedeutung der Finanzmärkte ist, dass die Interessen der Finanzinvestoren zunehmend die Entwicklung des produktiven Sektors und des Staates bestimmen.
- Mit Beginn der strukturellen Überakkumulation begann in vielen Ländern der Durchbruch des Neoliberalismus als dominierender Wirtschaftsdoktrin. Ziel des Neoliberalismus ist es, Maßnahmen durchzuführen, um die Profite des Kapitals zu erhöhen. Dies gelang Schritt für Schritt, indem die Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihre Kampfbedingungen geschwächt wurden und die Macht des Kapitals gestärkt wurde. Der Klassenkompromiss der Nachkriegszeit in Deutschland wird vom Kapital seitdem Zug um Zug aufgekündigt, die Arbeiterklasse gespalten. Kennzeichen dieses Wirtschaftsregimes sind Lohnabbau, Abbau des Sozialstaates, Abschaffung aller Regelungen, die der Durchsetzung der Interessen des Kapitals entgegenstehen, und die Ausdehnung der Macht des Kapitals über den Staat und immer weitere Bereiche der Gesellschaft. Trotz des offensichtlichen Scheiterns der ökonomischen Konzepte des Neoliberalismus hält seine Vorherrschaft an, weil er fest verankert ist und es derzeit keine massenwirksamen konkreten und theoretischen Gegenpositionen gibt..
- Die staatlichen Bankenrettungspakete ab dem Jahr 2008 konnten einen Zusammenbruch des Finanzsystems verhindern. Bereinigt wurde die Krise nur teilweise. Ein Großteil der faulen Papiere wurde in „bad banks“ ausgelagert mit der Absicht, die Bereinigung der fiktiven Werte in die Zukunft zu verschieben und letztendlich dem Steuerzahler zu übertragen. Die Niedrigzinspolitik und die Geldschwemme der Notenbanken in einigen Ländern haben denselben Zweck. Die Bankenrettungspakete führten dazu, dass in vielen Ländern die Staatsverschuldung kräftig anstieg. Bei einigen Eurozonenländern zweifelten die Gläubiger an deren Rückzahlungsfähigkeit und Rückzahlungswilligkeit. Sie zwangen die von der Einführung des Euro profitierenden Länder, für die Schulden dieser Länder so lange einzustehen, bis die privaten Gläubiger ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben.
- Die Krise der Eurozone beruht darauf, dass ein Zusammenwachsen von Ländern stark unterschiedlicher Produktivität unter einer gemeinsamen Währung kaum möglich ist. Eine Folge der Konstruktion der Eurozone war daher ein Wirtschaftswachstum in den

produktiveren Ländern und eine De-Industrialisierung in den unproduktiveren Ländern. Maßnahmen zur Herstellung gleicher Produktivitätsniveaus in den Ländern der Eurozone waren und sind nicht vorgesehen. Da die wirtschaftlich mächtigen Länder die Politik der Eurozone bestimmen, ist die Auflösung der Eurozone nur durch politische Ereignisse „von unten“ in den einzelnen Nationalstaaten zu erwarten. Für die Lohnabhängigen der Eurozone ist der Kampf für die Auflösung der Eurozone notwendig, weil dieses neoliberale Projekt mit seinem supranationalen Mehrebenenregime zu verstärktem Sozial- und Demokratieabbau geführt hat. Erschwert wird der Kampf auch durch den Abbau nationaler Souveränität, da sich die Verursacher von Einschnitten gegenseitig die Verantwortung dafür zuschieben können. Weder das Versprechen, der Euro sei ein Friedensprojekt, noch er sei ein wirtschaftliches Erfolgsmodell, hat sich bisher bewahrheitet.

- Die systematische Staatsverschuldung begann mit der Phase der strukturellen Überakkumulation und der dadurch hervorgerufenen dauerhaften Massenarbeitslosigkeit. Die Einnahmen von Staat und Sozialkassen sanken, die Ausgaben stiegen. Zur Schwächung der finanziellen Basis des Sozialstaates trugen außerdem Lohnsenkungen und die Schaffung atypischer Beschäftigungsverhältnisse in einem wachsenden Niedriglohnsektor im Gefolge der Wiedervereinigung Deutschlands bei. Verschiedene Arten der direkten und indirekten Subventionierung der Profite des Kapitals schmälern darüber hinaus die Einkommensbasis des Staates. Einschnitte in den Sozialstaat und die Erhöhung der Massensteuern und Sozialabgaben konnten den Anstieg der Staatsverschuldung nicht stoppen. Gewichtige Sonderfaktoren für den Anstieg der Staatsverschuldung in Deutschland waren die Finanzierung der deutschen Einheit und die Bankenrettungspakete nach dem Jahr 2008.
- Der nach dem zweiten Weltkrieg in vielen Ländern aufgebaute Sozialstaat wurde in der Phase der strukturellen Überakkumulation kräftig zurückgebaut. Hauptursachen für die Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Sozialstaats wurden die Massenarbeitslosigkeit, die Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen, die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und der Griff des Staates in die Sozialkassen. Bleibt das Wirtschaftswachstum in Deutschland im bisherigen Rahmen und kommt der Produktivitätsfortschritt der gesamten Gesellschaft zugute, sind Zweifel an der Finanzierbarkeit des Sozialstaates unbegründet. Eine größere Verteilungsgerechtigkeit kann nur durch den Kampf der Lohnabhängigen für ihre Interessen erreicht werden.
- Der Aufbau des Sozialstaates, die Kopplung der Löhne an die Produktivitätsentwicklung und die Einführung der Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter in den Betrieben waren die wesentlichen Bestandteile des nach dem zweiten Weltkrieg erforderlichen Klassenkompromisses zwischen Arbeit und Kapital. Mit dem Abbau des Sozialstaates, dem zunehmenden Druck auf die Löhne und der Schaffung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen kündigt das Kapital diesen Kompromiss schrittweise auf. Der Klassenkompromiss umfasst auf Seiten des Kapitals hauptsächlich nur noch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Normalarbeitsverhältnissen.

9. Literatur

- [1] Krüger, Stephan: Konjunkturzyklus und Überakkumulation. Wert, Wertgesetz und Wertrechnung für die Bundesrepublik Deutschland. VSA-Verlag Hamburg 2007.
- [2] Krüger, Stephan: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse- Band 1. VSA-Verlag Hamburg 2010.
- [3] Busch, Ulrich; Land, Rainer: Teilhabekapitalismus, Aufstieg und Fall eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010, Ein Arbeitsbuch. Books on Demand Norderstedt.
Texte inhaltlich auch auf <http://www.rla-texte.de> als pdf einsehbar.
- [4] Abelshausen, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005.
- [5] Roth, Rainer: Das Kartenhaus Staatsverschuldung in Deutschland. DVS Frankfurt am Main 1995.
- [6] Eurostat: Wachstumsrate des realen BIP-Volumens,
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00115>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [7] Schlegel, Martin: Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise. Eine aufgeschobene Überproduktionskrise. Aufsätze zur Diskussion 78. Dezember 2009.
- [8] Sandleben, Guenther: Finanzmarktkrise-Mythos und Wirklichkeit. Proletarische Texte. 2011.
- [9] Eurostat: Bruttoverschuldung des Staates-jährliche Daten.
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=teina225>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [10] Europäischer Rat: Gipfelerklärung der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets vom 29.06.2012.
<http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/euro-area-summit-statement?lang=de>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [11] Kaserer, Christoph: Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten – Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie. 29.Juli 2010.
http://www.ibbnetzwerk-gmbh.com/uploads/media/KasererExitstrategien_2010_.pdf
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [12] attac: Griechenland-„Rettung“. 77 Prozent flossen in den Finanzsektor. 17.06.2013
http://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news/griechenland-rettung-77-prozent-flossen-in-finanzsektor/?no_cache=1&cHash=4b23d2b873e54968abb932ec7f8b41ef
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [13] Horn, Gustav A.;Lindner, Fabian; Niechoj, Torsten: Schuldenschnitt für Griechenland - ein gefährlicher Irrweg. IMK Report Nr.63, Juni 2011.
www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_63_2011.pdf,
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [14] McKinsey Globalinstitute: Debt and (not much) deleveraging. Februar 2015.

http://www.mckinsey.com/insights/economic_studies/debt_and_not_much_deleveraging

zuletzt eingesehen am 18.02.2015.

[15] Wikipedia: Eurokrise.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[16] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:

Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung.
Mai 2011.

<http://www.sachverstaendigenrat->

[wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2011/expertise_2011-demografischer-wandel.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2011/expertise_2011-demografischer-wandel.pdf)

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[17] Moog, Stephan; Raffelhüschen, Bernd: Ehrbare Staaten? Tatsächliche Staatsverschuldung im Vergleich. Dezember 2011.

<http://www.stiftung->

[marktwirtschaft.de/wirtschaft/publikationen/argumente/detailansicht/bid/71/nr/nr-115-ehrbare-staaten-tatsaechliche-staatsverschuldung-in.html](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/wirtschaft/publikationen/argumente/detailansicht/bid/71/nr/nr-115-ehrbare-staaten-tatsaechliche-staatsverschuldung-in.html)

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[18] Bosbach, Gerd: Demografische Entwicklung - Kein Anlass zur Dramatik.

www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/gbosbach_demogr.pdf

zuletzt eingesehen am

[19] Hockerts, Hans Günther: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945.

Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2012.

[20] Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Statistisches Taschenbuch, verschiedene Jahrgänge.

Arbeits- und Sozialstatistik.

[21] Hansmann, Marc: Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive. Oldenbourg Verlag München 2012.

[22] Horn, Gustav; Tober, Silke; van Treeck, Till; Truger, Achim: Euroraum vor der Zerreißprobe?

IMK Report Nr. 48, April 2010, www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_48_2010.pdf

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[23] Horn, Gustav; Niechoj, Torsten; Tober, Silke; van Treeck, Till; Truger, Achim: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt. IMK Report Nr. 51. Juli 2010.

www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_51_2010.pdf

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[24] Joebges, Heike; Lindner, Fabian; Niechoj, Torsten: Mit dem Export aus der Krise? IMK Report Nr. 53. August 2010.

http://www.boeckler.de/imk_5269.htm?produkt=HBS-004777&chunk=7&jahr=

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[25] Eurostat: Leistungsbilanz in Prozent des BIP - jährliche Daten.

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tipsbp20>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [26] Querschuesse: Unhaltbare Leistungsbilanzen. 15. Juni 2010.

<http://www.querschuesse.de/unhaltbare-leistungsbilanzen/>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [27] Konicz, Tomasz: Vortragstext: Die systemischen Ursachen der Krise.

<http://www.konicz.info/?p=2036>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [28] Bontrup, Heinz-J.: Zur größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Ein kritischer Rück- und Ausblick mit Alternativen.

http://niedersachsen.dgb.de/suchergebnisse/++co++baea7b40-b066-11e0-684f-00188b4dc422?search_text=Bontrup+Finanzm%C3%A4rkte&x=0&y=0

zuletzt eingesehen am

- [29] Konicz, Tomasz: Krisenmythos Griechenland. 04.05.2010.

<http://www.heise.de/tp/artikel/32/32551/1.html>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [30] Hishow, Ognian N.: Divergenz statt Konvergenz in der Wirtschafts- und Währungsunion? Ein Währungstheoretisches Plädoyer für eine andere Währungsunion. SWP-Studie, April 2014, Berlin.

http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/wirtschafts_und_waehrungsunion_divergenz_statt_konvergenz.html

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [31] Marx, Karl: MEW 9 Die britische Herrschaft in Indien, Marx Engels Werke 9, Dietz Verlag Berlin, 1985

- [32] International Monetary Fund: Abbas, S. M.Ali; Belhocine; Nazim, ElGanainy; Asmaa A, Horton; Mark A.: A historical public debt database. 01.11.2010.

<http://www.imf.org/external/data.htm>

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/data/wp10245.zip>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [33] Burret, Heiko T.; Feld, Lars P.; Köhler, Ekkehard A.: Sustainability of German fiscal policy and public debt: Historical and time series evidence for the period 1850-2010. CESIFO Working Paper No. 4135. February 2013.

http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/publications/working-papers/CESifoWP/CESifoWPdetails?wp_id=19077486

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [34]: Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen ab 1950.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Tabellen/Volkseinkommen1950.html>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

- [35] Wikipedia: Arbeitsvolumen.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitsvolumen>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[36] Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf – Monats-/Jahreszahlen (ab 1950).

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Zeitreihen/zu-den-Produkten-Nav.html>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[37] Land, Rainer: Primärdaten.

http://www.rla-texte.de/?page_id=158

zuletzt eingesehen am

[38] Kalina, Thorsten, Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro verändern könnte.

www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2014/report2014-02.pdf

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[39] Rhein, Thomas: Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich. IAB-Kurzbericht 15/2013.

<http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k130722301>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[40] Keller, Berndt; Seifert Hartmut: Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung. WiSo Diskurs, Oktober 2011. Friedrich Ebert Stiftung.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08527.pdf>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[41] Schulten, Thorsten: Deutschlands lohnpolitische Sonderrolle in Europa. WSI Tarifpolitische Tagung 2010, Düsseldorf 21.- 22. September 2010.

www.boeckler.de/pdf/v_2010_9_21_schulten.pdf

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[42] Knuth, Mathias: Arbeitsmarktreformen und „Beschäftigungswunder“ in Deutschland.

<http://www.iaq.uni-due.de/iaq-standpunkte/2015/sp2015-01.php>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[43] Schlegel, Martin: Empirische Befunde zum tendenziellen Fall der Profitrate in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg – Eine Literaturübersicht. Aufsätze zur Diskussion 80. Juli 2012.

[44] Marx, Karl: Das Kapital Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band Buch III. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Marx Engels Werke 25, Dietz Verlag Berlin ,1979.

[45] Stockhammer, Engelbert: Charakteristika eines finanz-dominierten Akkumulationsregimes in Europa.

www.boeckler.de/wsimit_2007_12_stockhammer.pdf

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[46] Kowall, Nikolaus: Das neoliberale Modell. Genese, Politiken, Bilanz. Eine polit- und makroökonomische Bestandsaufnahme. AK Wien. Dezember 2013.

<http://media.arbeiterkammer.at/PDF/MWuG124.pdf>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[47] Krüger, Stephan: Keynes & Marx. Darstellung und Kritik der >>General Theory<<. Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik. Linker Keynesianismus und Sozialismus. VSA Verlag, Hamburg. 2012.

- [48] Wikipedia: Ordoliberalismus.
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ordoliberalismus>
- [49] Gaul, Claus-Martin: Konjunkturprogramme in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Einordnung und Bewertung der Globalsteuerung von 1967 bis 1982. Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. 22.01.2009
<https://www.bundestag.de/blob/190470/cdd58467a0b827cc6cd3d366fe96383f/konjunkturprogramme-data.pdf>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [50] Wikipedia: Washington Consensus.
https://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [51] Streeck, Wolfgang: Die Krise des demokratischen Kapitalismus. Inflation, Staatliche Defizite, Private Verschuldung, Faule Kredite.
http://www.mpg.de/6597659/Krisen-des-demokratischen-Kapitalismus_LI-Winter-2011.pdf
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [52] Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp, 2013.
- [53] Plehwe, Dieter; Walpen, Bernhard: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mount Pelerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und –erhaltung.
www.prokla.com/Volltexte/115plehwe.rtf
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [54] Horn, Gustav; Dröge, Katharina; Sturn, Simon; van Treeck, Till; Zwiener, Rudolf: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit. IMK Report 41, 2009.
www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf
zuletzt eingesehen am 18.01.2015
- [55] Maurer, Erwin: Kurze Zusammenfassung der Geschichte und Entwicklung der Finanzmärkte – Vom System von Bretton Woods zur Globalisierung. Aufsätze zur Diskussion 79. Dezember 2010.
- [56] Wahl, Peter: Von Bretton Woods nach Liechtenstein. Zur historischen Entstehung der heutigen Finanzmärkte. In: www.kairoseuropa.de/fix/Kapital_braucht_Kontrolle-3.pdf
zuletzt eingesehen am 18.01.2015
- [57] Zeit Online, Kirbach, Roland: ... und raus bist du
<http://www.zeit.de/2013/33/arbeitsmarkt-jobwunder-leiharbeit-niedriglohn>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015
- [58] Bruckmeier, Kerstin; Eggs, Johannes; Himsel, Carina; Trappmann, Mark; Walwei, Ulrich (2013): Aufstocker im SGB II: Steinig und lang - der Weg aus dem Leistungsbezug. IAB-Kurzbericht, 14/2013. Nürnberg
<http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k130705303>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015

- [59] Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 1949 - 1990. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. 2010.
- [60] Ullmann, Hans-Peter: Der deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen. C.H. Beck oHG, München. 2005.
- [61] Bundesministerium der Finanzen: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten.
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2013.html
zuletzt eingesehen am
- [62] Kaufmann, Franz-Xaver: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. edition suhrkamp 2301.
- [63] Statistisches Bundesamt: Schulden der öffentlichen Haushalte. Fachserie 14 Reihe 5-2013.
www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicheHaushalte/Schulden/SchuldenOeffentlicherHaushalte.html
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [64] Wikipedia Kosten der deutschen Einheit,
https://de.wikipedia.org/wiki/Kosten_der_deutschen_Einheit
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [65] Zinsmeister, Florian: Die Finanzierung der deutschen Einheit – Zum Umgang mit den Schuldenlasten der Wiedervereinigung, Vierteljahresschriften zur Wirtschaftsforschung 78, 2009.
http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_02.c.290407.de
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [66] Ernst, Jochen: Alterserwerbstätigkeit und Ruhestand in Ostdeutschland, 1996.
www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/ernst_joachim_arbeit1996_.pdf
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [67] Knuth, Mathias; Kalina, Thorsten: „Vorruhestand“ verfestigt die Arbeitslosigkeit. Kalkulierte Arbeitslosigkeit Älterer behindert Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik. IAT-Report 2002-02.
<http://www.iaq.uni-due.de/iat-report/2002/report2002-02.php>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [68] Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 5 – 2013, Schulden der öffentlichen Haushalte.
www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicheHaushalte/Schulden/SchuldenOeffentlicherHaushalte.html
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [69] Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2013/2014, Gegen eine rückwärtsgerichtete Wirtschaftspolitik, Tabelle 26.
- [70] Hausner, Karl Heinz; Engelhard, Heidemarie; Weber, Enzo, IAB-Kurzbericht 2/2014: Kosten der Arbeitslosigkeit nochmals gesunken.
<http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k140205301>
zuletzt eingesehen am 18.01.2015.
- [71] Bach, Hans-Uwe, Spitznagel, Eugen, IAB-Kurzbericht, Ausgabe Nr.10 / 21.07. 2003: Was kostet uns die Arbeitslosigkeit?

www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k030722n01

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.

[72] Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.: Versicherungsfremde Leistungen.

<http://www.rentenreform-alternative.de/versichfremd.htm>

zuletzt eingesehen am 18.01.2015.